

IG-Chemie
Gewerkschaftstag

9

EWG: Pläne der
Imperialisten

11

Die Lage an
den Schulen

14

Arbeiterkampf

Jg. 2 Nr. 24 Dez. 72

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Laden 50 Pf.

Zu den Ergebnissen der Bundestagswahl

Fußtritt für SPD-Linke

Durch Kauf korrupter Abgeordneter aus den Reihen der SPD/FDP-Bundestagsfraktion erzwangen CDU/CSU um 1 Jahr vorgezogene Bundestags-Neuwahlen im November dieses Jahres. Nach kurzem und heftigem Wahlkampf der bürgerlichen Parteien siegte die bisherige Regierungskoalition aus SPD und FDP über CDU/CSU, die ihre größte Wahlschlappe seit Existenz der BRD einstecken mußte.

Der Wahlkampf brachte ein außerordentlich aktives Engagement der Wählermassen selbst, besonders

te fast vollständig für SPD. Der über große Teil der Jung- und Erstwähler stimmte ebenfalls für SPD. Geschichte von den SPD-Führern eingefädelte Propaganda zur Gleichberechtigung und „gesellschaftlichen Besserstellung der Frau“ brachte auch in diesem Bereich einen bedeutenden Stimmenzuwachs.

Nach ihrem Wahlsieg hatten die SPD-Führer nichts wichtigeres zu tun, als zu „gemeinsamen Beratungen“ mit CDU/CSU-Bossen über die „anstehenden gemeinsamen großen Aufgaben“ zu eilen. Aus den „Gegnern“



SPD-Vorstandssprecher Schulz (r.) mit Parteichef Brandt

auf Seiten der SPD. Das kam auch in der sehr hohen Wahlbeteiligung von über 91 % zum Ausdruck, der bisher höchsten Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in der BRD überhaupt. Ebenfalls brachte der Wahlkampf eine deutliche Polarisierung der Bevölkerung: auf Seiten der SPD die Arbeiterklasse und fortschrittliche Teile des Kleinbürgertums – auf CDU-Seite die Kapitalistenklasse, der größte Teil des Kleinbürgertums, die „freien Berufe“, der Kleinhandel, das Lumpenproletariat und reaktionär verhetzte Elemente.

Die Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen die Politik von CDU/CSU brachte auch einen Einbruch zugunsten der SPD in Teilen der katholischen Arbeiterschaft und der Kleinbauern, einem Reservoir, das sonst traditionell der CDU/CSU zufiel.

Das Wahlergebnis bestätigte die Richtigkeit dieser SPD-Taktik: Die in früheren Wahlkämpfen festgestellte „Wahlmüdigkeit“ gerade unter den Arbeitern konnte überwunden werden. Die Arbeiterklasse stimm-

te im Wahlkampf wurden wieder die Partner beim Regierungsgeschäft. Als dagegen die Führer der Gewerkschaften, der Jungs, usw. vorsichtig an einige Wahlversprechungen der SPD erinnerten, z.B. „paritätische Mitbestimmung“ und „Überwindung der Bildungsmissere“, wurden sie von den SPD-Führern zurückgeschmetzt und von deren Vorstandssprecher in übler Weise beschimpft. Sie hätten „kein Recht, Forderungen an diesen Staat zu stellen“. – Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan; der Mohr kann gehen! Die SPD-Führer brauchen jetzt freie Hand, um mit den Kapitalisten den von diesen geforderten „Stabilitätspakt“ zulasten der Arbeiterinteressen herzustellen. Die SPD-Führer haben deswegen ihren gesamten „linken Anhang“ in die Wüste geschickt.

Forts. Seite 2

Die RAF vor Gericht

Springers „Welt“ triumphierte: „Der Rechtsstaat antwortet seinen links-extremen Gegnern.“ Der Grund: Die Verfolgung der sogenannten „Baader-Meinhof-Gruppe“ findet gegenwärtig ihre Fortsetzung in einer anrollenden Prozeßwelle. In der nächsten Zeit wird keine Woche und kaum ein Tag vergehen, wo die bürgerlichen Massenmedien Presse, Funk und Fernsehen nicht über neue „terroristische Verbrechen“ berichten, die durch die Prozesse „ans Licht befördert“ wurden. Der „Rechtsstaat“ antwortet nicht nur, er schlägt zu. Und es geht dabei nicht nur um die „links-extremen Gegner“, die auf der Anklagebank sitzen. Mit ihnen sollen die sozialistischen Ideen gerichtet werden, die (allerdings ohne die abenteuerten Phantasien von Horst Mahler und seinen Freunden) wider größeren Einfluß in der westdeutschen Arbeiterbewegung gewinnen.

Mit dem Terror-Urteil über 10 Jahre Freiheitsstrafe gegen Werner Hoppe legte die Justiz im Juli dieses Jahres ihre Verfahrenslinie „in Sachen Baader/Meinhof“ fest. Werner Hoppe wurde als Begleiter Petra Schelmis verhaftet, als diese am 15. Juli 1971 in Hamburg-Bahrenfeld von der Polizei erschossen wurde. Das Gericht verurteilte Hoppe wegen „versuchten Totschlags in drei Fällen“. Nach dem Gutachten eines Waffen-Sachverständigen war aber nur ein Schuß aus Hoppes Pistole mit Sicherheit nachweisbar – und maximal zwei Schüsse waren möglich.

Das Gericht stütze sich in seiner „objektiven Rechtsfindung“ auf völlig widersprüchliche und z.T. sogar auf eindeutig widerlegte Angaben der Polizei (vgl. „Arbeiterkampf“ 21).

Dieses Muster wird in der nächsten Zeit in vielfältigen Variationen auf den Markt kommen:

- Nach zweijähriger Untersuchungshaft begann am 9. Oktober in Westberlin der Prozeß gegen Horst Mahler, dem die „Gründung einer kriminellen Vereinigung“ sowie die Planung von drei Banküberfällen und die Mitwirkung an einem davon vorgeworfen werden.

- Am 7. November wurde in Karlsruhe das Verfahren gegen 8 Mitglieder des ehemaligen Heidelberger „Sozialistischen Patientenkollektivs“ (SPK) eröffnet. Gegen zwei weitere SPK-Mitglieder wird später ein gesondertes Verfahren durchgeführt. Dieser „innere Kern“ des SPK, eine Gruppe also von knapp einem Dutzend Leuten, soll laut Anklageschrift „für das Jahresende 1972“ die „Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung in der Bundesrepublik“ geplant haben.

- In Hamburg begann am 15. November der Prozeß gegen Margrit Schiller, die der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ sowie der Urkundenfälschung und des unerlaubten Waffenbesitzes angeklagt ist. Margrit Schiller sitzt seit dem 22. Oktober vorigen Jahres in Untersuchungshaft.

- Seit dem 24. November stehen in Westberlin Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Irene Goergens, Ingrid Schubert, Eric Grunwald und Hans-Jürgen Bäcker vor Gericht. Die vier Frauen wurden am 8. Oktober 1970 gemeinsam mit Horst Mahler verhaftet. Auch hier ist der

Hauptanklagepunkt: „Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung.“

- Gerichtsprozesse erwarten darüber hinaus nicht nur die als „RAF“-Mitglieder verhafteten Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Holger Meins, Manfred Grashof, Jan-Carl Raspe, Thomas Jänschke und andere. Das Ausmaß der Ermittlungsverfahren und Prozeßvorbereitungen geht weit über diesen Kreis der „Hauptangeklagten“ hinaus. Springers „Welt“ nannte am 10. Oktober 65 Namen (!) von Personen, die als „Sympathisanten“, „Helfershelfer“ und „Kontaktleute“ der „Baader/Meinhof-Gruppe“ verdächtigt werden: u.a. die Professoren Brückner, Seifert und Altvater, die Rechtsanwälte Schily, Lang, Croissant, Reinhardt, Sudhölter und Bergmann, die Ärzte v. Seckendorff, Ewe, Wilde und Shirani, weitere Schriftsteller, Journalisten, Schauspieler, Ingenieure, Studienräte, Architekten, Pfarrer, wissenschaftliche Assistenten und Studenten.

Ein „unabhängiges“ Gericht

Es gehört schon zum normalen Ablauf bei Gerichtsprozessen gegen Linke, daß die „unabhängigen“ Richter in breznigen Situationen zugunsten der Anklage eingreifen, daß die Verteidigung in ihrer Argumentation und Beweisführung eingeengt wird, daß bei Protesten der Zuhörer gegen das Vorgehen der Justiz die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird und „Ordnungsstrafen“ verhängt werden.

Die erste Räumung des Gerichtssaals mit Polizei und Schlagstock im Mahler-Prozeß fand gleich am ersten Prozeßtag statt, als einige Zuschauer Horst Mahler beim Verlesen seiner Erklärung applaudierten. Am zweiten Verhandlungstag unterstellte der Gerichtsvorsitzende Paul Jericke der Verteidigung, sie wolle das Gericht durch pausenloses Antragstellen ständig zu neuen Beratungen zwingen, und damit zur Verzögerung der Verhandlung. Jericke bezeichnete dies als „Methoden, die hier in Moskau eingeübt sind und die wir nicht mitmachen.“ Ein daraufhin gestellter Antrag der Verteidigung, der das Gericht als befugten ablehnte, wurde zurückge-

Forts. Seite 11

Fortschritt oder Reaktion – SPD oder CDU. Diese Parole war das Grundmuster, mit der die SPD-Führung in den Wahlkampf einstieg. „Fortschritt oder Reaktion“, sowohl in der Innen- wie auch in der Außenpolitik.

Die SPD-Führer versprachen friedlichen Ausgleich mit den Völkern Osteuropas („neue Ostpolitik“) und besonders mit der DDR (Grundvertrag, Bahr-Kohl-Gespräche). Die SPD-Führer versprachen Ausbau der EWG und „Vertiefung der Beziehungen“ zwischen den beteiligten Ländern. Unter der letzten CDU-geführten Regierung verschlechterten sich die Beziehungen zu Frankreich. Unter der SPD kam die Sache wieder ins reine. Weitere europäische Staaten (England, Irland, Dänemark) bereiten gegenwärtig ihren Eintritt in die EWG vor. – Die Bevölkerung akzeptiert mehrheitlich diese Politik als vermeintliche Sicherung einer langfristig friedlichen Entwicklung der west-deutschen Außenpolitik.

Dieser berechnete Wunsch der Menschen auf Frieden ohne Risiko – nach zwei grauenhaften Weltkriegen – konnte von der glaubhaften Politik und Propaganda der SPD-Führer einfach besser in Wahlstimmen umgewandelt werden als von den CDU/CSU-Bossen. Die Außenpolitik der SPD/FDP-Regierung hatte das Image, wirkliche – wenn auch manchmal nur kleine – Schritte nach vorn zu tun (sog. „menschliche Erleichterungen“ für DDR-Bürger). Dadurch hob sich diese Politik deutlich vom bloßen Gerede der CDU ab. Vor allem auch von deren offenkundig unerfüllbaren Maximalforderungen an die osteuropäischen Regierungen, denen der Geruch einkalkulierter harter Konfrontation anhaftete.

Die SPD-Führer versprachen, sich um die „Sicherheit der Arbeitsplätze“ zu kümmern. Strauß dagegen drohte 5 % Arbeitslose an, als „Preis für die Wiedererreichung der Stabilität.“ – Die SPD-Führer versprachen den Kampf gegen Mietwucher und Bodenspekulation. Die CDU konnte hier nur ihre „Warnung“ setzen, daß auch auf dem Wohnungsmarkt „die Prinzipien der freien Marktwirtschaft nicht eingeschränkt werden dürfen.“

Die SPD-Führer versprachen „gerechtere Vermögensverteilung.“ Die CDU-Bosse wetteten nur gegen angeblich „überhöhte Lohnforderungen der Gewerkschaften.“ – In den Augen der Mehrheit der Bevölkerung übertrieb die CDU das Problem der „inneren Sicherheit.“ Das Geschrei dieser Leute, nur zu einem „Generalangriff“ auf die gesamte Linke in der BRD überzugehen, die pauschal als „Sympathisanten der Baader-Meinhof-Bande“ diffamiert wurde, erweckte bei vielen Menschen unangenehme „Erinnerungen an die deutsche Vergangenheit.“ – Die SPD/FDP-Regierung dagegen konnte die gefangenen Mitglieder der „Baader-Meinhof-Gruppe“ vorweisen. Sinngemäß entgegnete Scheel im Fernsehen auf CDU-Vorwürfe, es werde für die „Sicherheit der Bürger“ zu wenig getan: „Baader-Meinhof? ... ich weiß gar nicht, was sie wollen. Davon wird bei uns doch nur noch in den Gerichtssälen geredet!“

Die SPD-Führer riskierten einen „Hauch von Klassenkampf“ im Wahlkampf, als sie sich gegen die Flut von Großanzeigen der Kapitalisten wendeten. Sie wetteten gegen die „Unternehmer und Millionäre“, gegen „das große Geld“ und putzten sich selbst als „Partei des kleinen Mannes“, als „Partei der 85 %“ der Habenichtse heraus.

Den SPD-Führern schien es im Wahlkampf nicht gerade unangenehm zu sein, sich in den Kapitalisten-Anzeigen als „sozialistische Partei“ kennzeichnen zu lassen, ihre Politik als „Schrittweise Entwick-

lung zum Sozialismus.“ Waren diese „Vorwürfe“ doch bestens geeignet, die Arbeiter und fortschrittliche Schichten des Kleinbürgertums noch stärker an die SPD und an sozialdemokratische Illusionen zu binden.

Folgerichtig legten die SPD-Führer während des Wahlkampfes auch gar keinen Wert darauf, sich übermäßig vom „Vor-

In Wirklichkeit ist der „demokratische Sozialismus“ der SPD nur eine neue Wortschöpfung für das gemeinte kapitalistische System, das die SPD-Führer nach eigenem Bekunden „mit Zähnen und Klauen verteidigen“ wollen – gegen den Sozialismus, gegen die Arbeiterklasse. Der „demokratische Sozialismus“ der SPD entspricht der „sozialen Marktwirtschaft“ der CDU.

mit offen chauvinistischen Parolen auf: „DEUTSCHE, wir können stolz sein auf unser Land!“ prangte es neben dem strahlend-stolzen Konterfei Bundeskanzler Brandts von hunderttausenden Plakaten. In der Geschichte machten solche Parolen aus dem Mund deutscher Staatsoberhäupter unsere westlichen und östlichen Nachbarn immer sehr bellhörig. Ruft da nicht

Die Brisanz des Wahlkampfes erklärt sich z.T. aus seiner Kürze, die es für die bürgerlichen Parteien notwendig machte, sehr schnell zu konzentriertem Trümmelfeuer überzugehen. Entscheidend für diesen Wahlkampf war vor allem die bisher noch nie dagewesene starke Beteiligung der Wählermassen selbst – besonders auf Seiten der SPD.

Überall operierten die „Wählerinitiativen“ der SPD, vielfach auch solche, deren Bildung nicht zentral initiiert wurden. Plaketten, sog. „Meinungsköpfe“ an den Revers vieler Arbeiter und Jugendlicher, Aufkleber an Autos etc. waren Ausdruck des breiten Engagements. In vielen Betrieben wurde Jagd noch auf die letzten CDU-Sympathisanten gemacht, um auch sie davon zu überzeugen, daß „Willy Kanzler bleiben“ muß.

Die SPD-Führer selbst spielten – wenn auch sehr vorsichtig – mit dem Feuer einer Massenmobilisierung. Das kam auch in den vielen bei den Gewerkschaftsführern bestellten „Willy-Brandt-Resolutionsen“ zum Ausdruck, die auf Gewerkschafts-Versammlungen, Funktionärs-Vorstellungen etc. verabschiedet wurden.

Der Wahlkampf und sein Ergebnis machten eine deutliche Polarisierung in der Bevölkerung sichtbar: Hier die Arbeiterklasse (weitgehend allerdings im Schlepptau der Arbeiteraristokratie) mit fortschrittlichen Teilen des Kleinbürgertums – dort die Bourgeoisie, die größten Teile des Kleinbürgertums, die „freien Berufe“, der Kleinhandel, sowie das Lumpenproletariat und reaktionär verhetzte Elemente.

Engagement und Polarisierung der Bevölkerung brachte den bürgerlichen Parteien eine wahre Mitglieder-Schwemme, deren entscheidender Nutznießer die SPD war. Bezogen auf die Neuaufnahmen in Hamburg schreibt die „Hamburger Morgenpost“ vom 24.11.72, also 5 Tage nach der Wahl:

„Rund 2.500 Mitglieder (davon allein 1.550 seit dem 1.11.) haben sich während des Wahlkampfes (1.10. bis 19.11.) im Kurt-Schumacher-Haus bei der SPD neu angemeldet. In der gleichen Zeit bekam die CDU 650 und die FDP 130 Neuanmeldungen. Nach der Wahl registrierten die SPD rund 200, die CDU 150 und die FDP rund 30 Neuaufnahmen. Die SPD hat jetzt in Hamburg 35.000, die CDU 7.000 und die FDP 2.000 Mitglieder.“

Eine Aufschlüsselung der Neuaufnahmen für die SPD in Dortmund zeigt exemplarisch einen außerordentlich hohen Anteil von Arbeitern: 39 % Arbeiter, 21 % Angestellte, 19 % Schüler, Studenten und Lehrlinge, 16 % Beamte und 5 % Selbständige. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß etwa 62 % dieser Neuzugänge im „Juno-Alter“, also unter 35 Jahre, sind. Diese Zahl macht auch die „Integrationskraft“ der Junes für die SPD deutlich.

Mit ihrer Wahlkampf-Propaganda konzentrierte sich die SPD durchaus nicht – wie einige ihrer Führer behaupteten – auf „die Wähler der Mitte“, sondern vielmehr auf die Arbeiter, kleinen Angestellten und Beamten, sowie auf die werktätige und lernende Jugend, d.h. auf die Jungwähler. Den Stimmen-Zugewinn erhielt die SPD infolgedessen sich weniger aus traditionellem CDU-Reservoir, sondern durch die nahezu vollständige Mobilisierung der Industrie-Arbeiterschaft und eines großen Teils der Jugend. Diese gelungene Mobilisierung drückte sich auch in der außerordentlich hohen Wahlbeteiligung von über 90 % aus.

Die Behauptung eines entscheidenden Stimmen-Zugewinns aus dem „Reservoir der Mitte“, dem die

Forts. Seite 4

Die SPD nimmt mir doch die Sache der Arbeiter in ihre Hand...



...in der konzentrierten Aktion...

...erzwingt sie die Sozialpartnerschaft.



wurf“ des Sozialismus „reinzuschreiben.“ Stattdessen kreuzten sie mit dem alten Hut eines „demokratischen Sozialismus“ der SPD auf. So konnten sie die Hoffnungen vieler Arbeiter auf eine sozialistische Politik mobilisieren und für sich vereinnahmen.

Zum anderen diente die Parole vom „demokratischen Sozialismus“ zur antikommunistischen Verleumdung des wirklichen Sozialismus als vorgeblich „undemokratisch.“ Also zur Verleumdung derjenigen Gesellschaftsform, in der die Arbeiterklasse tatsächlich die politische Macht ausübt und ebenso zur Verleumdung einer wirklichen sozialistischen Politik im Kapitalismus als „autoritär und dogmatisch.“

SPD-Politik nach der Devise, wir sind die besseren Sozialisten, die eigentlichen Sozialisten, die Kommunisten bloß die autoritären Verfechter des Sozialismus – diese Politik ist nicht neu: Nach Gründung der BRD trat die SPD Kurt Schumachers mit der Parole der „Erkämpfung des Sozialismus als Tagesaufgabe“ (!) auf und hetzte gegen die KPD als „konservative Kraft“, die den Sozialismus auf den St.-Nimmerleinstag verschieben wollte.

Beide Wortschöpfungen meinen dasselbe gesellschaftliche System – den Kapitalismus.

Es ist natürlich, daß im Zeitalter des niedergehenden Kapitalismus und des weltweiten Sieges des Sozialismus, jede bürgerlich-kapitalistische Strömung und Partei sich schmückt mit Begriffen wie „sozialistisch“ oder zumindest „sozial“ etc. Davor machen nicht einmal die ärgsten Feinde des Sozialismus – die Faschisten – halt. So nennt sich z.B. die faschistische Partei Italiens „Soziale Bewegung“ (MSI); der deutsche Faschist Strasser sprach in bezug auf seine Politik vom „deutschen Sozialismus“ und auch die Nazis wollten nicht auf ein „sozialistisches“ Namensschild verzichten.

Allerdings kreuzten die SPD-Führer im Wahlkampf auch

wieder ein „Kanzler aller Deutschen“ zur Rückbesinnung auf die „nationale Größe des Vaterlandes“ auf?

Entgegen Behauptungen von fast allen Seiten war dieser Wahlkampf durchaus nicht „der härteste“ in der Geschichte der BRD. Gerade ältere Kollegen können sich noch gut an die Wahlkämpfe der 50er Jahre erinnern, wo Adenauer die SPD als den „Untergang Deutschlands“ angriff und die bürgerliche Presse, voran der Springer-Konzern, mit verleumderischen Fälschungen auftrat, in denen es hieß, daß die SPD Wahlkampfgelder von der SED zugeschanzt erhielte. (Mit dieser Fälschung kreuzten Springers Zeitungen nur einen Tag vor der Wahl auf, um sich dann später herauszureden, daß sich diese „Gerüchte nicht bestätigten.“ hätten.)



Italiens Arbeiter im Kampf

22. November: 200.000 Metallarbeiter aus ganz Italien sind in Mailand zusammengekommen, um für ihre Forderungen zu demonstrieren.

Ein Strom von Arbeitern überflutete am 22. November die Straßen von Mailand. Aus allen Regionen Italiens folgten 200.000 Arbeiter dem Aufruf der Metallgewerkschaften zur nationalen Demonstration; damit war nicht nur der Höhepunkt der Tarifkämpfe 1972 erreicht, sondern

vereinigt. Aber der riesige Platz war für die ungeheure Menge zu klein. Das Ende der Züge mußte in den benachbarten Straßen bleiben, während Arbeiter und Gewerkschaftler sowie Genossen einer vietnamesischen Delegation ihre Reden hielten.

Mailand, die Stadt der „strage di

schon Arbeiterklasse“ – erscholl stundenlang von kämpferischen und politisch bewußten Parolen. Nicht eng auf den Tarifvertrag beschränkt, gingen die Arbeiter auf die gesamte politische Situation ein, richteten sich gegen die repressive und arbeiterfeindliche Andreotti-Regierung, gegen den von der Staatsgewalt unterstützten faschistischen Terror.

„Eine Bombe, ein Prozeß, eine strage di stato; aber die Arbeiterklasse wird die schwarzen Machenschaften stoppen.“

Die Demonstranten forderten die Befreiung politischer Gefangener, die Verteidigung der Kampf- und Organisationsformen der Arbeiterklasse, den einheitlichen Kampf der nord- und süditalienischen Arbeiter. Und wieder waren die Parolen

zusammenstoß und auf einen schmerzlosen Tarif-Vertrag einen kräftigen Schlag versetzte.

Eine entscheidende Wende zeichnete sich ab im Zusammenhang mit der von den Gewerkschaften organisierten nationalen Konferenz von Reggio über die Probleme der ökonomischen Entwicklung und die Aufgaben der Arbeiterbewegung in Südtalien. Faschistische Kommandos nahmen diese Konferenz zum Anlaß, eine großangelegte Provokation zu starten. Die Züge, die die Arbeiter aus dem Norden nach Reggio zur Demonstration am 22. Oktober führten, wurden zum Ziel einer Reihe von Bombenanschlägen, die aus reinem Zufall kein Mißlingen verursachten. 60.000 Arbeiter zeigten daraufhin aus der trotz alledem durchgeführten Demonstration ihre

land, Tausende in Potenza, Fies, Palermo und anderen Städten: der 24. Oktober war auch ein Moment des politischen Wachstums der italienischen Massen. Denn selten hatten sich an einem Kampftag so viele Elemente verbunden. Seitdem hat die Arbeiterklasse eine so gründliche und breite Antwort auf die allseitigen Angriffe des Kapitals gegeben.

Nicht nur gegen die letzte faschistische Provokation protestierten überall Tausende und Zehntausende, sondern gegen die Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparats überhaupt, gegen die politische Repression in den Betrieben und in den Schulen, gegen den Plan der Kapitalisten und der Regierung, die Kosten der Krise auf die Schultern



Während der Metallarbeiter-Demonstration am 22. November in Mailand waren viele antifaschistische Parolen zu hören und zu sehen: Hier Arbeiter aus Pontedera mit ihrem Spruchband „No al fascismo“ (Nein zum Faschismus)

auch die eindrucksvolle Demonstration der Hunderttausend im „heißen Herbst“ 1969 übertrifft. Sechs kämpferische Demonstrationen zogen stundenlang durch die Straßen der Stadt, um sich schließlich auf dem Domplatz zu

stato“ (faschistischer Bombenanschlag, der am 12. Dezember 1969 sechzehn Menschen tötete) und der blutigsten Provokationen der Bourgeoisie – aber auch, wie sie ein alter Mailänder Arbeiter in seiner Rede genannt hat, „das Herz der italieni-



22. November: In Rom demonstrieren 40.000 Bauarbeiter, Arbeiter und Angestellte des Staates, Metallarbeiter und Bankangestellte gemeinsam gegen die Politik des bürgerlichen Staates und für die Forderungen ihrer Klasse.

len des „heißen Herbst“ '69 zu

Wesen: „Fascisti, borghesi, ancora pochi mesi“ (Faschisten, Kapitalisten – nur noch wenige Monate) und „Das ist nur der Anfang, der Kampf geht weiter!“

In Mailand am 22. November haben die Metallarbeiter klar und deutlich gezeigt, daß sie der von der Bourgeoisie propagierten „Normalisierung“ entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen werden. Damit haben sie die durch den übereilten Schluß der Chemie-Tarifrunde vor einigen Wochen veranlaßten pessimistischen Einschätzungen über den weiteren Verlauf der Tarifkämpfe widerlegt. Der Kampf der Metallarbeiter, auf dem am Anfang die Verzögerungstaktik und die Schwankungen der Gewerkschaftsspitzen, eine gewisse Isolierung und der ungenügende Ausgang der Tarifrunde im Chemiebereich gelastet hatten, erhielt in den letzten Wochen eine zunehmende Radikalisierung, die den Hoffnungen der Kapitalisten auf einen nur kurzen Zu-

Empörung und ihre Wut.

In knapp achtundvierzig Stunden konnten ein Generalstreik und Dutzende von Demonstrationen in verschiedenen italienischen Städten organisiert werden, die das außerordentliche Kampfpotential der italienischen Arbeiterklasse zum Ausdruck brachten.

Der politische Generalstreik gegen die Bomben der Faschisten, der von den Gewerkschaften am 24. Oktober für eine Stunde erklärt worden war, aber in der Mehrzahl der Betriebe bis auf vier Stunden verlängert wurde, war ein bedeutendes Ereignis: das Zeichen der politischen Sensibilität und der Mobilisierungsfähigkeit der Massen; das Zeichen eines Willens zum direkten Eingreifen in das politische Leben, der es mit hat mit den leeren Bittschriften und den formellen Spitzenprotesten. 50.000 Arbeiter und Studenten auf der Straße in Bologna, 40.000 in Rom und Mail-

der Arbeiterklasse abzuwälzen, gegen die Entlassungen und die Arbeitslosigkeit („Crisi, fascismo, carac integrazione: le armi del padrone“, Krise, Faschismus, Absperrung: die Waffen der Kapitalisten).

In diesem letzten Monat, vom antifaschistischen Generalstreik des 24. Oktober über zahlreiche andere wichtige Mobilisierungen, über Streiks, innerbetriebliche Versammlungen und Züge bis zur Demonstration der 200.000 in Mailand, ist der Wille zum Kampf und zum Sieg der italienischen Arbeiterklasse zum Ausdruck gekommen. Ein Wille, der sich durch die Erpressung mit der Krise, durch die Faschisten, die Bomben, die Repression, die Entlassungen und die Absperrungen bislang nicht hat einschüchtern lassen. Ein Wille, der heute, wo es immer weniger Raum gibt für die Illusion einer kurzfristigen revolutionären Lösung, noch bemerkenswerter ist als vor drei Jahren.



22. Oktober: 60.000 Arbeiter demonstrieren in Reggio gegen faschistische Bombenanschläge.

Forts. von Seite 2

Fußtritt für die SPD-Linke

SPD-Führern im Wesentlichen zur demagogischen „Begründung“ ihrer Politik im Interesse eben dieser beschworenen „Mitte“, einer Politik, die „nicht allein im Interesse der Arbeiter“ gemacht werden kann, wie Brandt sich einmal ausdrückte. Diese gleiche Funktion für die SPD-Führer hat auch der ständig wiederholte Hinweis auf eine angebliche „Bremsen-Rolle der FDP“ innerhalb der Koalition.

Tatsächlich handelt es sich hierbei um ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen SPD- und FDP-Führern im Interesse einer Verwirrung der Arbeiterklasse. Einem Spiel allerdings, bei dem der Regisseur stets der gleiche bleibt – die Kapitalistenklasse.

Die SPD-Regierung braucht zu dem Hinweis auf die „Bremsen-Rolle“ der FDP, die angeblich notwendige „Rücksichtnahme auf andere Interessen“, um überhaupt ihre bürgerliche Politik innerhalb der eigenen Partei und gegenüber ihren Wählern „begründen“ zu können.

Wenige Tage vor der Wahl – als Umfrage-Institute schon das Ergebnis eines deutlichen Sieges der SPD/FDP-Koalition meldeten – begann Kanzler Brandt bereits sein „Wahlkampf-Kostüm“ wieder auszuziehen. Nicht mehr „Fortschritt oder Reaktion“ hieß es in den letzten Zeitungs-Interviews, die er gab, sondern „Zusammenarbeit auf Strauß und Barzel, für das „Wohl des Ganzen“, für das „Wohl aller Deutschen“ – wie es hieß.

Am 18. November – also einen Tag vor der Wahl – brachte die „Hamburger Morgenpost“ ein letztes Brandt-Interview, worin dieser ausführte, daß nach der Wahl „auch dann alle politischen Kräfte wieder zusammenfinden (müssen) zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle des Volkes und der ganzen deutschen Nation. Ich bin dazu bereit.“

Noch in der Wahlnacht selbst begannen die SPD-Größen die „Wahlkampf-Kulissen“ wieder wegzuschleppen. Aus den wortreichen „Arbeitnehmer-Vertretern“ wurden

wieder die alten Geschäftsträger einer bürgerlichen Regierung. Nicht mehr „Fortschritt oder Reaktion“ stand zur Debatte, sondern das Angebot Brandts an Barzel zu „gemeinsamer Beratung“. Aus dem „Gegner“ von gestern wurde der Partner von morgen.

Bereits ein paar Tage nach der Wahl gingen die SPD-Führer zu massiven Angriffen gegen diejenigen Kräfte über, die ihnen zum Wahlsieg verhelfen: gegen die Gewerkschaften (stellvertretend für die Arbeiterklasse und andere werktätigen Schichten) und gegen die Jusos (stellvertretend für die werktätige und lernende Jugend).

Als Gewerkschaften und Jusos den SPD-Vorstand vorsichtig an bestimmte Zusagen erinnerten, z.B. an die „paritätische Mitbestimmung“ und die „Verbesserung der Bildungsmisere“, mußten sie sich durch diesen anpöbeln lassen. SPD-Vorstandssprecher Schulz kanzelte dies als „egoistische Gruppeninteressen“ ab und sprach Gewerkschaften und Jusos pauschal das Recht ab, bestimmte „Forderungen an diesen Staat“ zu stellen: „Gemeint sind jene, die ohne ein Quentchen mehr oder weniger an Legitimation als alle anderen aus dem Wahlsieg Forderungen für sich und ihre Heerhaufen ableiten wollen.“ (zitiert nach „Hamburger Morgenpost“ vom 23.11.72)

Fast konnte man meinen, hier nicht einen SPD-Führer zu hören, sondern den CSU-Boß Strauß höchstpersönlich. Es gehört für einen SPD-Führer schon allerhand Kaltschnitzigkeit dazu, Arbeiterklasse und Jugend in diesem Staat als „Heerhaufen“ zu diffamieren, die gefügig keine „egoistischen Gruppeninteressen“ als „Forderungen an diesen Staat“ zu stellen haben, sondern... ja was eigentlich?

Offenbar wohl den Mund halten und abwarten, was vom gedeckten „Tisch der Reichen“ für sie an Krümen abfällt.

Wessen Interessen will die SPD-Regierung eigentlich wahrneh-

men, wenn nicht die Interessen der zig Millionen Arbeiter, Angestellten, kleiner Beamten und Jugendlichen, eben jene „Interessen der 65 % der Habenichtse“, die von den SPD-Führern im Wahlkampf so eifrig beschworen wurden? Was verstehen Brandt & Co. unter dem vielzitierten „Wohl des ganzen Volkes“, wenn nicht in erster Linie das Wohl seiner übergroßen Mehrheit? Offenbar doch das Wohl einer gewissen Minderheit, eben der Kapitalistenklasse. Den Forderungen dieser Leute jedenfalls, die bereits einen Tag nach der Wahl unzweideutig auf dem Tisch lagen, sind die SPD-Führer bisher herzlich gern und ohne viel Aufhebens nachgekommen.

Im Wahlkampf war es gerade der „linke“ Anhang der SPD-Führer, die Gewerkschaften, die Jusos, der SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund) etc., der der SPD die Masse an Wähler-Stimmen zuführte. Und dieser gesamte „linke“ Anhang muß es nun – schon wenige Tage nach der Wahl – erleben, wie ihm die SPD-Führer dies danken: durch einen Tritt in den Hintern.

Die SPD-Führer sind ihrer Sache derart sicher, daß sie es nicht einmal für nötig erachten, wenigstens eine gewisse „Anstands-Frist“ einzuhalten. Dies zeigt, was die SPD-Führer gegenüber Arbeiterklasse und fortschrittlichen Teilen der Bevölkerung noch glauben, sich erlauben zu können.

Diese Entwicklung war durchaus abzusehen. Sie eröffnet aber gleichzeitig verbesserte Chancen für die Entwicklung kommunistischer Massenpolitik. Einer Politik also, die es versteht, echte Alternativen zum bürgerlichen Parteien-Betrieb zu entwickeln. Eine ausschließlich an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Massenarbeit ist hierfür ebenso Voraussetzung, wie der Bruch mit dem pseudo „linken“ Sektorforum verschiedener „kommunistischer“ Gruppen und dem penetranten Parteiladen-Plunder von DKP und anderen.

Unser Weg REVISIONISMUSKRITIK 8

CHILE: 'Friedlicher Übergang' zum Sozialismus?

sion geknüpft, die 5 %-Klausel könnte man davon absehen.

Der DKP-Parteivorstand hat sich mit dem Wahlergebnis „nicht zufrieden“ erklärt, aber vornehmend hinzugefügt, die DKP werde den Arbeitern das Ergebnis nicht weiter übel nehmen. Immerhin sei ja das Hauptziel erreicht, nämlich die Abwehr von Strauß und Barzel. Und am Erreichen dieses Ziels hätte schließlich auch die DKP mitgewirkt, deren „Stärkung“ nun das Allerwichtigste sei.

Der DKP-Parteivorstand kann nicht erklären, warum das Wahlergebnis der DKP nicht dem „wachsenden Einfluß“ der Partei entspricht: warum trotz des erheblichen Abbaus antikomunistischer Stimmungen die DKP heute nur ein Sechstel der Stimmen von 1961 bekommt; warum sogar noch jeder vierte DKP-Wähler seine Zweitstimme einer bürgerlichen Partei gegeben hat. Stattdessen Ratlosigkeit („mit dem Ergebnis sind wir nicht zufrieden“), die sogleich durch die sattem bekannte Selbstgefälligkeit („DKP stärken“) zuge deckt wird. Vor der Tatsache, daß die mit dem September-Streiks 69 eingeleiteten Arbeiter-Kämpfe auf der parlamentarischen Ebene zunächst ausschließlich für die SPD zu Buche schlugen, stehen die DKP-Führer ebenso hilflos wie die Super-„Linken“.

Die kommunistischen Organisationen außerhalb der DKP fanden sich mit wenigen Ausnahmen zusammen in Aufrufen, den Stimmzettel ungültig zu machen. Die Ausnahmen waren in erster Linie der kommunistische Bund und die ABG München, die zur Stimmabgabe für die SPD aufriefen.

KB Bremen und NRF Heidelberg forderten gemeinsam dazu auf, die Worte „Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!“ auf den Stimmzettel zu schreiben. Die „KPD/ML“ schlug vor, irgendeine Parole gegen die bürgerlichen Parteien und den bürgerlichen Staat auf den Zettel zu schreiben. Die „KPD“ wollte „KPD“ auf den Zettel schreiben lassen – wer das nicht wollte, dürfte aber auch „Rotfront“ hinschreiben. Der Thüringer KABD rief

dazu auf, nicht zur Wahl zu gehen. „KPD/ML“ und „KPD“ fühlten sich darüberhinaus lächerlicherweise bemüht, mit langen Erklärungen ihren „Verzicht auf einen eigenen Kandidaten“ zu begründen.

Uns interessiert hier die Begründung von KBB/NRF für ihr Vorgehen bei den Wahlen, wobei wir uns an deren gemeinsame Erklärung halten (abgedruckt u.a. „Wahrheit“, Oktober 72). Wir gehen näher auf KBB/NRF ein, weil wir für die einzigen politisch und organisatorisch ernstzunehmenden Vertreter dieser Richtung halten.

Die Genossen sagen: Auf der Ebene der Stimmabgabe gibt es noch keine Alternative zu den bürgerlichen Parteien. Die Stimmabgabe bei den Wahlen sei aber auch gar nicht entscheidend, sondern entscheidend sei der Klassenkampf. Deshalb sollten die Arbeiter bei den Bundestagswahlen „für die Forderungen der Arbeiterklasse“ stimmen. Die Genossen nennen dann diese angeblichen Forderungen, wobei sie wirtschaftliche Forderungen („Für die Steigerung des Reallohns“, „Für den 7-Stundentag“) mit revolutionären Parolen („Schluß mit der Herrschaft der Kapitalistenklasse!“) und mit gutgemeinten Apellen an die Arbeiter selbst („Beizagt dem Imperialismus!“) verquirlen.

Stellvertretend für dieses angebliche „Kampfprogramm der Arbeiterklasse“ sollten die Worte „Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!“ auf den Stimmzettel geschrieben werden.

Die „Begründung“ hierfür ist wiederum bemerkenswert: Kommunisten besinnen sich am Wahlkampf, um das bürgerliche Parlament für die proletarische Politik auszunutzen. Nun wird aber das „Kampfprogramm der Arbeiterklasse“ von keiner der auf dem Stimmzettel stehenden Parteien vertreten. Also muß erst eine Partei geschaffen werden, um das Parlament im Sinne des „Kampfprogramms der Arbeiterklasse“ auszunutzen. Deshalb, so sagen die Genossen, gebe es heute zwei „Hauptaufgaben“: zum einen die Aufhebung des KPD-Verbots, denn „in dem westdeutschen Bourgeoisie 1956 die

Sektierer in der Sackgasse

Einige politische Gruppen wollten die Wähler zur Abgabe von Proteststimmen gegen die bürgerlichen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP gewinnen. Ohne die Chance, eigene Vertreter ins Parlament zu schicken, sollten die Wähler doch wenigstens auf dem Stimmzettel irgendwas ihre Unzufriedenheit mit der Politik aller bürgerlichen Parteien zum Ausdruck bringen.

So propagierten die „KPD/ML“ zusammen mit einigen anderen Gruppierungen, den Stimmzettel durch Beschriften mit Parolen ungültig zu machen. – Die DKP stellte sich zwar mit eigenen Kandidaten zur Bundestagswahl; indessen war klar, daß die DKP nicht die geringste Chance hatte, über die undemokratische 5 %-Klausel zu kommen. Auch die Wahl der DKP hatte also reinen Protest-Charakter.

Das Wahlergebnis zeigt einen merkwürdigen Rückgang der Protest-Stimmen. Mit 91,2 % lag die Wahlbeteiligung noch im Jahre 1969, aber (trotz mehr als 2 Mio. neuen Wählern) nur noch bei 500.000. Von den abgegebenen Stimmen ist noch bei 60 % gar nichts gewählt (außer 1957, unmittelbar nach dem

KPD-Verbot, als keine Partei links von der SPD kandidierte) ein so großer Teil auf den Block der bürgerlichen Parteien entfiel. Das kam vor allem der SPD zugute, die ihren größten Triumph seit Bestehen der Bundesrepublik feiern konnte und erstmals die CDU/CSU überludete.

Die DKP bekam 0,3 % der Stimmen. Dieses Ergebnis bezeichnet einen Tiefpunkt der Linken außerhalb der SPD, nachdem die DFU 1961 noch 1,9 % und die ADF 1969 immerhin 0,6 % der Stimmen bekam. Das bedeutet, daß die SPD über 80 % der linken Protest-Wähler von 1961 inzwischen zurückgewonnen haben dürfte; mehr noch: die Linksentwicklung der letzten Jahre, vor allem in der Jugend, scheint von der SPD fast vollständig aufgefangen zu sein. Bemerkenswert ist außerdem, daß diesmal durchschnittlich nahezu jeder vierte DKP-Wähler seine Zweitstimme einer anderen Partei meist wohl der SPD gab.

Auch mit der krausesten Logik kann die DKP dieses Wahlergebnis nicht zu einem Erfolg hochjubeln. Freilich haben die DKP-Führer damit recht, wenn sie sagen, daß dieses Wahlergebnis nicht die wirkliche Stärke der außerparlamentarischen Linken widerspiegelt. Gerade

daraus zieht ja die Bourgeoisie propagandistischen Vorteil, indem sie das lächerlich niedrige Wahlergebnis der DKP als Argument zitiert, die Bevölkerung lehne „den Radikalen eine Abfuhr erteilt“ und für die „demokratischen Parteien“ (d.h. für die bürgerlichen Parteien) gestimmt.

Die DKP hat über das zu erwartende Wahlergebnis übertriebene Hoffnungen nicht nur verbreitet, sondern auch selbst gehegt.

So wurden z.B. angesichts von mehr als 2 Mio. neuen Wählern große Erwartungen an eine Angabe aus dem Jahresbericht 1971 des „Verfassungsschutz“ geknüpft: bei den Bremer Bürgerschaftswahlen 1971 hätten über 14 % der Jungwähler für die DKP gestimmt. – Bei einer öffentlichen Diskussion vor den Wahlen in einem Hamburger Studentenwohnheim plauderte Beate Landefeld (DKP-Bundestagskandidatin und Mitglied des Parteivorstandes) aus, mehr als „nur“ etwa 1 % der Stimmen würde die DKP wohl nicht kriegen, weil die Arbeiter „psychologische Hemmungen“ vor der Wahl der DKP hätten. Das sollte ganz besonders realistisch erscheinen, was aber immer noch weit überschätzt. – Dagegen war der Wahlkampf der DKP mit der Hauptparole „Kommunisten in den Bundestag“ an die Verbreitung der Illu-

KPD von ihren Richtern hat verbot-
lassen, hat sie der Arbeiterklasse
die Möglichkeit genommen, das
bürgerliche Parlament für den prole-
tarischen Kampf auszunutzen." Zum
anderen müsse aber überhaupt
erst wieder eine kommunistische
Partei aufgebaut werden.

Indem man also „Weg mit dem
KPD-Verbot!“ auf den Stimmzettel
schreibt, dokumentiert man seine
Unterstützung der ersten „Haupt-
aufgabe“. Indem man dann noch
„KPD!“ dazu setzt, hat man auch
die zweite „Hauptaufgabe“ unter-
stützt, nämlich die Neugründung
einer kommunistischen Partei.

In der „Wahrheit“ vom Oktober
ist diese sehr logische und prinzi-
pienfehle Wahl-Empfehlung noch
auf eine besonders kluge Art be-
gründet worden:

„Es genügt nicht, wie die 16
Jahre KPD-Verbot bewiesen haben,
den Kommunisten nur beizupflichten
oder sie zu bedauern. Aufgehoben
wird das Verbot nur durch
massiven Kampf der Arbeiterklasse
für ihre eigene Partei; kein anderer
Weg ist für uns tun. Die einfache
und gleichzeitig aktive Handlung als
echte Willensäußerung ist die Kenn-
zeichnung des Stimmzettels mit den
Buchstaben KPD.“

Hier wird den Arbeitern die un-
gültige Stimmabgabe geradezu als
Ersatzhandlung schmuckhaft ge-
macht: Wenn ihr schon 16 Jahre
lang nichts getan habt, um uns
Kommunisten zu unterstützen,
dann könntet ihr doch diesmal
wenigstens KPD auf Euren Stim-
mzettel schreiben – das tut Euch
nicht weiter weh, und wir sehen
immerhin Euren guten Willen!

Ähnlich wie in der Oktober-
Nummer hat die „Wahrheit“ erneut
im November argumentiert:

„Nicht die Wahl einer bürger-
lichen Partei, sondern der Aufbau
einer eigenen revolutionären,
kommunistischen Partei steht auf
der Tagesordnung. Den Willen,
diese Partei aufzubauen, bekunden
alle fortschrittlichen Arbeiter und
Kommunisten am 19. November
auf den Stimmzetteln mit der Lo-
zung WEG MIT DEM KPD-VER-
BOT! KPD!“

Wir sehen hier das unter den
Super-„Linken“ sehr beliebte In-
strument der moralischen Epre-
sion angewandt: Hör mal Kolle-
ge, alle fortschrittlichen Arbeiter
schreiben diesmal KPD auf den
Stimmzettel. Und da willst ausge-
rechnet DU nicht mit dazu gehö-
ren?

Noch etwas wilder trieb es
in Hamburg die mit KBB/NRF
zusammenarbeitende Sozialistische
Stimmengruppe (SSG), die rund-
weg erklärte, „kein ehrlicher Ar-
beiter könnte noch die SPD wählen.“

Hier ist nicht zu klären, wieweit
hinter den Redensarten von „alle
fortschrittlichen Arbeiter“ etc.
handfeste Illusionen über den Wahl-
ausgang steckten. Sicher ist aber,
daß die Genossen mit solchem Ge-
schwätz, das in grellem Kontrast zu
den wirklichen Verhältnissen steht,
ihren Beitrag dazu leisten, nicht nur
sich selbst, sondern die Kommuni-
sten insgesamt als Spinner hinzu-
stellen, die gewinnheitsmäßig alles
übertrieben.

Worum geht es?

Wenn die Genossen die Wahlen
gleichsam zu einer Volksabstim-
mung gegen das KPD-Verbot und
für eine neue KPD machen wollten;
so sind ihnen „alle fortschrittlichen
Arbeiter“ darin durchaus nicht ge-
folgt. Für die große Mehrheit stand
die Wahl einer bürgerlichen Partei,
der SPD, „auf der Tagesordnung.“

In Witten gab es den von den
Bremer Genossen konstruierten
Gegensatz: Entweder für die SPD
stimmen oder die Partei auf-
bauen – auch gar nicht, Sonst müßte

man den Sieg der SPD als einhei-
liges Votum gegen eine kommunisti-
sche Partei interpretieren.

Die politisch bewußtesten Ar-
beiter wissen aber, daß eine revolu-
tionäre Partei ihrer Klasse nicht mit
dem Stimmzettel aufgebaut wird,
daß „Willensbekundungen“ auf
dem Stimmzettel für die Schaffung
einer solchen Partei bloße Spielerei
sind. Bei den Wahlen stand nicht
die Frage an, ob eine KPD aufgebaut
werden soll oder nicht. Diese Frage
wird auf einem ganz anderen Feld,
im Klassenkampf, in der Ausein-
dersetzung um die politische Linie
der Arbeiterbewegung entschieden.
Bei den Wahlen ging es darum,
welche Partei an die Regierung soll
– und das ist die SPD freilich auch
den politisch bewußtesten Arbeit-
ern immer noch etwas lieber als die
CDU/CSU, solange es auf dem
Stimmzettel nur diese Schein-Altern-
ative gibt. Mit ihrem Slogan „Willy
Brandt – wen denn sonst?“ hat die
SPD geschickt die Stimmung getrof-
fen. Den bewußtesten Arbeitern
braucht man ja nicht zu erzählen,
wie das ist mit der SPD, wie sie sich
in der Vergangenheit mit Arbeiter-
blut beschmutzt hat, wie sie sich
dem Kapital verkauft hat, wie sie
heute reaktionäre Gesetze in Kraft
setzt, wie sie durch ihren gewerks-
chaftlichen Einfluß die wirtschaft-
lichen Kämpfe schwächt usw. Aber,
„wen denn sonst?“ – Da ist
keine Alternative auf der Ebene des
Stimmzettels; und eine „bloße“
„Willensbekundung“, daß man
doch gern eine Alternative haben
würde in Gestalt der KPD, ist für
die Katz.

Die Genossen vom KBB/NRF
reden doch oft vom „Aufschwung
der Arbeiterbewegung.“ Wie hat
dieser „Aufschwung“ sich im Wahl-
ergebnis niedergeschlagen? Wie hat
die Verschärfung der Klassen-
kämpfe in den letzten Jahren seit
den Septemberstreiks 69, wie hat
die Regierungs-Politik der SPD seit
Bildung der Großen Koalition Ende
1966 ihren Ausdruck im Wahlerge-
bnis gefunden?

Man könnte sagen, daß der ganze
„Aufschwung“ der letzten Jahre
keine grundsätzlichen Folgen hatte
außer der Umgruppierung von einer
bürgerlichen Partei zur anderen, von
der CDU/CSU zur SPD.

Wir meinen aber, daß das Wahl-
ergebnis etwas anderes zeigt. Die
Gewinnung „traditioneller“
CDU-Wähler für die SPD bei diesen
Wahlen kennzeichnet mehr als das
Überwechseln von einer bürgerli-
chen Partei zur anderen; sie ist
meist Ausdruck einer veränderten
Einstellung dieser Menschen –
katholische Arbeiter, Kleinbauern,
Angestellte u.a. – zu den gesell-
schaftlichen Verhältnissen. – Für
die „traditionellen“ Wähler der SPD
dürfte es so sein, daß gerade nach
den letzten Jahren die Zahl derjen-
igen sehr groß ist, die die SPD nur
mit „Bauchschmerzen“ gewählt ha-
ben. Solange die Kommunisten
nicht anders im Wahlkampf als
„Willensbekundungen“ auf dem
Stimmzettel schreiben, solange wird
die KPD nicht anders als eine
Zwangsmaßnahme bei der Stimmabgabe
für die SPD bleiben.

In Bezug auf das Wahlergebnis
stellen sich also zwei Aufgaben als
vordringliche: zum einen die
Schaffung immer größerer Klarheit
über die Politik der SPD und den
unversöhnlichen Gegensatz dieser
Politik zu den grundlegenden Inter-
essen der Arbeiterklasse. Zum an-
deren geht es darum, verstärkt auf
die Herausbildung einer proletari-
schen Organisation hinzuwirken,
die sich auf allen Ebenen des gesell-
schaftlichen Lebens als wirkungs-
volle Alternative zum bürgerlichen
Parteibetrieb zu bewähren ver-
mag. Zu diesen Themen werden in
der nächsten Nummer des ARBEI-
TERKAMPF weitere Beiträge er-
scheinen.

Maulkorb für Juso Hamburg.

Die Hamburger Jusos haben
anlässlich der Bundestagswahl-
en in ihrer Broschüre „Juso
Hamburg“ Nr. 5/6 zur Beurteilung
der SPD und ihrer eigenen Rolle
Stellung genommen. Daß sie in
diesem Zusammenhang aus dem
ARBEITERKAMPF, also einer
kommunistischen Zeitung zitierten,
brachte den rechten SPD-Partei-
vorstand in Bonn auf die Palme.
Das Zitat lautete:

„Das Demagogische und Groß-
müßige der Juso-Politik liegt auf der
Hand. Sie schwadronieren, daß die
Parteilösung schon nicht mehr an
ihnen vorbeikönne und sie die „trei-
bende Kraft“ in der SPD seien.
Aber sie können nicht einmal
verhindern, daß ihnen bei Meuchel-
stimmungen auf Bezirksebene ihre re-
formistischen Plänechen diskussions-
los durch die Parteibürokratie vom
Tisch gefegt werden. Sie müssen

erleben, daß ihre wohlgemeinten
Thesen zur Kandidatenaufstellung
von der Parteispitze einkassiert wer-
den und ausgerechnet die CDU/
CSU es unternimmt, diese Thesen
dann doch noch zu drucken. Die
Jusos erhalten gerade soviel „Frei-
raum“ in der SPD, wie notwen-
dig ist, um die in der SPD organi-
sierten fortschrittlichen Jugendli-
chen bei der Stange zu halten.“
(aus ARBEITERKAMPF Nr. 21;
in „Juso Hamburg“ 5/6)

Die Jusos selbst schrieben da-
zu, daß dieser „Vorwurf“ „nicht
aus der Luft gegriffen“ sei. Aller-
dings heißt es trotzdem weiter un-
ten im Text, die SPD sei „die Par-
tei, die am ehesten die Möglich-
keit zur Durchsetzung einer an Ar-
beiterinteressen orientierten Poli-
tik bietet“. („Juso Hamburg“, 5/6)

Die SPD-Leitung war da aber
ganz anderer Meinung. Der Partei-

vorstand in Bonn verbot kurzer-
hand das Erscheinen auch dieser
Broschüre. Reagiert wurde diese
Maßnahme damit, daß „Juso Ham-
burg“ so gewagt habe, eine kommuni-
stische Zeitung zu zitieren.

Da die Broschüre aber bereits
ausgeliefert war, kündigte man dem
verantwortlichen Redakteur ein
Parteiordnungsverfahren mit dem
Ziel des Parteiausschlusses an.

Hier gehen die rechten SPD-
Führer offenbar noch über die
„Münchner Antikommunistische
Schlüsse“ hinaus, die jegliche „Zu-
sammenarbeit mit Kommunisten“
ausdrücklich untersagen.

Die Jusos dürfen sich demnach
nicht einmal mehr mit den Schrif-
ten der Kommunisten auseinan-
dersetzen!
Innerparteiliche Demokratie bei der
SPD? – Wohl bekomms!

Anzeige

Unser Weg

Revisionismus- Kritik

erhältlich im

DM 4.50



Arbeiterbuch

Politische Buchhandlung

2 Hamburg 13, Grindelhof 45, Telefon 45 38 01

SPD macht Jagd auf linke Jusos

OSTHOLSTEIN:

Vor und während des Wahlkampfes haben viele Juso-Gruppen versucht, mehr Einfluß als bisher auf die innerparteiliche Willensbildung der SPD zu nehmen. Ebenfalls versuchten sie Einfluß auf die Auswahl der SPD-Bundestags-Kandidaten zu bekommen. Die rechten Führungs-Cliques in der SPD wehrten sich mit Erfolg gegen diese Versuche ihrer Partei-Jugend. Noch während des Wahlkampfes und vor allem danach hagelte es Disziplinar-Maßnahmen gegen „aufmüpfige“ Jungsozialisten. Vielfach wurde mit Partei-Ausschlüssen gedroht. Wo dies nicht den gewünschten Erfolg einer Einschüchterung brachte, wurden direkte Maßnahmen eingeleitet: Die betroffenen Jusos wurden ihrer Ämter enthoben, ganze Gruppen erhielten Verbot für eigenständiges Auftreten, gegen führende Köpfe von Juso-Gruppen wurden „Parteiordnungsverfahren“ eingeleitet mit dem Ziel eines Ausschlusses. Für viele Jusos zerbrach im Rahmen dieses Wahlkampfes die Illusion einer sozialistischen Strategie und Perspektive innerhalb der SPD.

Über organisations-interne Auseinandersetzungen in ostholsteinischen Juso-Gruppen berichtet ein Artikel der „ARBEITER-JUGEND-PRESSE“ (Nr. 5) des KB/Gruppe Eutin. Wegen exemplarischer Bedeutung drucken wir diesen Artikel hier nach:

Am 17.9. fand in Lütjenburg die Wahlkreisvertreter-Versammlung der SPD statt. Nach dem Plan der führenden SPD-Funktionäre sollte Lauritz Lauritzen, derzeit Bundesminister für Verkehr, Post und Seidtebau, ohne große Diskussion als Bundestagskandidat des Wahlkreises 7 (Plön/Oldenburg) nominiert werden. Er hatte sich in den Augen der rechten SPD-Delegierten hinreichend durch abgestandene Lobgesänge auf angeblich erbrachte „Leistungen“ der sozial-liberalen Regierung und durch weiche Angriffe gegen die „üble Misswirtschaft“ der CDU/CSU qualifiziert.

Gar nicht so recht ins Konzept paßte den Veranstaltern daher ein unvorhergesehener Vorstoß der Plöner Jusos. Sie trugen eine am Vortrag von ihrer Kreis-Konferenz fast einstimmig verabschiedete Stellungnahme vor, in der sie die „Erfolge“ der sozialdemokratischen Regierung bilanziert hatten. Vor allem wandten sie sich gegen die wachsenden Formierungsbestrebungen der westdeutschen Kapitalisten-

klasse, gegen den unter führender Beteiligung der SPD forcierten Ausbau des Staatsapparates (Aufrüstung der Polizei) und gegen den Abbau noch bestehender demokratischer Rechte (Bundeseigenschutzgesetz, Vorbeugehaft, Berufsverbot für Demokraten).

Insbesondere entlarvten sie die schändliche Rolle der rechten SPD-Führer, die – wie auch schon während der Weimarer Republik – der herrschenden Klasse helfen, das Instrumentarium zu schaffen, das

diese im Krisenfall zur blutigen Niederwerfung der rebellierenden Arbeiterklasse benötigt; ferner, wie Brandts Versprechungen, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen, sich in der Realität – angesichts der steigenden Militarisierung der Gesellschaft durch Wehrkunde-erläß, Errichtung besonderer Bundeswehrhochschulen und der gewaltigen Aufrüstung – zynisch in ihr Gegenteil verkehren, wie unter dem Deckmantel der Sozialpartnerschaft die Tarifabschlüsse so sehr gedrückt werden, daß sie einem Lohnabbau gleichkommen.

Letztendlich stellten sie fest, daß diese SPD/FDP-Regierung trotz aller Phrasen über einen vorgüblichen „demokratischen Sozialismus“ uns nicht auf den Weg zum Sozialismus führt, daß der Ausweg vielmehr im gemeinsamen Kampf sozialdemokratischer, kommunistischer und anderer Kräfte gegen die wachsenden Formierungsbestrebungen der

deretzten können; von einigen Delegierten wurden sie gar auf's übelste angepöbelt und mit Zursen wie „Zusammenschlagen!“ und „Aus-treten soll er!“ (OHA, 18.9.) bedroht.

Wenige Tage später holte der Landesvorstand zum entscheidenden Schlag aus; es sollte ein Beispiel statuiert werden – zur Warnung an alle noch in der SPD befindlichen fortschrittlichen und ehrlichen Kräfte: Am 23.9. wurde eine Sondersitzung des Landesvorstandes nach Malemt einberufen, um „über die Juso-Erklärung anlässlich der Wahlkreisversammlung am 17.9.72 zu beraten.“ (OHA, 25.9.)

Erwartungsgemäß wurde das Papier einstimmig vom Landesvorstand „nach Form und politischem Inhalt“ abgelehnt. Um einer ihm unangenehmen inhaltlichen Auseinandersetzung – und damit auch einer

dere die von den Sozialdemokraten eindeutig festgelegte Abgrenzung zu Kommunisten und Rechtsradikalen.“ (OHA, 25.9.)

Ah! Sozialdemokraten waren beschlossen: Die für das Papier Verantwortlichen werden aller Ämter enthoben, ihre Mitgliedschaft ruht. Ferner wurde ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet mit dem Ziel, die Verantwortlichen aus der Partei auszuschließen. Drittens sollte gegen alle Jusos, die das Papier inhaltlich akzeptierten, ein Parteiaus-schluss beantragt werden.

Um alle potentiellen Gegner der Parteilinie ausfindig zu machen und die fortschrittlichsten Jusos zu isolieren – vor allem die Preetz-Jusos, die wegen ihrer Kritik an der „Neuen Ökopolitik“ den rechten SPD-lern schon lange ein Dorn im Auge waren –, startete der expo-



Auseinandersetzung mit zahlreichen SPD-Kollegen, die hinter dem Papier standen – auszuweichen, wurde wieder einmal das Gespenst des Kommunismus hervorgeholt. Nach Jansens Worten könne „eine nur der Demokratie und dem sozialen Gedanken verpflichtete Partei wie die SPD als nicht hinnehmbar, wenn sich Kommunisten oder Maoisten in die SPD oder die Jungsozialisten einschleichen, um durch die Veröffentlichung von „politisch hinverbrannten Themen“, die durch kein Parteiprogramm und keinen Parteitagsschluß abgedeckt sind, die SPD unverantwortlich zu schädigen. Der demokratische Sozialismus der SPD (...)“ erfor-

niert rechte Landtagsabgeordnete und Plöner Kreisvorsitzende Klinken einen weiteren Vorstoß; er versuchte, alle 500 Jusos (!) des Kreises zur Unterschrift eines Revers zu zwingen. Ihnen wurde eine Karte und ein Begleitbrief zugestellt, in dem es unter anderem hieß:

„Wenn du mit dem Text einverstanden bist, so kreuze ja an ... Wenn du mit dem Text nicht einverstanden bist, so kreuze nein an ... Der Landesvorstand fordert den Kreisvorstand auf, in seinem Bereich umgehend festzustellen, wer inhaltlich hinter dem JS-Papier vom 16. September 1972 steht, um gegebenenfalls unverzüglich Parteiaus-schluss beantragen zu können.“

Arbeiterjugend Presse

Zeitung des Kommunistischen Bundes Gruppe Eutin
für den Berufs- und Handelssektor

Kapitalistenklasse liegt.

Wie nicht anders zu erwarten, stieß diese berechtigte Kritik an der SPD/FDP-Regierung bei den rechten sozialdemokratischen Delegierten auf schroffe Ablehnung. Bereits auf dieser Versammlung zeichnete sich ab, daß die Jusos sich nicht ungestraft der Partei-Führung wi-

klischer Rechte (Bundeseigenschutzgesetz, Vorbeugehaft, Berufsverbot für Demokraten).

Insbesondere entlarvten sie die schändliche Rolle der rechten SPD-Führer, die – wie auch schon während der Weimarer Republik – der herrschenden Klasse helfen, das Instrumentarium zu schaffen, das

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan...

Am 29. November hat das Bonner Landgericht auf Antrag des Parteivorstandes der SPD entschieden, daß der „Sozialdemokratische Hochschulbund“ das Wort „sozialdemokratisch“ nicht mehr verwenden darf. Diesen Antrag hatte der SPD-Vorstand am 2.6.72 beschlossen. Wenige Tage nach dem Wahlsieg der SPD in den Bundestagswahlen hatte der SHB in einem Offenen Brief an den Bundeskanzler Willy Brandt eine Aufhebung dieses Beschlusses verlangt. Denn gerade an den Universitäten hatte der SHB durch eigene Wahlkampagnen dafür gesorgt, daß rund 60 % aller Jungwähler für die SPD gestimmt haben. Der Fußtritt der SPD für diese Hilfe folgte mit diesem Gerichtsurteil.

Schon 1961 hatte sich die SPS von ihrem damaligen Studentenverband SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) getrennt und gleichzeitig mit dem bereits bestehenden SHB ein Abkommen über die Benutzung des Wortes „sozialdemokratisch“ getroffen, das dem SPD-Vorstand jederzeit erlaubte, diese Benennung zu widerrufen. Anfang 1971 war es soweit, dem SHB wurde erst einmal jede finanzielle Unterstützung entzogen. Im Herbst 71 „über-

legte“ der SPD-Vorstand dann unter kräftiger Mithilfe des reaktionären Professorenverbandes „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und der Springer-Presse, ob und wie dem SHB der Name zu verbieten sei. Unmittelbar nach dem Mißtrauensantrag der CDU/CSU im April forderten sowohl Barzel als auch Strauß im Bundestag die Trennung der SPD vom SHB. Am 28. Juni stellte der SPD-Vorstand gegen den Bundesvorstand des SHB den Antrag auf eine einstweilige Verfügung, die es dem SHB untersagte, den Begriff „sozialdemokratisch“ im Namen zu führen. Der Widerspruch des SHB ist jetzt abgelehnt worden. Der SHB hat heute mehr als 60 Hochschulgruppen und über 5000 Mitglieder. Er ist damit der stärkste und am weitesten verbreitete Studentenbund. „Der SHB betrachtet sich als Bestandteil der Sozialdemokratie“, wie er selbst in seinem 8-Punkte-Programm erklärt. Der SHB ist der Bestandteil der Sozialdemokratie, der die Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht prinzipiell ablehnt und gegenwärtig an in vielen Hochschulen ein Bündnis mit dem „Marxistischen Studentenbund – Spartakus“ (steht der DKP nahe) eingegangen ist. Dies nun wirft ihm die SPD-

Führung vor und begründet damit ihr gerichtliches Vorgehen. Die SPD-Führung spricht in ihrem Antrag von „Täuschung der Öffentlichkeit“. Hat also diese Politik des Aktionsbündnisses mit links von der SPD stehenden politischen Gruppen dem Sozialdemokratismus geschadet? Dann wäre es mindestens verständlich, warum die SPD so gegen den SHB vorgeht.

Die Hamburger Universität gibt ein Beispiel für die Ergebnisse der Politik des SHB: noch vor einem Jahr war der „Spartakus“ der große Gewinner der Wahlen zum Studentenparlament, und der SHB bildete lediglich den Juniorpartner bei der Bildung des ASStA. Damals war ein großer Teil der Studenten der Politik der SPD gegenüber ablehnend eingestellt. Der SHB verfolgte darauf die Politik der Anpassung an den „Spartakus“ und stellte keine offen sozialdemokratischen Parolen in seiner Propaganda auf. Der Erfolg war durchschlagend: Im Sommersemester 72 bekam der SHB alle Kandidaten bei der Studentenparlamentswahl durch die Studentenparlamentswahl durch, der „Spartakus“ nur da, wo der SHB nicht für alle Plätze Kandidaten aufgestellt hatte. Jetzt ging der SHB auch daran, wieder offen für die SPD Propaganda zu machen und behauptete, „daß der

sozialdemokratischen Bewegung ... eine entscheidende Rolle zukommt“. (8-Punkte-Programm)

Das Ergebnis der Bündnispolitik des SHB ist für die SPD überaus nützlich: Stärkung des Sozialdemokratismus in der Studentenschaft, d.h. des Glaubens, daß die SPD die große „reformistische“ und „fortschrittliche“ Kraft ist, und Isolierung der Strömung, die der DKP nahe steht. Wenn die SHB-Politik der SPD so sehr genützt hat, warum bekam der SHB dann diesen Fußtritt? Es sind dies vor allem zwei Gründe: einmal geht die Verschiebung des politischen Zentrums der Studentenschaft nach rechts den Kapitalisten zu langsam, denn in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse brauchen sie Bündnispartner, und die hoffen sie auch bei den Studenten zu finden. Daher hat die SPD den Auftrag, den vergleichsweise fortschrittlichen SHB zu isolieren und zu zerschlagen. Den orientierungslosen Studenten sollen dann andere rechte Studentenorganisationen als ihre Interessenvertreter angeboten werden. Der SPD-Vorstand beschloß daher auch im Juni, den Aufbau von Sozialdemokratischen Hochschulgruppen voranzutreiben, die die Aufgabe haben, das SHB-Potential nach seiner Zerschlagung aufzufangen und noch enger an die rechte Sozialdemokratie zu binden.

Zum anderen ist der SHB keine Parteiorganisation der SPD, also nicht so gut kontrollierbar. Die neu aufzubauenden Gruppen werden dagegen der Parteidisziplin von vornherein unterworfen und dürfen sich auch nicht mehr überregional zusammenschließen.

Das Vorgehen gegen den SHB zeigt klar, daß alle Theorien falsch sind, die behaupten, die SPD ergreife nur unter dem Druck von CDU/CSU reaktionäre Maßnahmen, an sich wolle sie aber gar nicht. Die SPD macht genau das, was die Kapitalisten von ihr erwarten, und das ist trotz und gerade wegen ihrer SPD-Wahlkämpfe die „Stärkung“ der Partei von allen fortschrittlichen Menschen. Nach dem Vorgehen gegen den SHB hat die Hamburger SPD schon die „Stärkung“ bestimmter Juso-Gruppen angekündigt. Auf die Abschlüsse der Kapitalisten stehen auch schon solche Studentengruppen wie die ESG (Evangelische Studentengemeinde) und KDSE (Katholische Deutsche Studenteneinigung): ihre Finanzierung aus dem Bundesjugendplan soll gestrichen werden. Ebenso klar wird, daß alle Versuche zum Scheitern verurteilt sind, die SPD „von innen“ zu einer fortschrittlichen Partei zu ändern – wie es die Jusos vorhaben – zu gegebener Zeit sind diese Leute auf offiziellem SPD-Kurs oder sie fliegen raus.

Kampf der Polizeiuniversität



Die Studenten protestieren gegen die Abriegelung ihrer Universität durch Polizeisperrn.

Am Mittwoch, den 6.12.72 wurde die Universität in der Heidelberger Innenstadt auf Anordnung des baden-württembergischen Kultusministeriums und der CDU-Landesregierung geschlossen. Ab 3 Uhr morgens rücken etwa 1.000 Polizisten mit Maschinengewehren an, räumen die Universitätsgebäude systematisch ab und verwenden die Altstadt in ein Heerlager.

Diese Polizeikolonie sollte eine vom Sozialistischen Heidelberger Studentenbund (SHS) angesagte Veranstaltung in der Universität verhindern, auf der auch der Hannoveraner Professor Brückner sprechen sollte (Brückner wird der Unterstützung der „Gedder-Meinhold-Gruppe“ verdächtigt). Thema der Veranstaltung „Die innenpolitische Situation und der Kampf gegen den braunen „Bund Freiheit der Wissenschaft““. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ ist eine nationale Intellektuellenorganisation.

Noch am selben Tag demonstrierten 4.000 Studenten gegen den Polizeieinsatz unter den Parolen „Kampf der

Polizeiuniversität - Für freie politische Betätigung und freie Diskussion“. Brückner konnte auf einer Kundgebung sprechen. Am Donnerstag beschloß die Vollversammlung der Heidelberger Studenten auf Antrag des ASTA (KHG/NRF) den Vorlesungsstreik bis zum kommenden Dienstag.

Die SPD hat gegen den Polizeieinsatz protestiert und der CDU „Unverhältnismäßigkeit der Mittel“ vorgeworfen. Dieser „Protest“ wirkt geradezu lächerlich angesichts der früheren brutalen Polizeikolonien gegen Heidelberger Studenten, die in der Zeit der baden-württembergischen Großen Koalition von genau denjenigen geleitet worden waren, die heute so schnell „protestieren“ (Krause, früher SPD-Innenminister und Zundel, SPD-Oberbürgermeister in Heidelberg).

Unsere Solidarität gilt den Heidelberger Studenten, die sich dagegen wehren, durch ein verschärftes Ordnungsrecht, Polizeieinsätze an der Universität und andere Disziplinarmassnahmen rechtlich mundtot gemacht zu werden.

Streiks an den westdeutschen Universitäten

Offensive der Bourgeoisie auch an den Hochschulen

Seit einem Jahr, besonders aber seit der Bundestagsneuwahl geht der Staat in Westdeutschland mit „aufgekrampften Armen“ daran, an den Hochschulen mit ihren

400.000 Studenten wieder „Ruhe und Ordnung“ zu schaffen. Egal, ob die Bundesländer von SPD oder CDU bzw. CSU regiert werden, die Maßnahmen unterscheiden sich

nur wenig: sowohl in Bayern wie auch in Hamburg wurde den Allgemeinen Studentenausschüssen untersagt, sich zu allgemein politischen Vorgängen wie etwa dem Mißtrau-

ensvotum im April zu äußern. Die Studentenschaften sollen politisch mundtot gemacht werden. In Frankfurt wurde der ASTA kurzerhand für „juristisch nicht existent“ erklärt, also verboten. In Schleswig-Holstein wie in Nordrhein-Westfalen sollen die Organe der Studenten (ASTA, Studentenparlament usw.) durch ein neues Hochschulgesetz ganz beseitigt werden.

Weiter wurden den Studenten nach den Herbstferien in mehreren Bundesländern neue Prüfungsordnungen vorgeschrieben, deren Hauptinhalt besteht in der Verneuerung der Prüfungen und in der Vorrückung, das Studium in 4 Jahren abschließen zu müssen. Angesichts der schlechten Studienbedingungen (Überfüllung, Geldknappheit und Wohnungsnot) bedeutet dies, daß nur noch Studenten „mit kräftigen Ellenbogen“ oder begütertem Elternhaus Aussicht haben, ihr Studium abzuschließen; viele aber werden auf der Strecke bleiben und ohne fertige Berufsausbildung den Kapitalisten billig zur Verfügung stehen.

Die Ziele all dieser und noch weiterer Maßnahmen sind:

- Einschüchterung der großen Masse der Studenten, die sich nicht mehr um Politik kümmern sondern nur noch pauken sollen;
- Spaltung der Studenten durch den täglichen Konkurrenzkampf um diesen Arbeitsplatz und jenen Schein;
- Isolierung aller fortschrittlichen Studenten, die erkannt haben, daß die Bildungsmisere nur eines der Übel des Kapitalismus ist und die bereit sind, an der Seite der Arbeiter gegen dieses grundsätzliche Übel zu kämpfen;
- Heranziehung einer Eliteschicht von Studenten, die mit bestimmten Privilegien ausgestattet sind und diesem Staat, so wie er ist, bedingungslos unterstützen, besonders in

den kommenden Kämpfen der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse.

Die Reaktion der Studenten auf diese Angriffe zeigt, daß diese Ziele nicht erreicht sind: besonders an den Fachhochschulen kam es zu ausgedehnten Streiks. Gegenwärtig streiken in Nordrhein-Westfalen über 40.000 Studenten. Auch in Regensburg, Westberlin, Bremen, Kiel und Flensburg protestierten die Studenten auf diese Weise, teilweise über einen Monat lang. Dabei riskieren die Studenten Verlust eines Semesters und unter Umständen den Entzug von Stipendien.

Solche Streiks haben einen ganz anderen Charakter als Streiks der Arbeiter. Sie richten sich unmittelbar gegen den Staat und seine Maßnahmen. Aber sie bedeuten nicht Arbeitsausfall und damit verlorenen Profit für die Kapitalisten. Obwohl also studentische Streiks mehr demonstrativen Charakter haben, werden sie massiv bekämpft: mit Strafandrohung gegen „Rädelsführer“ wie jetzt in Kiel, mit der Drohung des Stipendienentzugs, mit demagogischer Beschimpfung (Hamburger Abendblatt: Sind die Studenten reaktionärer als die Behörde?) und Aufhetzung der Bevölkerung gegen angeblich „ewige Studenten“ (Morgenpost).

Die Erfolge isoliert studentischer Streiks sind beschränkt. Die Maßnahmen der Kapitalisten und ihres Staates können sie kaum abwehren. Viel entscheidender ist auch die Erfahrung der Solidarität, die die Studenten in solchen Kämpfen machen können. Eine grundsätzliche Anordnung der kapitalistischen Ausbildungsmisere ist dagegen erst dann möglich, wenn die Arbeiterklasse den Kampf um ein Bildungssystem, das nicht dem Kapital sondern der werktätigen Bevölkerung dient, auf die Tagesordnung setzt.

Unser Weg

Nr. 16/77

Inhalt: Zur Auseinandersetzung mit den ABQ Wiesbaden
Zwei traurige Briefe aus der NRF Heidelberg und des KB Bremen
Övertzüge und Mißtrauensvotum

1,50 DM

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

Im Abonnement DM 4,20 16 Ausgaben inkl. Porto zu beziehen über: VERLAG ARBEITERKAMPF J. Reents, 2000 Hamburg 13, Rutschbahn 35 - Zahlung bitte im voraus auf das Postcheckkonto Hamburg 240 696 J. Reents

Forts. von Seite 1 Die RAF vor Gericht

wiesen. Zuvor war bereits von der Verteidigung die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft (die im Mahler-Prozess die Anklage führt) für Westberlin angefochten worden. Westberlin gehört nicht zum Rechtsgebiet der Bundesrepublik. Auch dieser Antrag wurde zurückgewiesen, womit das Gericht sich folgerlos über das Potsdamer Abkommen und andere international gültige Bestimmungen hinwegsetzte. Nachdem weitere Befangenheitsanträge gleichfalls abgelehnt worden waren, wurde Jericke jedoch am 29. November nach einem erneuten Antrag der Verteidigung durch den vorherigen Beisitzer, Richter Raimund Zelle, abgelöst.

Im Prozess gegen Margrit Schiller wurde der Verteidigung verboten, Tonbandaufnahmen über den Prozessablauf zu ihrer Gedächtnisunterstützung zu machen. Richter Ziegler: „Tonbandaufnahmen stellen einen Eingriff in höchstpersönliche Rechtsgüter dar. Zeugen werden dadurch irritiert, die Wahrheitsfindung wird beeinflusst.“ Man erinnert sich, daß das Gericht im Hoppe-Prozess sein vorläufiges Verbot von Tonbandaufnahmen mit der Gefahr einer wissenschaftlichen Auswertung begründete. Offenbar liegt doch beiden Argumentationen die Angst der Justiz zugrunde, daß im Prozessverlauf Dinge gesagt werden könnten, die besser schnell wieder vergessen werden sollen. Die Justiz benötigt ein Verhandlungsnetz, an dem je nach Bedarf mal feinmaschig und mal grobmaschig gestrickt werden kann. Paragraphen und Gesetzesvorschriften, deren Vielzahl, behördliche Umständlichkeit und wahlweise Auslegung die „Gerechtigkeit“ völlig unkenntlich machen und ersticken.



Im April 1971 wurde bereits ein Prozess gegen Irene Goergens, Ingrid Schubert und Horst Mahler durchgeführt. Sie waren angeklagt, bei der Befreiung von Andreas Baader am 14. Mai 1970 mitgewirkt zu haben. Irene Goergens wurde zu 4 Jahren Jugendhaft und Ingrid Schubert zu 6 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Mahler wurde zwar in diesem Prozess freigesprochen, kam aber dennoch nicht aus dem Gefängnis raus, weil ein weiterer Haftbefehl bereits vorlag. Außerdem hat der Bundesgerichtshof den damaligen Freispruch Mahlers wieder aufgehoben und eine Wiederholung des Prozesses angeordnet.

Das gezinkte „Trumpf-As“

Der Kronzeuge der Anklage gegen Horst Mahler wie auch gegen die meisten übrigen Angeklagten ist Karl-Heinz Ruhland. Auf die Angaben Ruhlands baut ein wesentlicher Teil der Anklage. Noch am 10. Oktober, als Ruhland das erste Mal im Mahler-Prozess aussagen mußte, rühmte die „Welt“ dessen „fotografisches Gedächtnis“.

Das „fotografische Gedächtnis“ Ruhlands stellte sich dann aber sehr schnell als ein Wunschgebilde der Justiz und der reaktionären Presse heraus. Bei der Befragung durch die Verteidigung und durch Mahler selbst verwickelte sich der „Hauptbelastungszeuge“ in zahlreiche schwere Widersprüche. Verwundert und verzweifelt stellte die „Welt“ daraufhin fest, daß Mahler das Vernehmungsprotokoll Ruhlands offenbar besser kennt als dieser selbst.

Als der Gerichtsvorsitzende Jericke merkt, daß Ruhland sich immer tiefer in Widersprüche verwickelt, greift er „unabhängig“ und „objektiv“ zu dessen Gunsten ein. Ruhland soll erst auf Mahlers Fragen antworten, wenn Jericke ihm ein Zeichen dafür gibt! Die Verteidigung protestiert, und Ruhland weiß gar nicht mehr, wie er sich nun verhalten soll. Er erklärt, überhaupt nichts mehr sagen zu wollen und verlangt seinen Rechtsanwalt zu sprechen.

Dem offensichtlich ungenügend „vorbereiteten“ Hauptzeugen wurde daraufhin vom Gericht eine „Denkpause“ von drei Wochen verordnet.

Aber auch nach dieser „Denkpause“ steht es mit dem „fotografischen Gedächtnis“ Ruhlands nicht besser. Einmal behauptet Ruhland, durch seinen Freund Eric Grundatz zur „Baader/Meinhof-Gruppe“ gestoßen zu sein, dann soll angeblich Horst Mahler ihn „angeworben“ haben. Einmal behauptet Ruhland, die Namen des Pfarrers Kaiser und des WDR-Journalisten Reichert nicht zu kennen, dann wieder belastet er diese schwer und gibt an, ihre Identität bei Zusammenreffen mit ihnen sofort erfahren zu haben. Einmal behauptet er, daß Waffenverhandlungen „mit Sicherheit“ mit einem Kontaktmann namens Mario Krönecke geführt wurden, dann wieder soll der Kontaktmann für



Margrit Schiller in einer Verhandlungspause

die gleichen Verhandlungen „mit Sicherheit“ der Bänkelsänger Hämeke Wader gewesen sein. Usw. usw. Immer mehr verdichten sich die Anhaltspunkte, daß das „Trumpf-As“ der Anklage eine gezinkte Karte ist. Ruhland gibt nach Befragen der Verteidigung zu, daß er in den drei Wochen „Denkpause“ mehrmals von Beamten der „Sicherungsgruppe Bonn“ verhört wurde: „Daß wurden meine früheren Angaben ergänzt und es wurde auch über den Berliner Prozess allgemein gesprochen.“

Mit diesem Geständnis Ruhlands erhalten auch andere Informationen der Verteidigung über die Glaubwürdigkeit des „Hauptbelastungszeugen“ größeres Gewicht. Ruhland soll als Untersuchungsgefange-

ner (also vor seiner Verurteilung im April dieses Jahres) gegenüber anderen Häftlingen gesagt haben, er werde von der „Sicherungsgruppe“ mit der Drohung erpresst, daß er auch wegen versuchten Mordes angeklagt und deshalb zu mindestens 12 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt werden könne. Ruhland erhielt schließlich 4 Jahre Freiheitsstrafe, nachdem er bereitwillig seine „Mitarbeit“ in der „Baader/Meinhof-Gruppe“ zugegeben und eine Reihe anderer Personen schwer beschuldigt hatte.

Einem anderen Gefangenen gegenüber soll Ruhland gesagt haben, daß die „Sicherungsgruppe“ ihm seine Freilassung nach der Verurteilung Mahlers fest versprochen habe. Ruhland soll diesem Gefangenen gegenüber deutlich gemacht haben, daß er darum auch zu falschen Aussagen bereit ist: „Mein Hemd liegt mir näher als der Rock.“ Die Verteidigung hat beantragt, diese vier Häftlinge im Prozess zu hören.

Im übrigen ist mittlerweile von einer Reihe anderer Angeklagter bekannt geworden, daß die „Sicherungsgruppe“ sie mit Versprechen von Haftverschönerung usw. als Belastungszeugen ködern wollte.

Ulrich Scholtze, der am 22.12.70 festgenommen wurde, sagte zu einigen Formulierungen in seinem Vernehmungsprotokoll, daß ihm das „so diktiert worden“ sei. Der Vernehmungsrichter habe ihm angedeutet, daß er aus dem Knast rauskomme, wenn er zur „Kooperation“ bereit ist.

Haft erleichterungen und Vergünstigungen sollen auch Astrid Proll, Hans-Jürgen Bicker und Heinrich Jansen angeboten worden sein, wenn sie gegen andere angeklagte Mitglieder der „Baader/Meinhof-Gruppe“ aussagen würden. Hans-Jürgen Bicker erklärte, daß Kriminalbeamte ihm neue Papiere, eine neue Arbeit und „finanzielle Unterstützung“ zugesagt hätten, wenn er „seinem Herzen einen Stoß“ gebe. Jansen sagte, daß man ihm zehn bis zwölf Jahre Freiheitsstrafe angedroht habe. Die Ermittlungen könnten aber auch zu seinen Gunsten geführt werden. Man würde sich da schon irgendwie einig und „eine Hand wäscht die andere“ habe Oberkommandant Wolf von der „Sicherungsgruppe“ zu ihm gesagt. Das ist die „objektive Rechtsfindung“ der Klassenjustiz in unserem Land.

Die Bedeutung der Prozesse gegen die Baader-Meinhof-Gruppe

Alle Prozesse gegen „Mitglieder der Baader/Meinhof-Gruppe“ werden unter großem „Polizeischutz“ durchgeführt. Zuschauer und Beteiligte werden einer gründlichen Leibesvisitation unterzogen. Das Kriminalgericht Moabit in Westberlin wurde monatelang zu einer wahren Festung umgebaut. Der Verhandlungssaal 700 ist im ganzen nächsten Jahr ausschließlich für Prozesse gegen die „Baader/Meinhof-Gruppe“ reserviert. Mindestens 322 Zeugen sollen allein im Prozess gegen Horst Mahler aussagen. Ebenso Monika Berberich usw. Die Angeklagten sitzen in schüsselförmigen Glaskästen – wie der für millionenfachen Mord verantwortliche Nazi-Verbrecher Eichmann 1962 in Jerusalem. Die Fenster des Gerichtssaals wurden zugemauert, wegen „befürchteter Befreiungsversuche und Attentate“.

All dies macht klar, daß hier nicht „nur“ einige Angeklagte wegen ihrer politischen Überzeugung hinter Gitter sollen. Die entscheidende Bedeutung dabei liegt in der beabsichtigten politisch-ideologischen Wirkung auf die gesamte Bevölkerung, in der öffentlichen und massenwirksamen Kriminalisierung jeglicher Gewalt, mit Ausnahme der des bürgerlichen Staates, die als einzige „legale Gewalt“ gilt. Über zwei Jahre lang wurde die „Baader/Meinhof-Gruppe“ systematisch von den bürgerlichen Massenmedien als das Symbol revolutionärer Gewalt in der Bundesrepublik aufgebaut – jetzt wird dieses Symbol ebenso systematisch hingerichtet.

Dabei ist es kein Nachteil für Justiz und bürgerliche Presse, daß die von Horst Mahler und seinen Freunden vertretenen Theorien überhaupt untauglich sind – zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft. Dies macht die Prozesse eher noch geeigneter zur politischen Ausschlichtung. Immerhin kann die Bourgeoisie damit rechnen, daß die Arbeiter die überheblichen und völlig realitätsfernen Parolen von Horst Mahler, Andreas Baader usw. ablehnen, daß sie aus diesem Grund keinen großen Protest gegen die Schauprozesse erheben, sondern möglicherweise sogar noch ein gewisses Verständnis dafür aufbringen.

Als Demonstrationsobjekt in dieser Richtung geben die Prozesse

stich kennzeichnen, wie es in der bürgerlichen Presse zumeist geschehen ist.

Allerdings ist die aus der Verzweiflung über die kapitalistische Willkür geborene Ungeduld und die Arroganz gegenüber der Arbeiterklasse dem klassischen Anarchismus ähnlich.

Mahler wird mit Sicherheit keine Sympathien, sondern Ablehnung bei allen Schichten der Arbeiterklasse (auch bei den fortschrittlichsten) hervorrufen, wenn er den bereits gescheiterten kleinbürgerlichen Radikalismus der RAF in einer Erklärung zu Beginn seines Prozesses mit der „Tat des bewaffneten Volkes“ gleichsetzt, wenn er die „Johann-Abhängigen Massen“ in der Bundesrepublik schlankweg als „Arbeiteraristokratie“ einstuft und ihnen dann schlichte Bedeutungslosigkeit für den „Gang des proletarischen Weltrevolution“ bescheinigt.

Die Bourgeoisie nutzt diese selbstherrliche und gleichzeitig bornierte Geschwätz von Horst Mahler eifrig als Vorteil im politischen Kampf gegen die revolutionäre Gewalt und jegliche sozialistische Ideen.

Der reaktionäre Schriftsteller Rudolf Krämer-Badoni hat in der „Welt“ vom 19. Oktober die Nutzlichkeit des kleinbürgerlichen Revolutionarismus für die Bourgeoisie bemerkenswert offen dargestellt:

„In der Tat ist die historische Rolle jeder anarchischen Welle dreifaltig: Sie nötigt das Bürgertum zu energischerem sozialem Engagement, sie nötigt es zu energischeren Sicherheitsvorkehrungen, und sie nötigt den parlamentarischen Sozialisten ein deutliches Bekenntnis zum staatlichen Autorität ab. So war es zu Bismarcks Zeit, so ist es in der heutigen Zeit.“

Die Rolle, die Horst Mahler und seine Genossen übernommen haben, ist unentrinnbar festgelegt. Sie tragen wider Willen zu systemimmanenten Verbesserungen bei, sie stärken wider Willen den parlamentarischen Staat, und sie fällen dabei als schnell vergessene Opfer am Straßenrand der Geschichte.

Die intelligenten bürgerlichen Ideologen sehen die längerfristigen Gefahren für die Herrschaft des Kapitals oft mit größerer Klarheit als einige „Revolutionen- und Stadtguerilla-Theoretiker“ mit ihrer Schmelzer-Romantik. Horst



„Polizeischutz“ beim Prozess gegen Margrit Schiller in Hamburg

gegen Horst Mahler und seine Freunde gegenwärtig einen großen Nutzen her, als dies etwa von Prozessen gegen kommunistische Gruppen zu erwarten wäre.

Horst Mahler ist ein Vertreter einer neuen Variante des kleinbürgerlichen Sozialismus, die eine teilweise richtige Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik mit kleinbürgerlichen Theorien und einer abenteuerlichen „Praxis“ verquirlt. (Eine gründlichere Auseinandersetzung mit den von der „Roten Armee Fraktion“ vertretenen Positionen haben wir im ARBEITERKAMPF Nr. 21 und in der UNSER WEG-Skizze „Wem nützen die Bomben bei Springer?“ geführt.) Die Auffassungen der RAF lassen sich nicht ohne weiteres als anarchi-

Mahler und seine Freunde können die Staatsmacht der Bourgeoisie genauso wenig erschüttern wie es die „super Linken“ Selten mit ihrem „unrevolutionären“ Phrasendreck können.

Die Gefahren für die Bourgeoisie liegen in der Arbeiterklasse, wo sich langsam aber unaufhaltsam wieder eine kraftvolle sozialistische Bewegung entfaltet. Die Radikalisierung des Kleinbürgertums (wovon die „Rote Armee Fraktion“ der spektakuläre Ausdruck ist) war zu allen Zeiten nichts anderes als ein Vorzeichen größerer Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat – ein Vorzeichen allerdings, das die Bourgeoisie auch immer als Warnung begriffen und als Instrument einer politisch-ideologischen Offensive eingesetzt hat.

Gewerkschaftstag der IG-Chemie

Von Demokratie keine Spur



9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG-Chemie, Papier, Keramik

Der 9. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG-Chemie tagte vom 17.-23. September in Dortmund. Für „Spezialisten“ liegt ein 900-Seiten starkes Wortprotokoll des Kongresses und außerdem der 600 Seiten dicke Geschäftsbericht des Hauptvorstandes vor. Für die Masse der Gewerkschaftsmitglieder veröffentlichte die „Gewerkschaftspost“ nur einige nichtssagende Jubelberichte.

Die DPK mit einigen Mitgliedern als Delegierte und mit Journalisten der „uz“ (unsere zeit) auf dem Gewerkschaftstag vertreten, urteilte: „380 Delegierte... formulierten hier klare Aussagen zur Tarifpolitik... die den Interessen der 620.000 Gewerkschaftsmitglieder Ausdruck verleihen.“ („uz“ vom 29. Sept.)

Tatsächlich mußte man als Anwesender dieses Gewerkschaftstages zu einem völlig anderen Ergebnis kommen. Auch das Studium der Protokolle beweist, daß es auf diesem Gewerkschaftstag zu einer weiteren Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie, einem weiteren Ausbau der Machtbefugnisse des Hauptvorstandes und anderer höherer Gremien gekommen ist. Lediglich ein Antrag zur Tarifpolitik, der eine fortschrittliche Interpretation zuläßt, konnte nach harter Auseinandersetzung durchgesetzt werden.

In dem Artikel „David und Goliath – Heimliche Vorbereitung auf IG-Chemie-Gewerkschaftstag '72“ (Arbeitskampf Nr. 22) setzten wir uns mit den wichtigsten Anträgen zum Gewerkschaftstag auseinander. In einigen dieser Anträge zeigten sich erste Ansätze einer innergewerkschaftlichen Opposition.

Voraussetzung für die klarsichtiger als bisher geführte Kritik vieler Vertrauensleute und einiger fortschrittlicher Betriebsräte waren die Erfahrungen aus dem ersten großen Branchenstreik in der chemischen Industrie 1971. In diesem Streik hatten die Kollegen ihre Einflußlosigkeit auf die Entscheidungen des Hauptvorstandes, der Bezirksvorstände und der Tarifkommissionen am eigenen Leib erfahren. Ohnmächtig mußte die Masse der damals streikenden Chemie-Arbeiter ein Tarifergebnis hinnehmen, das allgemein als „Verrat des Hauptvorstandes“ kritisiert wurde.

Vertrauenskörper einzelner Betriebe forderten daher in Anträgen stärkere Beteiligung der Mitglieder und Vertrauensleute bei innergewerkschaftlichen Entscheidungen, vor allem bei Tarifkämpfen.

Die oppositionellen Kollegen stellten auf dem Kongreß nur eine Minderheit der Delegierten dar. Die verantwortlichen gewerkschaftlichen Gremien hatten schon bei der Auswahl der Delegierten ein wachsendes Auge darauf gehabt, daß möglichst wenige „unbequeme“ Kollegen am Gewerkschaftstag teilnehmen. Z.B. waren von den 10 Delegierten aus Hamburg allein 7 Mitglieder des Verwaltungsstellen-

vorstandes. Aus vereinzelt Protokollhinweisen ergibt sich für den Gewerkschaftstag folgendes Bild: 70% der Delegierten waren (zumeist freigestellte) Betriebsräte (= 266 Delegierte), 92 waren hauptamtliche Sekretäre, 17 waren gleichzeitig Mitglieder von Kommissionen des Hauptvorstandes. Bei dieser Zusammensetzung funktionierte die Abstimmungsmaschinerie gegen fortschrittliche Anträge oppositioneller Vertrauensleute fast reibungslos.

Die Kräfte dieser oppositionellen Kollegen sind noch sehr schwach und zersplittert. Es fehlt weitgehend der Erfahrungsaustausch zwischen einzelnen Betrieben und Regionen und es fehlt auch gerade eine politische Auseinandersetzung darüber, wie eine selbständige Arbeiterpolitik im Kampf um die Gewerkschaften zu entwickeln ist.

Politische Begleitmusik

Die gewerkschaftliche und politische „Prominenz“ war zahlreich geladen: über 100 Ehrengäste (darunter auch zwei „stille“ Beobachter vom kapitalistischen „Institut für Unternehmensanalyse und Branchenforschung“), 50 ausländische Delegationen, fast 70 Funktionäre anderer DGB-Gewerkschaften, über 150 Vertreter der bürgerlichen Presse und andere Zeungäste mehr. „Einfache“ Gewerkschaftsmitglieder durften die Kongressräume dagegen nicht betreten.

Diese vom Hauptvorstand selbst geladene „Öffentlichkeit“ lieferte ihm während der späteren Diskussionen mehrfach das „Argument“, man könne innergewerkschaftliche Probleme nicht offen austragen, weil man nicht wisse, wer da alles mithört.

Ein geschlagener Tag – bei insgesamt nur 6 vorgeplanten Tagen des Kongresses verging mit „höchstfeierlichen“ Eröffnungs- und Wahreden vom IG-Chemie-Vorsitzenden Hauenschild, von Bundeskanzler Brandt, dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Helmut Kühn, Rainer Barzel und anderen, die allesamt zu den anstehenden Fragen dieses Gewerkschaftskongresses kein Wort sagten, sondern in bekannter Manier versuchten, sich der Delegierten zu bedienen, um ihre parteigegensätzliche Ziele „unten Volk“ zu bringen.

Karl Hermann Flach vom Parteivorstand der FDP sagte das so: „Die Geschichte wird sie einmal nicht daran messen, ob Sie in der einen oder anderen Auseinandersetzung ein halbes Prozent Lohnerhöhung mehr oder weniger herausgeholt oder eine halbe Stunde Arbeitszeit mehr oder weniger bewirkt haben, sondern ob Sie den bedeutendsten Bundeskanzler, den die deutsche Arbeiterbewegung (!) hervorgebracht hat, mit allen Ihren Kräften gestützt haben.“ Dieser Mann meint nicht, daß Brandt die Arbeiter in ihrem Kampf zu unterstützen hat, sondern umgekehrt – die Arbeiter Willy Brandt unterstützen müssen. Bei welchen Zielen eigentlich?

Im Rahmen solcher „Feierlichkeiten“ konnte es sich dann auch Karl Hauenschild leisten, „besonders herzlich“ Professor Wannagat zu begrüßen, „der uns in schweren Nächten im Chemiestreik behilflich war.“ – Jedem Kollegen, der damals am Streik teilgenommen hat, ballt sich die Faust in der Tasche, wenn er den Namen Wannagat hört, der damals in einer Nacht- und Nebel-Schlichtung als angeblich „unabhängiger Vermittler“ alle Streikenden mit dem 7,8%-Abschluß (auf 12 Monate nur 6,5%) in die Pflanze haute.

Mit den Geschwätzigkeiten der „Prominenz“ wurde ein ganzer Tag verdröckelt. Dieser Tag fehlte später an allen Enden, so daß die Zeit an einigen Abenden bis zu 2 Stunden

überzogen werden mußte und die Delegierten mit müdem Kopf über wichtige Anträge zu entscheiden hatten. Auch das gehörte zweifellos zur Planung des Hauptvorstandes. Auch die Sitzordnung der Delegierten war vom Hauptvorstand genau ausgetüftelt worden. Die Delegierten jeweils eines Bezirkes saßen alle hintereinander, den ganzen Saal runter mit breiten Tischen dazwischen, so daß jeglicher Meinungsaustausch untereinander während der Diskussionen ausgeschlossen war.

„Wir empfehlen Ablehnung des Antrags“

Der Hauptvorstand sicherte sich einen entscheidenden Einfluß auf die Beschlußfassung der Delegierten durch ein abgefeimtes Vorgehen: Die Anträge durften nicht von den Antragstellern vorgetragen und begründet werden, um sie dann zu diskutieren. Stattdessen trugen 2 Kommissionen des Hauptvorstandes (die Antrags- und Satzungskommission) die Anträge bruchstückhaft vor und machten dann jeweils längere Ausführungen, warum die Delegierten den Antrag anschauen – ablehnen – oder „als Material an den Hauptvorstand weiterleiten“ sollten – im Zweifelsfall für dessen Papierkorb.

Die „Begründungen“ für die Ablehnung fortschrittlicher Anträge liefen dann etwa so: – „Grundsätzlich sind wir ja auch für diesen Antrag, aber über diese Frage haben wir gerade noch ein Gerichtsverfahren laufen und der Ausgang ist entscheidend für alle Beteiligten.“

Was eigentlich also im Kompetenz-Bereich des „autonomen“ Gewerkschaftskongresses liegt, delegierten diese Herrschaften zur Entscheidung an die bürgerliche Klassenjustiz.

Weitere „Begründungen“ der Satzungskommission waren: – „Das steht sowieso schon alles in der Satzung“ oder – „Der Hauptvorstand hat einen Antrag gestellt, der diesen umfaßt. Wird der Antrag des Hauptvorstandes angenommen, entfallen alle anderen zu diesem Thema.“

Daß ein Antrag des Hauptvor-

standes andere Anträge „umfasse“, wird vor allem auch dann behauptet, wenn die Stöbrichtung anderer Anträge dem des Hauptvorstandes vollkommen entgegengesetzt ist. Mit den demagogischen Hinweisen auf „umfassende“ Anträge des Hauptvorstandes wird bloß eine Diskussion über unbequeme Anträge von vornherein unmöglich gemacht. Den Delegierten wird zudem noch vorgegaukelt, daß die Inhalte ihrer Anträge in dem des Hauptvorstandes enthalten seien. Das Gegenteil ist in der Regel der Fall.

„Es muß eine Kontrollinstanz gegenüber der Basis geben“

Einige fortschrittliche Vertrauenskörper, insbesondere die Vertrauensleute von Merck, hatten in mehreren Anträgen verlangt, bestimmte Schlußfolgerungen aus der Niederlage der Arbeiter im Streik '71 zu ziehen.

Sie forderten u.a.: – grundsätzliche Wahl der Tarifkommissionsmitglieder durch Vertrauensleutevollversammlungen (Antrag 8) – Mitscheidungsrecht der Vertrauensleute über die Durchführung von Arbeitskämpfen und Urabstimmungen (Antrag 4) – Vor Beendigung eines Streiks Abstimmung über das Verhandlungsergebnis.

Diese Anträge zeigen eine Linie auf, wie eine fortschrittliche Gewerkschaftspolitik im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder und nicht im Interesse der Kapitalisten ausrichten wäre. Allerdings bestand bei dieser Zusammensetzung des Gewerkschaftstages keine Chance, solche Anträge durchzubringen. Darüber machten sich offenbar auch die Antragsteller selbst keine Illusionen. Sie verzichteten daher auch auf wortreiche Verteidigung ihrer Anträge.

Die Satzungskommission empfahl Ablehnung der Anträge mit einer bemerkenswerten „Begründung“. „Das würde in der Praxis zu einer unübersehbaren Schwerfälligkeit bis hin zur praktischen Lähmung der Tarifarbeit in den Kommissionen führen.“ – „Das würde

Fortf. nächste Seite

durch die Gerichte unterschiedlich ausgelegt werden können und damit vor Arbeitskämpfen zusätzliche Unsicherheit in unsere Reihen tragen."

Die Anträge wurden wie gewünscht abgelehnt.

Man muß es wohl als einen glücklichen Zufallstreffer bezeichnen, daß ein Antrag mit Mehrheit angenommen wurde, den die Delegiertenhauptversammlung Frankfurt gestellt hatte (Antrag 3). Auch hier wurde die Wahl der Tarifkommissionsmitglieder durch die Vertrauensleute verlangt, allerdings mit dem Zusatz: „sie bedürfen der Bestätigung durch den Verwaltungsvorstand.“ Auch hier hatte die Satzungscommission Ablehnung empfohlen.

Der Frankfurter Delegierte bestand jedoch auf seinem Antrag:

„Ich möchte eindringlich davor warnen, unsere künftige Gewerkschaftsarbeit und alle sich daraus ergebenden Aktionen und Aktivitäten mehr und mehr mit der juristischen Brille zu betrachten... Wenn wir das tun, sind wir nämlich schon bald keine Kampforganisation mehr, sondern Paragraphenreiter, die zögernd und ängstlich nach einem Strohhalm Ausschau halten und vor lauter Abwägen der rechtlichen Möglichkeiten womöglich die Aktionen vergessen.“

„Zufällig“ war gerade Hauptvorstandsmitglied Vitt, das diesen Antrag bearbeitet hatte, d.h. seine Ablehnung vorschlug, nicht anwesend. Darum sollte die Abstimmung zunächst zurückgestellt werden — um Zeit zu gewinnen.

Dieser Trick des Hauptvorstandes war offenbar denn doch zu fadenscheinig. Die Abstimmung wurde erzwungen und ergab eine Mehrheit für den Antrag.

Als Werner Vitt zurückgekehrt war, freute er sich: „In diesem Antrag wird nichts über die Lösung des Problems ausgesagt, das entsteht, wenn der Verwaltungsvorstand die Bestätigung versagt.“

Er schaffte es später, die Abstimmung im Grunde wieder rückgängig zu machen, indem er die Delegierten für einen Antrag stimmen ließ, in dem eine sog. „Synchronisation“ (Ausgleich) zwischen dem Frankfurter und dem Antrag des Hauptvorstandes zur Tarifpolitik gefordert wurde. Im Antrag des Hauptvorstandes heißt es:

Soweit bei der Aufschlüsselung nichts anderes festgelegt wurde, sind... die Verwaltungsstellen verantwortlich und bei der personellen Auswahl der Kommissionsmitglieder an die Vorschläge der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper der tarifunterworfenen Betriebe gebunden.“

Der Antrag des Hauptvorstandes ist in zweierlei Hinsicht unverbindlich:

1. durch die Einschränkung „soweit nichts anderes festgelegt wurde“ und
2. ist diese Formulierung nicht Teil der offiziellen Satzung, die bindendes Recht im Sinne des bürgerlichen Vereinsrechts ist, sondern steht in den „Tarifrichtlinien“, die mehr als „Empfehlungen“ des Hauptvorstandes anzusehen sind. Damit ist dieser Antrag in der Praxis wertlos, da es weiterhin dem „guten Willen“ des Verwaltungsvorstandes überlassen bleibt, ob er sich daran hält oder nicht.

An diesem Fall wird deutlich, daß der einzige fortschrittliche Antrag, der angenommen wurde, mit einer Reihe von Tricks durch die Hintertür wieder rückgängig gemacht wurde.

Wie man in höheren Vorstandsgremien der IG-Chemie zur Stärkung der Vertrauensleutearbeit im allgemeinen steht, brachte der Bezirksleiter Eduard Kolbisch (Westberlin) am deutlichsten zum Ausdruck. Er behauptete, es gebe einige Verwaltungsstellen, in denen „wird immer wieder versucht, nach dem alten Motto des Weges durch die

Institutionen ganz bestimmten Gruppen und Gruppchen Eingang in Gremien zu gewähren, die Entscheidungsbefugnisse haben.“

Wen er mit diesen ganz bestimmten Gruppchen meinte, sagte er im folgenden: „Wir sollten uns davor hüten... Vertrauensleuten in ihren Gremien Entscheidungsbefugnisse zu geben, bzw. sie unter Bescheidung der Entscheidungsbefugnisse übergeordneter Gremien auszuweiten.“

Es muß eine Sperre, eine Kontrollinstanz geben, die in der Lage ist, Fehlentscheidungen an der Basis, die gar nicht aus bösem Willen zu entstehen brauchen, sondern die durch Unkenntnis, durch Unwissenheit entstehen können, zu korrigieren, bevor sie Schaden verursachen haben.“

Wer entscheidet eigentlich in dieser Gewerkschaft, was eine Fehlentscheidung ist??? Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder oder einige hochbezahlte Spitzenfunktionäre?

Keine Streldokumentation und -analyse gemacht

Nachdem der Hauptvorstand sich hinter dem Rücken der streikbereiten Kollegen bei der „Bonner Schlichtung“ 71 mit den Kapitalisten geeinigt hatte, war von vielen Betrieben sein Rücktritt gefordert worden. Der Hauptvorstand hatte Mühe, das Märchen von der „zerbröckelnden Streikfront“ glaubhaft zu machen und das Schlichtungsergebnis als einen „echten Kompromiß“ zu verkaufen. Er mußte zugeben, daß wohl auch einige Fehler gemacht worden sind und versprach in der damaligen Situation, eine ausführliche Dokumentation über den Streik zu erarbeiten, in dem auch die Fehler und Schwächen in Strategie und Taktik untersucht würden.

Viele Delegierte kamen zu dem Kongreß in der Erwartung, daß dort nun endlich die Dokumentation vorgelegt würde und eine Diskussion darüber möglich wäre. Sie erwarteten von dieser Dokumentation, daß dort ernsthaft untersucht würde

— warum die Großkonzerne (Bayer, Hoechst, BASF) aus dem Streik herausgehalten wurden und wie man sie in Zukunft einbeziehen kann

— warum die unwirksame „Nadelstichtaktik“ angewandt wurde, statt einen breiten Flächenstreik durchzuführen

— warum die Vorbereitungen so schlecht waren und wie man sie verbessern kann

— und nicht zuletzt eine Auseinandersetzung mit den für diese Politik Verantwortlichen und gewerkschaftspolitischen Konsequenzen im Sinne einer Stärkung der Mitwirkungsrechte von Mitgliedern und Vertrauensleuten.

Diese Erwartungen waren sicher in dieser Form eine Illusion. Aber auch kritische Gewerkschafter gingen teilweise noch davon aus, daß es möglich sei, den Hauptvorstand zu einer „inneren Einkehr“ und einer „Selbstkritik“ zu veranlassen. Daß der Hauptvorstand ganz bewußt eine solche Politik im Interesse der Kapitalisten betreibt — sonst wäre er nicht der Hauptvorstand — wird größtenteils nicht mit der nötigen Schärfe gesehen. Daher sahen sich viele Delegierte in ihren Erwartungen enttäuscht.

Einigen war schon aufgefallen, daß im Geschäftsbericht des Hauptvorstandes der Streik nur 6 von insgesamt 600 Seiten einnimmt, auf denen nur Ort und Zeit und Höhe des Abschlusses „vermerkt“ sind. Erwin Grüttner — Hauptvorstandsmitglied — machte unmissverständlich klar, daß der Hauptvorstand kein Interesse an einer Streikdo-

kumentation hat, „obwohl das gesamte Material vorliegt“.

„Es versteht sich, daß man die Erwägungen, die Taktik und die innerorganisatorischen Probleme nicht auf dem Markt verkaufen kann.“ Man könne sich durchaus im kleinen Kreis darüber unterhalten und es seien ja auch schon von den „geschäftsführenden Hauptvorstandsmitgliedern mit den betroffenen Tarifkommissionen, Streikleitungen und Bezirksvorständen eingehende Diskussionen über Vorbereitung, Durchführung und Beendigung des Streiks geführt“ worden.

Gewerkschaftstag nur noch alle 4 Jahre?

Es wurde beschlossen, den nächsten Gewerkschaftstag erst wieder in 4 Jahren (statt wie bisher üblich in 3 Jahren) einzuberufen, um eine Überschneidung mit den gleichzeitig stattfindenden Betriebswahlen zu vermeiden. In dem Zusammenhang wurde unter anderem von Walter Holst (Vorsitzender der Verwaltungsstelle Hamburg) die vielsagende Andeutung gemacht, alle Gremien sollten mal darüber nachdenken, „ob der Gewerkschaftstag in dieser Form... beibehalten werden soll oder ob es nicht eine Konzeption geben kann, mit der wir alle gemeinsam leben können und die den Gewerkschaftstag und unsere Arbeit effektiver gestaltet.“ In diesem Zusammenhang wurde von „internen Beratungen zwischen den Gewerkschaftstagen“ gesprochen, „weil man nicht weiß, ob man die Dinge in aller Offenheit diskutieren kann.“

Die Frage der Öffentlichkeit bei innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zog sich wie ein roter Faden durch die ganze Diskussion. Von Seiten der verschiedenen Vorstände wurde immer wieder betont, wie gefährlich es sei, alles offen auszusprechen. Ein Kollege sagte dazu sehr richtig: „Die Unternehmer gucken doch überall rein, auch wenn wir hier nicht darüber diskutieren.“ Um die Unternehmer geht es der Gewerkschaftsführung ja in Wahrheit auch gar nicht. Mit den Kapitalisten besprechen sie ja in „aller Offenheit“ alle wichtigen Fragen in der „Konzertierten Aktion.“ In Wahrheit geht es ihnen darum, die Informationen und die Entscheidungen immer mehr in die von der Basis abgeschlossenen Gremien zu verlagern, also die Masse der Gewerkschaftsmitglieder und ihre Vertrauensleute nicht nur von allen Entscheidungen und Mitwirkungsmöglichkeiten auszuschließen, sondern darüber hinaus, auch von jeder wichtigen Information abzuschneiden.

In diesem Zusammenhang der weiteren Bescheidung der Mitgliederrechte fällt auch der Beschluß, die Mitgliederhauptversammlungen der Verwaltungsstellen zu liquidieren, „weil ja ohnehin seit 18 Jahren keine mehr durchgeführt worden sind.“ Ebenso der Beschluß, die Verwaltungsstellen in großen Städten aufzulösen. Auch hiermit wird eine weitere Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse erreicht.

Verschärfte Ausschlußbestimmungen

Still und heimlich wurde im Februar 1971 vom Beirat — der zwischen den Gewerkschaftstagen Satzungsänderungen vornehmen kann — ein verschärfter Ausschlußparagraph gegen unliebsame Mitglieder beschlossen:

„Mitglieder der Industrie-Gewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, die antidemokratischen oder antigewerkschaftlichen Bestrebungen von

Parteien, Vereinigungen oder Gruppierungen durch ihre Mitgliedschaft in Wort oder Schrift bzw. durch aktive Mitwirkung unterstützen, können aus der Organisation ausgeschlossen werden.“

Es ist bekannt, daß alle Gewerkschaftsmitglieder, die gegen das kapitalistische System der Bundesrepublik auftreten, oder gegen bestimmte Auswirkungen, von den Gewerkschaftsführern als „antidemokratisch“ diffamiert werden. Es ist auch bekannt, daß alle Kollegen, die die Praxis, Ansichten usw. der Gewerkschaftsführung kritisieren, als „antigewerkschaftlich“ hingestellt werden. Dieser Ausschlußparagraph richtet sich also eindeutig gegen alle Kommunisten, Sozialisten, ja sogar linke Sozialdemokraten, eben gegen alle klassenbewußten Kollegen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung beweist, daß die Gewerkschaftsführer rücksichtslos von solchen Ausschlußparagraphen Gebrauch machen, wann immer sie ihren uneingeschränkten Einfluß über die Gewerkschaften bedroht sehen; daß sie sich nicht einmal scheuen, mithilfe derartiger Paragraphen ganze Landesverbände auszuschließen, eben die Gewerkschaften zu spalten.

Für Mitglieder, die unter die genannten Kriterien des Ausschlußparagraphen fallen, wird jetzt auch jeder gewerkschaftliche Rechtsschutz bei Arbeitsprozessen gegen die Kapitalisten versagt, bzw. Mitglieder, die während eines gerichtlichen Arbeitsprozesses ausgeschlossen werden, müssen alle Prozesskosten selbst tragen. (§ 6, Absatz 3 der Satzung).

„Wir sind stolz auf das Prädikat „links“ zu sein“

Nicht mehr als ein Hohn auf alle fortschrittlichen Kollegen mutet der Ausspruch von Karl Hausen auf dem Gewerkschaftstag an, „wir sind stolz auf das Prädikat „links“ zu sein.“ Links sein heißt doch wohl uneingeschränkt für die Forderungen der Kollegen da zu sein und sie gegen den Widerstand der Kapitalisten durchzukämpfen. Die Praxis der leitenden Funktionäre auf diesem Gewerkschaftstag hat das genaue Gegenteil bewiesen. Nicht Ausbau der Demokratie in der Gewerkschaft war das Ziel, sondern deren weitere Einschränkung. Dieses Ziel wurde im ganzen Umfang erreicht bedingt durch die Schwäche der Gewerkschaftsopposition.

Daß die IG-Chemie unter ihren Funktionären einige „linke“ Wortführer hat, ändert nichts an der Tatsache, daß sich diese Gewerkschaft insgesamt in eine reaktionäre Richtung entwickelt.

Die Funktion solcher „linker“ Wortführer wurde auf dem Gewerkschaftstag unter anderem bei Werner Vitt deutlich, der als der „Linke“ im Hauptvorstand gilt. Kein anderer hätte es so reibungslos geschafft, den einzigen fortschrittlichen Antrag, der von den Delegierten angenommen wurde, wieder rückgängig zu machen. Da solche Leute das Vertrauen vieler Kollegen besitzen, sind sie oft in der Lage, reaktionäre Maßnahmen mit dem geringstmöglichen Widerstand durchzusetzen.

DKP belügt die Arbeiter

Es ist eine verbrecherische Politik gegenüber den Arbeitern, wenn die objektive Funktion solcher Leute statt sie zu entlarven hochgehlobt wird. Das tat aber die DKP in ihrer Auswertung des Gewerkschaftstages. Sie machte sich einige wohlklingende Passagen aus Anträgen des Hauptvorstandes heraus und jubelt: „Kampfkraft gestärkt durch mehr Einfluß für die Vertrauensleute“ und „Die IG-Chemie hat ihren Vertrauensleuten erheblichen Einfluß auf die Gestaltung der Tarifpolitik gesichert. Ein Beispiel, das für alle DGB-Gewerkschaften von Nutzen ist.“ („az“ vom 29. Sept. und 6. Okt.).

Mit solchen „Einschätzungen“ werden gutgläubige DKP-Mitglieder und interessierte Kollegen bewußt über die tatsächliche Entwicklung in den Gewerkschaften getäuscht. Damit hat die DKP wieder ihre Funktion erfüllt, die reaktionäre Entwicklung der Gewerkschaften nach „links“ — also gegenüber klassenbewußten Kollegen — zu verteidigen. Ehrlichkeit gegenüber der Arbeiterklasse, auch wenn es einmal schmerzhaft ist, ist unabdingbares Kriterium für einen Kommunisten. Die DKP erfüllt dieses Kriterium nicht! Diese Partei belügt die Arbeiterklasse, um sich das fragwürdige Wohlwollen der Gewerkschaftsführer zu erkaufen.

BERICHTIGUNG

In die redaktionelle Stellungnahme zum Palästina-Artikel im ARBEITERKAMPF Nr. 23, Seite 13, hat sich ein arg sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen.

Die spektakulären Flugzeugentführungen, die dem Maaaker der Jordanischen Reaktion, vom September 1970 vorausgingen, wurden durchaus nicht von der FPDL (Demokratische Volksfront; Vorsitzender Hawatmeh), sondern von der FPLP (Volksfront; Vorsitzender Habbash) durchgeführt. Die FPDL leitet derartige Aktionen entschieden ab.

Im Arbeiterbuch sind alle Zeitungen des Kommunistischen Bundes erhältlich

Arbeiterkampf, Unser Weg, Metallarbeiter, Chemiarbeiter, Druckarbeiter, Hafenarbeiter, Flugblätter

Außerdem führen wir ein großes Angebot an Schriften zur Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, marx. Klassiker, Internationalismus, Schriften aus der VR China, Albanien, Nord-Korea, Literatur über Ausbildungswesen, Soziologie, Pädagogik, Psychologie.

arbeiterbuch
Bremenhaven · Fährburg · Hamburg 13
Burg 198 · Norderstr. 10 Grindelhof 45

EWG-Großmachtpläne der europäischen Imperialisten

1. Teil

Das Jahr 1972 hat eine Reihe wichtiger Beschlüsse und Auseinandersetzungen um eine Erweiterung der EWG gebracht.

Vier weitere Länder sollen zu Anfang 1973 neu in die EWG aufgenommen werden: England, Irland, Dänemark und ursprünglich auch Norwegen.

Die Aufnahme dieser Länder wird die Wirtschaftskraft der bisherigen EWG noch um etwa ein Drittel steigern. Der so entstehende Block wird die Bevölkerung der USA weit übertreffen und etwa zwei Drittel der Wirtschaftskraft der USA erreichen. Über 40% des Welthandels werden auf die neue „EWG der Zehn“ entfallen.

Eine Reihe anderer Länder soll der EWG in Form einer gemeinsamen „Freihandelszone“ angegliedert werden. Es sind dies Schweden, Island, Portugal, die Schweiz, Österreich und Finnland. Das Abkommen über die neue „Freihandelszone“ sieht insbesondere die vollständige Beseitigung der Industrie-Zölle zwischen den nunmehr 16 beteiligten Staaten bis Juli 1977 vor.

Zur Diskussion steht außerdem die Einbeziehung weiterer Länder in den so entstehenden westeuropäischen Block, so Spanien und Israel sowie die bereits eng mit der EWG verbundenen Länder Griechenland und Türkei.

Neben der Erweiterung der EWG nach außen steht eine Intensivierung der Zusammenarbeit nach innen. Vor allem wollen die in der EWG vertretenen kapitalistischen Regierungen ihr Vorgehen gegen die Arbeiter noch besser aufeinander abstimmen. So soll es z.B. gemeinsame „Lohnleitlinien“ für alle EWG-Staaten geben, und das „soziale Gefälle“ innerhalb der EWG soll „ausgeglichen“ werden.

In vielen Ländern zeigt sich starker Widerstand gegen die Erweiterung der EWG. Volksumstimmungen über den EWG-Beitritt brachten in Dänemark nur eine knappe Zustimmung, während es in Norwegen breite Ablehnung gab. In Schweden gibt es seit langem eine starke Bewegung gegen die EWG, die vor allem von Sozialdemokraten und Kommunisten geführt wird.

Die Volksmassen der nordwesteuropäischen Länder fürchten, daß ihr relativ hoher Lebensstandard und ihre politischen Rechte dem EWG-Niveau „angepaßt“ werden sollen. Die Bewegung gegen die EWG wird auch vom Kleinbürgerium – Fischer und Landwirte – weitgehend unterstützt, weil diese Kräfte um ihre soziale Existenz fürchten, falls ein Beitritt zur EWG erfolgt. Die skandinavischen Völker wehren sich auch dagegen, unter die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft der EWG-Imperialisten (vor allem der Bundesrepublik) zu kommen.

In Island ist der Kampf um die Ausdehnung seiner Fischerei-Grenze zugleich Kampf gegen die Annapfängerung durch die Fischerei-Monopole der EWG, besonders Englands und der BRD.

Eine breite Bewegung gegen die EWG gibt es auch in England. Das hat die oppositionelle Labour-Partei gezwungen, in bescheidenem Maße gegen den EWG-Beitritt Stellung zu nehmen. Von großer Bedeutung ist der Kampf der englischen Arbeiterklasse gegen den von der konservativen Regierung aufgesetzten Anti-Streik-Gesetz; denn dieses Gesetz, das die Lähmung der Arbeiterbewegung zum Ziel hat, ist sozusagen die „Eintrittskarte“ der englischen Imperialisten zur EWG.

Der erste Teil dieses Artikels zeigt die Entwicklung der EWG, ihre Ziele und inneren Widersprüche sowie die jüngste Entwicklung zur Erweiterung und Intensivierung der EWG. Der zweite Teil des Artikels wird im nächsten „Arbeiterkampf“ erscheinen. Er soll folgende Fragen behandeln, warum sprach sich das norwegische Volk gegen die EWG aus – warum kämpfen die Bauern gegen die EWG – Agrarpolitik – wie sehen die Angriffe der EWG-Imperialisten auf die Arbeiterklasse aus – was wurde schon getan und was ist weiter geplant – die Haltung der Gewerkschaften und der französischen und italienischen KP zur EWG – der Neokolonialismus der EWG.

P läne zu einem „vereinigten Europa“ gab es schon in der Weimarer Republik. Noch während des 2. Weltkriegs, als sich die Niederlage des deutschen Imperialismus abzeichnete, brachten die Kapitalisten als rettende Möglichkeit Pläne zur Integration des kapitalistischen Europa ins Spiel. Die bürgerlichen Widerstandskreise um Graf v. Helldorf propagierten den gemeinsamen Kampf „gegen den Bolschewismus“. Mit Adenauers „atlantisch-westeuropäischem Zusammenschluß“ fanden diese Pläne dann ihren Platz im Programm der CDU/CSU nach dem Krieg.

In der Tat brachten die Bündnisse unter den imperialistischen Staaten und die Schritte zur westeuropäischen Integration den Kapitalisten in West-Deutschland jeweils ein Stück verloren gegangener Macht zurück.

1932

1955

schem Militär. Diese scheiterten am Widerstand Frankreichs. Vorerst kam nur die Montanunion zustande, die vorweggenommene EWG für Kohle und Stahl. Sie legte die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zur Entflechtung des deutschen Großkapitals in der BRD auf und hob die Produktionsbeschränkungen nahezu auf. 1955 erhielt die BRD im Rahmen der Nato wieder ein eigenes Militär und nahezu vollständige Souveränitätsrechte. Weiter wurden eine Koordinierung der Landwirtschaftspolitik, der gegenseitigen Dienstleistungen, die Aufhebung von Beschränkungen im Kapitalverkehr für EWG-Kapita-

lien, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande und BRD beschlossen als Ziel die „schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik“. Ein Rücktritt von diesen Verträgen ist nicht vorgesehen. Grundlage der EWG war eine Zollunion, die innerhalb von 12 – 15 Jahren verwirklicht werden sollte. Dies ist im großen und ganzen auch erreicht worden.

ZOLLUNION (z.B. EWG)

Darunter versteht man die Zusammenfassung mehrerer Wirtschaftsgebiete zu einem, in dem es keine inneren Zölle gibt und die Außenzölle einheitlich werden.

FREIHANDELSZONE (z.B. EFTA)

In einer Freihandelszone gibt es zwar ebenso wie bei der Zollunion keine Binnenzölle, aber von Land zu Land verschiedene Außenzölle. Sie stellt also einen sehr viel loseren Zusammenschluß dar. Eine Zollunion ist allerdings auch noch kein fester wirtschaftlicher Zusammenschluß. Durch Subventionen, Warenvorschriften u.ä. können sehr leicht Handelsbarrieren aufgebaut werden, die die gleiche Wirkung wie Zölle haben.

Der EWG – Agrarmarkt

Eine besondere Bedeutung in der weiteren EWG-Geschichte nahm die Koordinierung der Landwirtschaftspolitik ein, die zu sehr schweren Differenzen besonders zwischen der BRD und Frankreich führte. Natürlich spielte sich hierin der Kampf dieser zwei Mächte um den Anteil am EWG-Akten-Paket wieder. Zur Koordinierung der Landwirtschaftspolitik wurde ein ge-

meinsamer Agrarmarkt eingerichtet, der sich durch hohe Zölle gegen Agrarimporte von außerhalb schützte. War trotzdem importiert, mußte das Gewinne, die er dadurch erzielt, in einen gemeinsamen Topf werfen. Für die Agrarprodukte wurde ein für alle verbindlicher Preis festgesetzt, der in Dollar angegeben wurde (sog. „grüner Dollar“). Die EWG-Gesamterzeugung führte allerdings dazu, daß der Preis so fest nicht war und das System dadurch häufiger recht stark erschüttert wurde. Aus dem gemeinsamen Topf werden nun die Subventionen bezahlt, die dazu dienen, nach US-Vorbild große kapitalistische Farmen herzustellen. Die Folge sind die systematische Runterum von Kleinbauern in der EWG und die hohen Lebensmittelpreise. Das Agrarsystem begünstigt eindeutig die Großbauern. Die Großbauern bekommen auch dann ihre hohen Preise bezahlt, wenn die Produkte nicht mehr abgesetzt werden können. Das führt dann zu Erscheinungen wie dem bekannten „Butterberg“ der EWG. Solche Erscheinungen der Überproduktion sind für den Kapitalismus charakteristisch.

Dieses Agrarsystem wurde von Frankreich 1966 erzwungen. Ein halbes Jahr lang hat es deshalb den EWG-Ministerrat boykottiert.

In den römischen Verträgen wurden schließlich auch Funktion und Aufgaben der supranationalen Gremien der EWG festgelegt. Es sind dies der EWG-Ministerrat, die EWG-Kommission in Brüssel, das Europa-Parlament in Straßburg und der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Das entscheidende Gremium ist der Ministerrat. In ihm sitzen die jeweils zuständigen Fachminister der Mitgliedsländer. Jedes Land hat Vetorecht. Beschlüsse können nur einstimmig gefaßt werden. Im Vertrag waren ab 1965 Mehrheitsentscheidungen vorgesehen. Dem widersetzte sich damals Frankreich. Man „einigte“ sich auf die Beibehaltung des Vetorechts. Die EWG-Kommission hat folglich in erster Linie Funktion einer Hüftruppe, die im wesentlichen Vorschläge erarbeitet.

Zu den „römischen Verträgen“ gehört auch der Vertrag zur Gründung der Euratom. Offiziell wurde als Ziel die „Entwicklung der Atomforschung zu friedlichen Zwecken“ angegeben, ohne militärische Anwendung auszuschließen. Lediglich die Widersprüche untereinander verhindert vorerst, Atomforschung gemeinsam mit militärischer Perspektive zu betreiben.

Schwächung des Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg

Wie kam es nun, daß nach dem 2. Weltkrieg die verschiedenen Imperialismen in Westeuropa, die vorher „Erbfeinde“ waren und Gegner in zwei Weltkriegen, sich jetzt zusammenfanden? Hatten sie plötzlich ihre Feindschaften und Liebe zueinander entdeckt?

Der 2. Weltkrieg war der zweite gewalttätige Versuch des deutschen Imperialismus gewesen, eine Neuverteilung der Welt zu seinen Gunsten vorzunehmen.

Über 50 Millionen Tote und unzählige Krüppel waren das Ergebnis. Besonders die Sowjetunion u. Polen waren von den Faschisten verwüstet worden. Der deutsche Imperialismus erlitt eine totale Niederlage. Doch auch alle übrigen euro-

päischen imperialistischen Mächte konnten ihre alten Großmachtstellungen nicht halten. Auf dem europäischen Kontinent war der Kapitalismus bei den Menschen in starken Miskredit gekommen. Überall in Osteuropa kam es zu sozialistischen Umgestaltungen. In den atlantischen Widerstandsbewegungen hatten sich besonders die Kommunisten hervorgetan. In Albanien und Jugoslawien eroberten diese Bewegungen die Macht im Staat. In Griechenland konnte dies lediglich durch das militärische Eingreifen Englands und schließlich der USA in den Bürgerkrieg verhindert werden. In Italien und Frankreich hatten die Kommunisten entscheidenden Einfluß in den Gewerkschaften erobert. Es gab in diesen Ländern starke kommunistische Parteien, die vom imperialistischen Standpunkt aus zurückgedrängt werden mußten, und es war noch nicht geklärt, in wessen Händen die Staatsmacht stehen würde. In Norditalien war der Staat-Apparat von Partisanen zerschlagen worden. 1945 mußten die Imperialisten in noch in der Lage, die Regierung aufzunehmen. In Deutschland mußte selbst die CDU/CSU nach dem Kriege den Sozialismus im Programm aufnehmen. Daß der Sozialismus am Boden gewonnen hatte, damit wollten sich die Kapitalisten keineswegs abfinden. Im Gegenteil, diese „geschichtliche Katastrophe“ für sie wollten sie mit allen Mitteln wieder rückgängig machen.

Darüber hinaus waren überall in den Kolonien des englischen und französischen Imperialismus starke Unabhängigkeitsbewegungen entstanden. China wurde sozialistisch, in Vietnam wird heute noch durch den gekämpft. Dem drohenden Verlust ihrer Kolonialreiche suchten die Imperialisten energisch mit Waffengewalt – so kämpfte englisches Militär in Malaya und Kema, französisches in Algerien und Zentralafrika – andererseits durch Zugeständnisse der „Unabhängigkeit“ und neue Formen der Unterdrückung zu begegnen.

Supermacht USA

Die USA waren die einzige imperialistische Macht, die aus dem 2. Weltkrieg gestärkt und mit einem unantastbaren Produktions- und Militärapparat hervorging. Sie finanzierten auch große Teile der Kriegskosten Englands und Frankreichs. 1948 kamen über die Hälfte der gesamten Industrieproduktion der kapitalistischen Länder aus den USA, dagegen z.B. nur 1/30 aus Westdeutschland. Das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und den unterdrückten Völkern auf der einen Seite und dem Imperialismus auf der anderen drohte sich noch weiter zuzunutzen des Imperialismus zu verschärfen. Deshalb erließen die Imperialisten die „Zurückdrängung des Kommunismus“ zum obersten Leitsatz ihrer Politik (Truman-Doktrin der USA). Die USA erklärten, daß sich jedes Land zwischen zwei Welten entscheiden müsse. Dem folgten die Marshallplan-Warenkredite an Westeuropa, die Nato, d.h. die verstärkte militärische Aufrüstung mit ihrem Kampfstoff, dem Aufbau von Militärstützpunkten rund um die Sowjetunion. Politik der imperialistischen Enkretisierung nannte es Stalin. „Begründet“ wurde dies vor der Bevölkerung mit der angeblich drohenden „kommunistischen Expansion“. Dazu erklärte selbst der US-Botschafter Kennan in Moskau später: „Jeden, der das damalige

Veränderungen in Anteilen der USA und anderer Länder an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt

Land	40er Jahre (1946)	50er Jahre (1958)	60er Jahre (1969)	70er Jahre (1970)
USA	53,4%	46,1%	43,4%	40,9%
England	11,2	9,7	7,1	7,1
Westdeutschland	■	9,4	9,4	9,7
Frankreich	3,9	4,9	4,6	4,7
Japan	1,0	3,5	8,5	9,4

- 1947: Die Ankündigung der US-Warenkredite des Marshall-Plans an Westeuropa war das Startsignal für den Wiederaufbau eines kapitalistischen West-Deutschland.
- 1949: Mit der Gründung der Nato wurde die Wiederbewaffnung West-Deutschlands auf die Tagesordnung gesetzt.
- 1950: kamen Pläne zur EWG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) auf mit Beteiligung von westdeut-

listen, Koordinierung der Energie- und Verkehrspolitik geplant. Auch in diesen Bereichen wurden Fortschritte erzielt.

Die EWG-Verträge

1957 wurde der entscheidende Schritt in Richtung auf eine Integration Westeuropas durch Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Bildung der EWG getan. Zusammen mit der Montanunion stellen sie das Grundgerüst der gesamten Integrationspolitik dar. Die sechs kapitalistischen Staaten Ita-

Rußland auch nur annähernd kannte, war es vollkommen klar, daß die sowjetische Führung keinen Versuch beabsichtigte, die Sache des Kommunismus über die Grenzen des Landes hinaus durch militärische Operationen der eigenen Streitkräfte voranzutreiben."

US-Vorherrschaft über Westeuropa

Mit der Machtposition einer Supermacht, die die USA errungen hatten, war ihnen die Möglichkeit der Vorherrschaft über die europäischen Imperialisten gegeben. Sie bestimmten die Nato-Strategie und mit welchen Waffen wer aufgerüstet wurde. Sie nahmen den englischen Kapitalisten einen großen Teil der Erdölequellen ab und führten die Kriege in Griechenland und später in Vietnam weiter. Sie stellten sich in der Suez-Krise 1956 gegen die Aggression des französischen und englischen Imperialismus und machten damit deutlich, daß sie eine Kolonialpolitik an ihren Interessen vorbei nicht duldeten.

Die Expansion des US-Kapitals

Das US-Großkapital hat seine ökonomische Stärke dazu ausgenutzt, sich systematisch ein Industrieimperium, das nahezu über die ganze Welt reicht, aufzubauen. So betrug der Umsatz der US-Firmen

Die EWG - eine Gemeinschaft von Imperialisten

Mit diesen Ergebnissen und Folgen des zweiten Weltkrieges haben sich die europäischen Imperialisten keineswegs abgefunden. Das Ziel, der Machtverhältnisse in der Welt zu ihren Gunsten zu ändern, ist ihnen allen gemein, ebenso die Einschätzung, daß sie jeweils allein eine Änderung nicht herbeiführen können. Unter der gegebenen Kräftekonstellation ist dies für die europäischen Imperialisten nur möglich, wenn sie eine Stärke erreichen, wie sie die Macht der USA und der Sowjetunion darstellen. Deshalb halten die europäischen Imperialisten ein „Vereinigtes Europa“ - zunächst der kapitalistischen Staaten - für die Grundlage ihrer aggressiven und expansiven Politik. Strauß sagt, „ein solches Europa würde eine Verschiebung der weltpolitischen Kräftekonstellation und zwar die einzig mögliche zugunsten der demokratischen (also der imperialistischen) Welt herbeiführen“. (In 'Herausforderung und Antwort'). Die Herstellung der europäischen Integration ist für die Imperialisten eine Existenzfrage geworden. Strauß wiederum drückt das so aus: „Europa steht vor der Aufgabe, ob es sich in der modernen Welt als eine Größe sui generis



Demonstration in München gegen den Generalvertrag (auch Deutschlandvertrag genannt) 1962

Der Generalvertrag regelt die Beziehungen der BRD zu den Besatzungsmächten. Durch diese Verträge wurde ihnen gestattet, weiterhin Truppen in der BRD zu stationieren, die auch eingreifen dürfen, wenn die „innere Sicherheit“ „bedroht“ ist. Der Vertrag stand in Zusammenhang mit der EVG, die jedoch an der französischen Arbeiterklasse verhindert werden konnte.

gesamt belief sich der US-Anteil allein auf 60 %. Lediglich die englischen Kapitalisten haben relativ zu ihrer Größe mehr im Ausland investiert. Bei beiden Ländern stützt sich die Außenexpansion um wesentlichen auf die Direktinvestitionen. Ganz anders sah es bislang bei der BRD aus, die einen relativ hohen Warenexport bei geringen Direktinvestitionen besaß. So klagte Abs von der Deutschen Bank: „Gegenüber England sind wir mit unseren ausländischen Direktinvestitionen ein Zwerg, gegenüber den USA nur ein Däumling.“ Springers „WELT“ forderte konsequent, ein Industrieimperium aufzubauen, das „einer Welt Handelsnation würdig ist.“ Seit Mitte der 60er Jahre sind die westdeutschen Kapitalisten systematisch dazu übergegangen, sich ebenfalls ein solches Industrieimperium zu schaffen. Die Direktinvestitionen wuchsen jährlich um mehr als 20 % gegenüber 8 % bei den USA und England. Die Parteien in Bonn wetteifern darin, diesem Prozeß mit Steuergeldern unter die Arme zu greifen. Ende 1971 hatten die westdeutschen Direktinvestitionen 21 Mrd. DM überschritten. Der Bayer-Konzern z.B. besitzt heute in 50 Ländern 130 Produktions- und Vertriebsstätten.

Die Träger dieser Expansion sind die Monopole. Um gegenüber den US-amerikanischen Monopolen konkurrenzfähig zu werden, bzw. eine ähnliche Größenordnung und Stärke zu gewinnen, sind die europäischen Monopole gezwungen, sich zusammenzusetzen, deshalb die Pläne zur Integration. „Wenn man die Einheiten in Amerika sieht, dann weiß man, zu was wir in Europa aufrufen sind“, so Abs. Vorerst erfolgt die Stärkung der europäischen Monopole noch im wesentlichen über nationale Konzentrationsprozesse. In allen kapitalistischen Ländern vollzieht sich eine Konzentrationswelle in bisher nicht gekanntem Ausmaß. In der BRD stieg der Anteil der 50 größten Unternehmen, gemessen an der Gesamtzahl, von 1967 bis 1970 von 40 auf 50 % der Produktion. Um nur einige Branchen zu nennen: Teilt sich 1960 noch 6 Stahlkonzerne 60 % der Rohstahlproduktion,

so heute nur noch drei. Die vier größten Chemiekonzerne kontrollieren heute 70 % des Umsatzes, vor 10 Jahren waren es erst 40 %, bei den größten 4 im Fahrzeugbau sind es bereits 90 %, in Frankreich, wo die Industrie viel weniger konzentriert ist, wurden mit Hilfe des 5. staatlichen Planes für die Industrien 1966-70 durch Fusionsen systematisch Großkonzerne aus dem Boden gestampft, die „das Gerüst der zukünftigen französischen Industrie bilden“ sollen. Für die wichtigsten Sektoren waren ein bis zwei Gruppen vorgesehen. Am Ende dieser Periode beherrschten z.B. in der Eisen- und Stahlindustrie Frankreichs zwei durch Fusionsen aufgebaute Konzerne 70-80 % des Umsatzes. Ganz ähnliche Pläne gab es in Italien, der größte italienische Konzern, Montedison, entstand u. dabei, der bei uns vor allem durch seine brutalen Rationalisierungsmaßnahmen zu Lasten der Arbeiter bekannt wurde.

Fusionsen auf EWG-Ebene, auf die die Kapitalisten zielen, gibt es heute erst relativ vereinzelt, so die Fusion von Dunlop und Pirelli, der zweitgrößte Gummikonzerne der kapitalistischen Welt, die Fusion von Hoechst und Hoechst, der drittgrößte europäische Stahlkonzern, Agfa-Gevaert ist heute der zweitgrößte Fotofilmhersteller der Welt. Zu solchen Fusionsen gibt es heute zahlreiche Vorbereitungen in Form von Absprachen und Kooperationen unter den Monopolen, die allerdings ähnlich ständig zwischen den Monopolen getroffen werden und Ausdruck der Konkurrenz unter ihnen sind. Absprachen und Kooperationen zwecks späterer Fusionierung gibt es heute bei allen großen europäischen Banken. Fusionsen im größtem Stil innerhalb der EWG wird es allerdings erst dann geben, wenn auf politischem Wege der freie Kapitalverkehr hergestellt ist, wie es mit der Wirtschafts- und Währungsunion geplant ist innerhalb der nächsten 10 Jahre. Sie war wichtigster Punkt der Tagesordnung der EWG-Gipfelkonferenz, Mitte Oktober dieses Jahres.

Wohin richten sich nun die Großmachtpläne dieses Europa der Monopole? Gegen wen zielt die

von Strauß propagierte „Kriegskunst im Frieden“ der eine europäische Atombewaffnung Druck verleiht soll und neben der Frankreichs heutige „Force de Frappe“ wie „ein Museumstück“ erscheinen würde?

Expansionsstreben der Imperialisten

1. Auf Kosten der Länder Osteuropas.

Zunächst richten sich die Pläne der Imperialisten gegen die Länder in Osteuropa. Strauß erklärte dazu: „Der Einbruch der Sowjetrussen nach Mitteleuropa ist die geschichtliche Katastrophe unseres Jahrhunderts.“ (Herausforderung u. Antwort, S. 33) Daß der Imperialismus in Osteuropa an Boden verloren hat, damit wird er sich niemals abfinden, dazu braucht er die EWG, zunächst erst der kapitalistischen Staaten; denn „man kann den 2. Schritt nicht vor dem ersten tun“ - so die Strauß-Europa-Konzeption weiter. Deshalb ist für ihn die Gaudes „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ „als Notwendigkeit für die westeuropäischen Staaten zu begreifen“, einen Staat bis an „die heutige westliche Staatsgrenze der Sowjetunion“ zu schaffen (S. 126). In der Art des Hitler-Faschismus halten die Imperialisten daran fest, daß es ihre „moralische Aufgabe“ sei, die „osteuropäischen Länder hinter dem Eisernen Vorhang“ zu „befreien“ (Strauß, a.O.), d.h. dort den Kapitalismus wiederherzustellen. Nur in diesem Rahmen sehen die Imperialisten eine Chance zur Rückeroberung der DDR. Wir haben die Zielsetzung der Imperialisten am Strauß-Konzept dargestellt, da Strauß hier eine Vorreiterrolle spielt. Allerdings unterscheiden sich alle Europa-Konzeptionen nicht wesentlich. Auch die Variante der SPD verfolgt keine anderen Ziele. So heißt es in einem Memorandum Brandts bereits 1965: „Für die nächste Periode erscheint es uns wünschenswert und nicht aussichtslos, die osteuropäischen Staaten in möglichst zahlreiche Kooperationsbeziehungen zu verweben.“ So könnten „Kräfte der Evolution ermutigt werden“. Bzw. „der gemeinsame Markt hat eine aufbauende Wirkung auf das ökonomische Denken in Osteuropa gehabt. In diesen Rahmen der „Neuen Ostpolitik“ fällt die von den Kapitalisten seit Mitte der 60er Jahre betriebene Ankerbohrung des Osthandels. Unter dem Motto „Handel schafft Wandel“ verstärkten insbesondere die westdeutschen Kapitalisten das Ostgeschäft. In den fünf Jahren bis 1969 wurde der Handel der BRD mit den Ländern der RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) verdoppelt auf ca. 12 Mrd. DM. Die westdeutschen Imperialisten betrachten den Osthandel als einen der großen Zukunftsinvestitionen.“

Vor allem auf „den Wandel im Ostblock selbst“ zu dem sie phantasievoll „das ihre beitragen möchten“ (so v. Amerongen vom



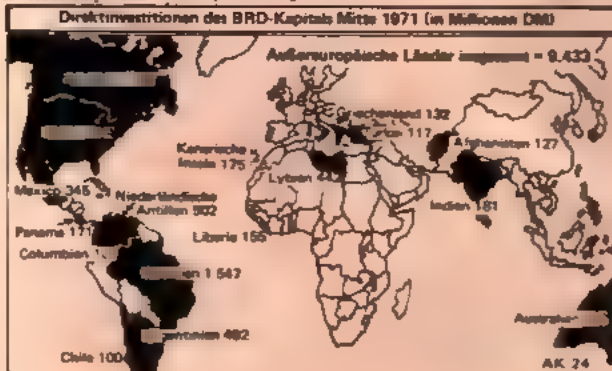
Nach dem abgelehnten EWG-Beitritt Norwegens ist zu erwarten, daß Norwegen einen Freihandelsvertrag mit der EWG abschließt.

außerhalb der USA 1970 etwa 200 Mrd. US-Dollar in den Ländern der 6er-EWG übernahmen die US-Kapitalisten 1963 6,3 % der Kapitalbildung. Besonders stark ist ihr Einfluß in Großbritannien, wo 1600 US-Firmen 10 % der Industrie in ihre Hand brachten, relativ am geringsten in Frankreich. Lennschrieb: „Die Monopole sind überall Träger monopolistischer Prinzipien: An Stelle der offenen Konkurrenz auf dem Markt tritt die Ausnutzung der „Verbindungen“ zum Zweck eines profitablen Geschäftes.“ Die Kapitalisten schaffen sich heute diese Verbindungen in erster Linie durch Direktinvestitionen, d.h. den Aufbau eigener Industrie im Ausland. Besonders konzentriert sich dieser Einfluß der US-Industrie auf sogenannte Schlüsselindustrien, deren Bedeutung in Zukunft weiter zunehmen wird. In der EWG beherrscht das US-Kapital 30 % der Autoproduktion, 75 % bei den Computern, so daß die europäische Computerindustrie überhaupt nur auf der Grundlage staatlicher Schenkungen existiert. In der BRD sind z.B. 25 % der Elektro-Industrie in US-Hand und 50 % der Raffineriekapazitäten.

überhaupt noch behaupten kann oder es sozusagen ein Satellit der USA wird.“

Schaffung eines EUROPA DER MONOPOLE

Ebenso Großmacht wie die USA zu werden, ist nur möglich, wenn die europäischen Imperialisten sich ein entsprechendes wirtschaftliches Potential schaffen. Zwar haben die europäischen Kapitalisten im Vergleich zu den USA ihre Position ständig verbessern können, lediglich Großbritannien fiel relativ gegenüber den USA zurück. Die BRD erreichte 1970 1/4 der Industrieproduktion der USA. Die EWG der 9 Mitglieder ab 1973 wird 70 % des Bruttoinlandsproduktes der USA erreichen. Entscheidend aber wird sein, ob das europäische Kapital sich ein entsprechendes Industrieimperium aufbauen kann bzw. das europäische Monopolkapital der US-Konkurrenz standhalten kann. Wie sehr es damit aus? Von den 1967 auf knapp 100 Mrd. US-Dollar geschätzten Direktinvestitionen im



Ostauschluß der Industrie). Es geht um wirtschaftliche Abhängigkeiten, die ihnen langfristig einen gefährlichen Einfluß auf diese Länder ermöglichen.

Die Imperialisten haben immer deutlich gemacht, daß es ihnen nicht um „friedlichen Wettbewerb“ geht. Für sie ist der Osthandel eine politische Waffe in ihrer Eroberungsstrategie.

2. Auf Kosten der Länder der 3. Welt

Zum zweiten richten sich die Expansionsabsichten der Imperialisten gegen die Länder der Dritten Welt. „Den Rückzug Europas aus der Weltpolitik“ sieht Strauß „am symbolkräftigsten und tragischsten ausgedrückt im Rückzug der Engländer aus dem weitpolitischen Bereich East of Suez“. Diese „Weltpolitik“ wird betrieben durch den weltweiten Kapitalexport, die Assoziierung der ehemaligen französischen und nun der englischen Kolonien und schließlich durch die Finanzierung der Unterdrückung der Befreiungsbewegungen in diesen Ländern, wie durch die BRD z.B. in Mozambique und im Tschad.

3. Zu Lasten des US-Imperialismus

Zum dritten richtet sich die EWG gegen die imperialistischen Konkurrenten USA. Die USA sollen von ihrer „Bürde, allein die Verantwortung der freien Welt übernehmen zu müssen“, „entlastet“ werden (Strauß). Zum einen soll der Imperialismus insgesamt gestärkt werden, zum anderen heißt „übernehmen der Bürde“, übernehmen von Einfluß und Machtpositionen der USA überall in der Welt, d.h. man nimmt sie seinem imperialistischen Konkurrenten weg.

Zunächst haben die USA ihrerseits die Europa-Pläne der europäischen Imperialisten unterstützt zur Stärkung des Imperialismus insgesamt und in der Annahme, selber die Vorherrschaft über dieses Europa auszuüben. So bekämpften die USA 1958 noch konsequent die englischen Pläne einer großen Freihandelszone mit Einbeziehung der „Neutralen“ wie Österreich und Schweden. Sie wollten die gemeinsame politische Zielsetzung und die Stärkung der Nato erreichen. 1961 drängten die USA England zum Aufnahmearbeit in die EWG

te von 1963 ab der französische Imperialismus die Gefolgschaft. De Gaulle beschloß mit Adenauer 1963 die Achse Bonn-Paris. Die „atlantische Partnerschaft“ war gescheitert. Inzwischen wird von den USA eine Neuaufgabe der „atlantischen Partnerschaft“ vorbereitet. Allerdings treten die Widersprüche zwischen den Imperialisten in den USA und Westeuropa immer stärker in den Vordergrund. Am deutlichsten werden diese Widersprüche in den Währungskrisen, im Kampf der europäischen Kapitalisten gegen die Stellung des Dollar, als Leitwährung.

Alle Großmachtpläne der europäischen Imperialisten sind durch die Integration überhaupt nicht möglich. Aber sie haben sich nur „unter dem drohenden Druck des Schicksals“ zusammengelassen. D.h. keineswegs, daß dadurch die Gegensätze unter ihnen einfach immer mehr verschwinden. Sie sind mit unterschiedlichen Absichten in die EWG gegangen. Unter ihnen finden Auseinandersetzungen statt, um jeweils die eigenen Vorstellungen und Interessen mit Hilfe der EWG durchzusetzen.

Der englische Imperialismus und die EWG

Besonders deutlich wird dies an dem speziellen Weg Großbritanniens zur EWG. Der englische Imperialismus versuchte nach dem 2. Weltkrieg weiterhin Großmachtspolitik auf eigene Faust zu machen. Die englischen Imperialisten stützten sich dabei auf das Commonwealth – 31 Länder ehemaliger englischer Kolonien, die ihnen besondere Vorteile zusichern mußten – so den freien Kapitalexport, Zollvergünstigungen und Währungsvereinbarungen (Sterling-Block). Es entwickelten sich die „besonderen Beziehungen“ zu den USA zur Unterdrückung der Länder der „3. Welt“, was England gleichzeitig besondere Abhängigkeit vom US-Imperialismus einbrachte. Beides zerfiel nicht, daß von dem alten britischen Imperium nur ein Schatten übrigblieb. Was hatte den Rückzug des Militärs „östlich von Suez“ zur Folge.

Bei EWG-Gründung wollte Großbritannien weiter seine „besonderen Beziehungen“ zu den USA aufrechterhalten und lehnte es ab, seine Sonderrechte in den Commonwealth-Ländern allen europäischen Imperialisten zuzugestehen zu lassen. Die EWG-Verträge dagegen sehen nur eine gemeinsame Kolonialpolitik vor. Die englischen Imperialisten waren nur zu dem lockeren Integrationsprojekt einer Freihandelszone bereit. Das führte zur Ablehnung ihres EWG-Beitritts durch Frankreich. Daraufhin gründete Großbritannien als Gegenprojekt 1960 die EFTA zusammen mit Dänemark, Norwegen, Schweden, Schweiz, Österreich und Portugal. Doch dieses Projekt hatte nicht den gewünschten Erfolg. Die ökonomische Position des englischen Kapitals verschlechterte sich weiter im Vergleich besonders zum BRD-Kapital, das auch in den EFTA-Ländern immer stärkeren ökonomischen Einfluß gewann. Erst beim 4. Anlauf war England bereit, der Integration mit gemeinsamem Agrarmarkt, gemeinsamer Kolonialpolitik

und Wirtschafts- und Währungsunion zuzustimmen. Damit stand dem EWG-Beitritt Großbritanniens nichts mehr im Wege. Ab 1.1.1973 wird es Mitglied der EWG sein.

Der BRD-Imperialismus – der gefährlichste und aggressivste

Die Ausgangsbasis des BRD-Imperialismus war eine ganz andere. Als Besiegter im 2. Weltkrieg und nach dem Verlust der Gebiete östlich der heutigen BRD und dem Verlust sämtlichen Auslandskapitals mußte er wieder von vorn anfangen. Dies wurde ihm jedoch durch ein großes Reservoir an Arbeitskräften (aus den „verlorenen Gebieten“) und durch den Marshall-Plan ebenso erleichtert, wie durch seine Sonderrolle als vorderster Stützpunkt der Nato im „Kalten Krieg“. Er erwies sich wieder einmal als der aggressivste, gefährlichste und inzwischen stärkste Imperialismus Westeuropas. Um seine Machtposition Schritt für Schritt zu verbessern, unterstützte er einerseits die Pläne der USA und schloß andererseits die „deutsch-französische Freundschaft“. Ebenso wie als vorderster „kalter Krieger“ ist der westdeutsche Imperialismus an

Die weitere Ausdehnung der EWG

Die heutige Situation der EWG nach der Gipfelkonferenz Mitte Oktober dieses Jahres ist folgende:

Zu Beginn des Jahres 1971 werden Großbritannien, Irland und Dänemark Mitglieder der EWG. Norwegen ebenfalls geplante Mitgliedschaft konnte durch den Volksentscheid vorerst abgewehrt werden. Allerdings ist diese Volksabstimmung für die norwegischen Kapitalisten nicht bindend. Norwegen wird vorerst zusammen mit Schweden, Island, Portugal, der Schweiz, Österreich und Finnland eine „Freihandelszone“ mit der EWG bilden in der bis 1977 die Industriezölle abgebaut werden sollen. Nächster Schritt zur Ausdehnung der EWG ist der Mittelmeerraum. Über die bereits bestehenden Verträge hinaus (siehe Karte – ist von den EWG-Imperialisten geplant, ebenfalls eine „Freihandelszone“ mit allen Mittelmeerlandern, möglichst unter Einbeziehung von Jordanien, Syrien, dem Sudan und Libyen zu bilden. Dazu sind Verhandlungen im Gange. Differenzen unter den Kapitalisten gibt es noch über die Frage, wie weit Agrarpüter in dieses Abkommen einbezogen werden. Nach Herstellung dieser „Freihandelszonen“

Völkern der Dritten Welt erheblich verschärft. Das zwingt die Imperialisten sich zu einigen

Die Wirtschafts- und Währungsunion

Der Hauptpunkt der weiteren Integration ist die Herstellung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die in einem Jahrzehnt hergestellt sein soll. Das Ziel dieser Bestrebungen ist die Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes mit einheitlicher Währung (Euro-Währung) und schließlich europäischen Monopolen. Das ist nur möglich, wenn die nationale Wirtschafts- und Währungspolitik abgeschafft wird und eine europäische an deren Stelle tritt. Die Schritte dahin lauten: Die Einführung eines europäischen Währungs fonds, Vereinheitlichung der Steuersysteme, Angleichung des Wirtschaftsrechts, Abstimmung der jeweiligen Handelspolitik und Zusammenlegen der Notenbanken. Darüber planen die Imperialisten eine gemeinsame Außenpolitik. Die nationale Souveränität muß dazu schrittweise abgebaut werden. Das geht nicht ohne Konflikte und verschärfte Auseinandersetzungen zwischen den Imperialisten vor sich, wenn die nationale Souveränität in zentralen Fragen beseitigt werden soll. Dies wird sehr scharfe Krisen zwischen den Imperialisten hervorrufen und ihre Integration zurückwerfen. Im einzelnen deren Verlauf voraussagen zu wollen wäre allerdings reine Spekulation. Da die Integration jedoch eine Existenzfrage geworden ist, werden sie sie immer weiter vorantreiben.

Die EWG gegen die Arbeiterklasse

Damit rufen die Kapitalisten gleichzeitig verstärkte Kämpfe ihrer schubfach entscheidenden Gegner, der Arbeiterklasse, hervor. Für ihre Expansionspläne werden die Imperialisten versuchen, sich nach innen hin den Rücken frei zu halten und der Bevölkerung die Lasten dieser Expansion aufzubürden. D.h. verschärfte Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und insbesondere der Bauern. Abbau und Angleichung der von der Arbeiterklasse erkämpften Rechte auf einen möglichst niedrigen Stand sowie Ausbau des Staatsapparates durch die Kapitalisten. Am Kampf der Arbeiterklasse gewaltam widerzusprechen. Entscheidend wird allerdings für die Kapitalisten sein, ob es ihnen gelingt, Teile der Arbeiterklasse und der übrigen Bevölkerung auf dem ideologischen Wege für ihre Zielsetzungen zu gewinnen. Dies wird neben der Politik des Neokolonialismus Gegenstand des nächsten ARBEITERKAMPF sein.



'Atlantische Partnerschaft' gescheitert

Unter Kennedy schwebte den USA eine „atlantische Partnerschaft“ vor. EWG vor Vorgehen war eine weitgehende Zolllenkung – nicht ohne die höheren US-Zölle durch nur prozentuale Senkung beizubehalten: eine Art große Freihandelszone, mit der Hauptstoßrichtung gegen die Dritte Welt. Das Ziel der USA dabei war, sowohl ökonomisch wie militärisch die Führung zu übernehmen. Sie betrachteten das als legitim auf Grund ihrer großen „Bündnisverpflichtungen“. Dieser Politik der USA versag-

te. Das führte zur Ablehnung ihres EWG-Beitritts durch Frankreich. Daraufhin gründete Großbritannien als Gegenprojekt 1960 die EFTA zusammen mit Dänemark, Norwegen, Schweden, Schweiz, Österreich und Portugal. Doch dieses Projekt hatte nicht den gewünschten Erfolg. Die ökonomische Position des englischen Kapitals verschlechterte sich weiter im Vergleich besonders zum BRD-Kapital, das auch in den EFTA-Ländern immer stärkeren ökonomischen Einfluß gewann. Erst beim 4. Anlauf war England bereit, der Integration mit gemeinsamem Agrarmarkt, gemeinsamer Kolonialpolitik

vorderster Front der „Neuen Ostpolitik“. Die Friedensideologie eines „neuen Deutschland“, die der westdeutsche Imperialismus heute aufbauen, ändert nichts an ihrem besonders aggressiven Charakter innerhalb der EWG. Der BRD-Imperialismus zur Durchsetzung seiner Ziele die Führungsposition an. Er verfiel die Politik der immer größeren Erweiterung, die Assoziierung besonders vieler Länder und Übergang zu Mehrheitsentscheidungen in der EWG unter dem Mantel der „Demokratisierung der EWG“ so ein größeres ökonomisches Potential in die Waagschale werfen

wird man über die Aufnahme von Ländern wie Israel, Spanien, Schweden etc. in die EWG verhandeln. Darüber hinaus sind bereits 38 Länder der 3. Welt „assoziiert“ (Assoziierungsabkommen). beinhalten im wesentlichen freien Warenaustausch d.h. billige Rohstoffe und Lebensmittelfreierungen für die europäischen Kapitalisten und bessere Möglichkeiten für ihren Export. Gleichzeitig wird den Kapitalisten der freie Kapitalexport garantiert. Diese immer weiterreichende Expansion der europäischen Kapitalisten wird die Widersprüche zu der Großmacht USA und zur Sowjetunion und andererseits zu den

Die Lage an den Schulen

Die SPD/FDP-Regierung hatte bei ihrem Amtsantritt 1989 versprochen, den Bildungsfragen erschlüssige Aufmerksamkeit zu widmen. Auch in der neuen Regierungsübernahme soll die „Bildungsreform“ wieder ganz oben stehen. Ginge es nach den Worten der sozialdemokratischen Politiker, so lebten wir geradezu in einem Zeitalter der „Priorität Bildung“.

Aber die Zustände an den Schulen, die von den Arbeiterkindern besucht werden, stehen inzwischen auf ein regelrechtes Chaos zu. Nach wie vor ist die überwiegende Mehrheit der Arbeiterkinder in dieser Gesellschaft von einer weitestgehenden Bildung, von der „Chancengleichheit“ ausgeschlossen.

In einem Villenvorort



Volks- und Realschule im Schulkreis 51; Übergangsquote auf's Gymnasium 53% (Ostern 70)

An den Schulen fehlen Lehrer. Der in den Stundenplänen vorgeschriebene Unterricht kann nicht erteilt werden. Darüber hinaus fallen durch Mutterschaftsurlaub und Erkrankung der Lehrkräfte in Hamburg täglich durchschnittlich 10% der Unterrichtsstunden aus. Allein um diese Verluste auszugleichen, wären in Hamburg etwa 600 Lehrer mehr nötig.

Aber am schlimmsten wirkt sich der Lehrermangel darin aus, daß die Schulklassen viel zu groß sind. An den westdeutschen Volksschulen sind in einer Klasse im Schnitt etwa 35 Schüler. Gerade die Kleinsten trifft es am härtesten: Im vergangenen Schuljahr hatten nahezu ein Viertel aller Schulanfängerklassen in der BRD 41 und mehr Schüler. Die bürgerlichen Pädagogen halten dagegen in den Grundschulen (1.-4. Klasse) eine Klassenstärke von 25 Kindern für sinnvoll. Wen wundert es da, wenn bei uns in einzelnen Bundesländern mehr als ein Viertel der Kinder schon am Ende des 1. Schuljahres sitzenbleibt und wiederholt?

Dazu kommt die beutliche Notssituation. Es fehlen Räumlichkeiten. Die vorhandenen sind nicht selten durch Schichtunterricht belegt, d.h. die Kinder bekommen abwechselnd vormittags und nachmittags Unterricht. In alten Stadtvierteln – schlimmer noch in Sanierungsvierteln – sind die Schulen vielfach um die Jahrhundertwende erbaut, verrotten und renovierungsbedürftig. Oft liegen sie direkt neben Fabrikanlagen und Hauptverkehrsstraßen und unterliegen dadurch schweren Geruchs- und Lärmbelästigungen.

In den neu errichteten „Trabantenstädten“ am Rand der Großstädte (Büllsch, Osdorf in Hamburg; Märkisches Viertel in Westfalen) werden die Schulen oft rückwärtig mitten in eine Grün- und Bäumezone geplant, obwohl hier – bei einer Planung nach menschlichen Gesichtspunkten – sicher genügend Platz vorhanden wäre.

An der Schule Berner Heerweg traten Eltern und Schüler in einen einwöchigen Wagnertrek, um die Bewilligung von Geldmitteln für Ausbau- und Reparaturarbeiten zu erzwingen. Die Schulgebäude, die zum Teil noch aus dem vorigen Jahrhundert stammen, sind völlig überaltert und unzureichend.

An der Schule Rellingerstraße wurde ein Pavillon in 16 m Entfernung von der Kinder Straße errichtet (das ist noch der Kennedy-Brücke die verkehrstechnische Straße in Hamburg). Schüler und Lehrer

müßten ihre gesamte Nervenkraft aufbringen, um sich überhaupt auf den Unterrichtsstoff zu konzentrieren.

Die Bewohner des Karolinenviertels leiden besonders schwer unter der Umweltverschmutzung: Überlärrender Gestank vom Schlachthof, Qualm einer Fleischfabrik, in der tagtäglich Abfälle verbrannt werden. Nicht etwa daß weniger die Kinder davon verschont bleiben. Die Schule Grabenstraße liegt direkt gegenüber von „Schraders Würstchen“ und nur einige hundert Meter entfernt vom Schlachthof – den beiden Hauptverantwortlichen für die Luftverpestung. Gerade die Kinder brauchen, um sich geistig und körperlich entfalten zu

Chancengleichheit?

Oberflächige Klassen, Unterrichtsausfall, überlastete Lehrer, unzureichende Räumlichkeiten, mangelhafte Ausstattung mit guten Lehr- und Lernmitteln, das ist die westdeutsche Schullage. Und das ist die Zeit der „Bildungsreform“. Ein einseitiger Ungleichheit zum Nutzen der Kinder ist unter diesen Umständen vielfach nicht mehr möglich.

Das trifft am härtesten die Arbeiterkinder und damit die Arbeiterklasse ganz.

Die Schulreform ist eine Misere aller Schultypen einschließlich der Berufsschulen. Aber an den Grundschulen ist sie am fälschlichsten. Denn nur fast für die meisten Kinder die Entscheidung über ihren Bildungsweg.

Die Kinder der höheren „Bildungsberechtigten“ können sich Schicksalserwartungen mit den Mäxchen viel besser fähig machen als die Arbeiterkinder. Die bürgerlichen Familien haben die finanziellen und zeitlichen Ressourcen, um ihre Kinder über die „Durststrecke“ der Grundschule zu bringen. Sie verstehen es, den eigenen Bildungsvorurteil ihren Kindern weiterzugeben. Diese Eltern können mühselos die Zeit aufwenden, um ihren Kindern bei den Schularbeiten zu helfen. Sie können mühselos das Geld aufwenden, um ihre Kinder mit den besten Lernmitteln auszustatten. Kommt das Kind trotz dem nicht recht voran, erhält es oben den teuersten Nachhilfeunterricht. Diese Kreise verstehen es auch, ihr Ansehen und ihren persönlichen Einfluß bei Lehrern und Schulleitern durch zur Geltung zu bringen, daß das Kind an der Schule auch die „gebührende“ Förderung erhält. In diesen Schichten ist es geradezu „modisch“ sich um schulische Probleme zu kümmern und private Selbsthilfeeinheiten (Betreuung der Kinder, Schülerbetriebe, Spendenaktionen) zu unternehmen – was den eigenen Kindern zugute kommt.

Eine Arbeiterfamilie hat nicht diese Möglichkeiten. Außerdem haben die proletarischen Eltern selbst ihre Schulzeit – zu recht – in so miserabler Erinnerung, daß sie es nicht von vornherein ablehnen oder sich nicht zutrauen, in die Ausbildung ihrer Kinder einzugreifen.

Denn schließlich sind die proletarischen Eltern selbst Opfer der kapitalistischen Bildungspolitik.

Chancengleichheit? Die Kinder aus „gut-bürgerlichen Haus“ gehen jedenfalls mit einem gewissen Vorsprung an

den Start. Und die Schulreform wirft die Arbeiterkinder noch weiter zurück.

Aber es ist nicht die materielle Notlage an den Schulen allein, die bewirkt, daß die Arbeiterkinder in dieser Gesellschaft von der Bildung prinzipiell ausgeschlossen ist. Es ist auch nicht nur die Tatsache, daß das Einkommen der meisten Arbeiterfamilien nicht ausreicht, um den Kindern eine weiterführende Ausbildung zu ermöglichen. Das gesamte System der bürgerlichen Bildung mit seinen Inhalten und Methoden steht der Arbeiterklasse feindlich gegenüber.

proletarischen Stadtvierteln wesentlich geringer als in bürgerlichen. Ebenso ist die Rückquote, die Zahl derjenigen, die nach einiger Zeit aufgeben und an die Volksschule zurückkehren, besonders hoch in den Eingangsgruppen der Gymnasien und hundertprozentig bei 12-15% Arbeiterkinder. Aber die Klassen auf den Gymnasien schrumpfen bis zur Oberstufe etwas auf die Hälfte zusammen. Auf wessen Kosten das geht, ist nicht schwer zu erraten. Die Zulassungsbefreiungen für die Hochschulen sind ein Vorzug. Der (soziale), Numerus Cliqu

In einem Arbeiterviertel



Volksschule Lanzstraße im Schulkreis 10 (Karolinenviertel, im Hintergrund der Schlachthof); Übergangsquote auf's Gymnasium 23% (Ostern 70)

Die bürgerliche Klassenschule

Die Schule ist kein gesellschaftlicher Freiraum und kann es niemals sein. Schülern und Lehrern steht die Machtfrage. Die bürgerliche Schule ist durch die Klassenherrschaft der Bourgeoisie bestimmt. Das bedeutet Bildungsvorteile für die Bourgeoisie und den höheren Mittelstand reaktionäre Bildungsinhalte, die der Volksschulbildung und -erziehung nicht aber der Volksbildung und -aufklärung dienen. Unterdrückung der Arbeiterkinder von bürgerlichen Kindern.

Die Arbeiterklasse muß sich im allgemeinen mit der Volksschulbildung begnügen. Die Fakten sprechen für sich. Die Zahl der Übergänge von der Grundschule zu weiterführenden Schulen ist in

aus bewirkt, daß unter den Studenten nur noch 6% aus proletarischen Familien kommen.

Die Arbeiterklasse ist an einer guten beruflichen und technischen Ausbildung interessiert. Dazu braucht sie naturwissenschaftliches und technisches Wissen sowie praktische Fertigkeiten. Es ist eine bekannte Tatsache, daß viele Kinder im Mittelstand reaktionäre Fertigkeiten mitbringen, die sie außerhalb der Schule gelernt haben, daß sie aber in der Schule vor elementaren naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten kapitulieren. Nicht etwa weil sie zu dumm dazu wären sondern weil dieses theoretische Wissen völlig losgerissen von seinem praktischen Bezug dargeboten wird (Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung).

Dieser Art von Wissen bereitet den Kindern nicht nur die größten Verständnisschwierigkeiten, es wird für die meisten von ihnen auch unbrauchbar in der späteren Berufstätigkeit.

Was die Entwicklung praktischer Fertigkeiten angeht, so ist es einfach festzustellen, wenn der Werkunterricht in den Grundschulen wochenlang darin besteht, Weichheitszettel und Osterhasen zu basteln, während für die Schulung handwerklichen Könnens die Ausstattung fehlt. Dabei sind Bemühungen einzelner Lehrer tatsächlich hervorzuheben, die wenigstens versuchen, auf die realsten Möglichkeiten des Besten zu achten.

Die Arbeiterklasse braucht umfassendes politisches und gesellschaftliches Wissen. Sie muß alles wissen über die soziale Lage, die Erfahrungen der Geschichte und die Kämpfe ihrer Klasse. An der bürgerlichen Schule wird die Exzess von Klassen nicht nur verweigert. Die Kinder werden durchmischt mit reaktionären Ideologien mit religiösen, nationalistischen, monarchistischen und faschistischen Gelehrnissen. Auch hier ist das Erbe der Naz-Zeit einleuchtend überliefert worden und das ist ein Zufall. Lehrer, die sich gegen diese Dinge wehren, sind von Berufungsveränderungen bedroht. Schulleiter, die dies nicht ganz so wenigstens darstellen, sehen eine reaktionäre Heizkampagne auf den Plan.

So zuletzt geschrieben im Fall eines Lehrkräfte für den Sozialwissenschaftlichen Unterricht, überliefert. (Hinter?) Dieses Buch steht dagegen fest, daß es in der BRD auch Mäxchen gibt, die Umweltverschmutzung, soziale Ungleichheit usw. und daß es auch eine „schwarze Welt“ zu sehen. Aber dieser zynische geht auf dem Boden dieser Gesellschaftsordnung.

Unterwegs

Was nützen die Bomben bei Springer?

Radeln auf der Informationsveranstaltung des Kommunistischen Bundes am 29. Mai 1972

1,50 DM

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

Im Abonnement DM 4,20 (6 Ausgaben incl. Porto) zu beziehen über VERLAG ARBEITERKAMPF J. Reine, 2000 Hamburg 13, Ratschbahn 35 – Zahlung bitte im voraus auf das Postcheckkonto Hamburg 240 505 J. Reine.

bleibende Versuch, den Schülern etwas mehr kritisches selbständiges Denken zu vermitteln, brachte den gesamten rechtsradikalen Propagandaapparat auf Hochtour: „Schulbuchkritik“, „radikale Schülerorganisation“, „marxistische Ausrichtung der Schulbücher“, „marxistischer Großangriff“ (CDU-Hessen), „Indoktrination“ (CDU-Hamburg). Da ist es nicht schwer zu erraten, welche eigenen Vorstellungen die CDU/CSU auf diesem Gebiet hat.

Die bürgerliche Schule zielt darauf ab, der Arbeiterkass in ihrer Jugend das Rückgrat zu brechen. Sprache, Erfahrungsschutz und Verhaltensweisen des proletarischen Kindes werden als minderwertig („proletarhaft“) diskriminiert.

So wird das Arbeiterkind isoliert. Das ständige Erlebnis des Mißerfolgs, die ständige Erfahrung, daß die Kinder höherer Schichten besser sind, soll in der Arbeiterschaft eine Haltung der Resignation vor schwierigen geistigen Anforderungen hervorrufen: „Du kannst du sowieso nicht, du bist ja nur ein Prolet!“ Solidarität, die Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln und gemeinsamem Widerstand, Selbständigkeit sind an der Schule nicht gefragt. Verlangt wird, der unterwürfige Streber, der dem Kleinbürgertum auf den Leib geschneitten, der Arbeiterschaft aber fremd ist. Das ist die „freie Entfaltung der Persönlichkeit“, die die Bourgeoisie der Arbeiterjugend zugeht hat.

Arbeiterkinder Schülern unter den Schülern selbst führen kann – ist die

Das ist der Punkt, wo die Rechtsradikalen mit ihrer Propaganda einsteigen. Springers „Hamburger Abendblatt“ überschreibt seine Leser in einer Artikelserie mit Grauel- und Horrorgeschichten von den Völkern und Rassen.

Hemmungslos überläßt sie Schilde- rungen von „Untertan“ und „Grausamkeit“ der Schüler („Die Zerstörung- nert hat keine Grenzen“) sollen den Eindruck erwecken, daß „kriminelle Elemente“ an den Schulen die Oberhand gewinnen.

Heute, Drogen, Linksextreme, Kriminelle – in der reaktionären Hetze gehört das untereinander zusammen – das macht angeblich den „Tatort (II) Schule“ (Bild am Sonntag) aus. (Bei den Nazis hieß es noch Juden, Bolschewisten, Ge- schlechtskranke).

Springers Blätter können sich dabei tatsächlich auf eine gewisse Schicht von Lehrern, Eltern und Elternräten stützen, gerade auf solche aus „gebildeten Kreisen“, gerade auf solche von den „Jume- nistischen“ (?) Gymnasien.

Der gewünschte Effekt ist, in der Bevölkerung den Ruf nach „Recht und Ordnung“, nach der „starken Hand an den Schulen“ zu verankern. Die Rechts- radikalen wollen den Charakter der Schule als einer Zwangsanstalt rück- wärts und mit härtesten Disziplinar- maßnahmen durchsetzen. Selbst die kleinsten reformistischen Ansätze selbst liberale pädagogische Überzeugungen und Versuche sollen im Keim erstickt werden. Das liegt auf der Linie der Faschi- sierung von Staat und Gesellschaft, die von den Kapitalisten betrieben wird.

Leider bleibt diese Hetze auch in Teilen der proletarischen Elternschaft nicht ganz erfolglos. Diese Eltern werden mit den Schwierigkeiten und Konflikten bei der Erziehung ihrer Kinder nicht fertig und verlangen von der Schule, daß sie den Kindern „anständige Sitten“ beibringt („Geben Sie dem Jungen mal ein- blick in die Löffel, ich kann es nicht“).

Der Trick der Rechtsradikalen ist, daß sie bewußt Ursache und Wirkung genau

umgekehrt darstellen. Klassen werden so- noch einmal vor Augen gehalten. Klassen von 40 und mehr Schülern; überlastete, mangelhaft ausgebildete nervöse Lehrer, die froh sind, wenn sie halbwegs über die

Runden kommen, aber sicher aufstehen- die, gerade die zurückbleibenden benach- teiligten Kinder zu fördern; Zustände, die an den Volksschulen dazu führen, daß vielen Kindern nicht einmal die elementarsten Fähigkeiten des Lesens, Schreibens und Formulierens beige- bracht werden können. Aber wenn sich einzelne Schüler spontan – mehr instink- tiv als bewußt – dagegen auflehnen (und nicht anderes steht hinter den sog. „Disziplinierwierigkeiten“), dann verlangt man von ihnen, daß sie „ver-

nünftig“ „maßvoll“, „konstruktiv“ (!) reagieren. Das verlangt man von Schü- lern, die wissen, daß sie den Sprung zur höheren Bildung nicht schaffen können, die spüren, daß sie auf dem Absteigreis

Aber das „Hamburger Abendblatt“ geht noch weiter: „Häufiger als ange- nommen, liegt die Ursache für einen pädagogischen Konflikt aber auch in einem organischen Schaden. Über den

schweigen die Angaben zwischen 3 und 20%. Psychologen betonen, daß leichte- re hirnorganische Schäden problemsch-

Schaden seien sofort als solche zu erken- nen. Leichter hingegen werden oft als charakteristische Mängel, Verhaltensstö- rungen oder Bösartigkeit mißgedeutet.“ Das

„Abendblatt“ bezog sich dabei auf einen Herrn Dr. Bärchli.

Und weiter: „Jedoch wird niemand zugeben, daß ein Kind einen darantigen Schaden haben kann, und darauf geht die Mutter lieber in die Schule und überläßt die Lehren, statt sich selbst und ihr Kind einem Psychiater vorzu- stellen“ (Dr. Hein im „Abendblatt“).

Lernschwierigkeiten und Verhaltens- störungen sind nicht als Folge untrüg- licher Zustände unter denen die Kinder aufwachsen, sondern als Folge organischer Schäden, eines angeborenen Hirn- fehlers oder ähnlichem.

Mit was für einer Leichtfertigkeit sind diese Leute bereit, anderen Menschen Verantwortlichkeit zu unterstellen, wenn sie nicht in ihr Bild von „nor- malen Verhaltensweisen“, „Ordnung und Disziplin“ passen. Ihr Kind hat Schwie- rigkeiten im Unterricht? Dann unter- lassen Sie es gefälligst, Lehrer und Schule damit zu belasten. Schicken Sie es zum Psychiater und gehen Sie am besten gleich selber mit, denn da gehören Sie doch hin!

Für solche „wissenschaftlichen“ Un- versicherheiten tragen diese Herrsch- nach noch einen Dokortitel mit sich herum.

Hier wird letzten Endes mit dem Ironiehauch gedroht. Eingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf frühere Be- strebungen der CDU in Nordrhein-West-falen, die in die gleiche Richtung zielen. Es ging damals um eine Gesetzgebung, die es ermöglichen sollte, jemanden als Psychopathen anzusehen.

Eine solche „Anzeige“ sollte dann sofortige psychiatrische Zwangsunter- suchung bzw. Behandlung zur Folge ha- ben.

Solche Methoden haben die Faschi- sten immer angewandt, um politische Gegner oder einfach nur unkooperative Menschen auszuschalten.

Die Vorschläge, die die heutigen Fas- chisten zur „Lösung“ des Schulpro- blems unterbreiten, gleichen ihnen be- nahe aufs Haar.

Demgegenüber kommt es darauf an, daß sich die Eltern voll und ganz für die Kinder stellen und sich auch für deren Interessen einsetzen. Denn nur ein Kampf gegen die schützenden Milieus liegt die Lösung des Problems nicht aber darin, daß dann Milieus mit brutaler Härte auf Kosten der Schüler zerstört und vernichtet werden.



Griechische Schulkinder in der BRD: Das Obristenregime schickt faschistische Lehrer und faschistische Schulbücher. Die westdeutsche Kutschmann-Konferenz weigert sich einzuschreiten!

„Disziplinlosigkeit“ und „Verwahrlosung“ – die Propaganda der Rechtsradikalen

Die feindliche Haltung, mit der die bürgerliche Schule den Arbeiterkindern gegenübertritt, bleibt nicht ohne Wirkung auf die unterdrückten Kinder. Resignation, Zweifel an sich selbst, frühzeitiges Aufgeben – das ist die eine Seite. Empörung und Wut, die sich in der Zerstörung schulischer Einrichtungen Luft macht, Aggressivität, die bis zu



Arbeiterkampf

Im Abonnement DM 4,80 (6 Ausg. incl. Porto) zu beziehen über VERLAG ARBEITERKAMPF J. Reents, 2000 Hamburg 13, Rutschbahn 36. Zahlung bitte an Voraus auf das Postcheckkonto Hamburg 240 505 J. Reents

Schulkampf in Altona

Einzelne Eltern verschiedener Altona-er Schulen – Altona ist ein vorwie- gend von Arbeitern bewohntes Ham- burger Stadtviertel – erkennen nicht nur die miese Lage ihrer Kinder an der Schule, sondern auch, daß sich die Eltern selbst um eine Verbesserung dieser Dinge kümmern müssen. Sie besprechen die Probleme auf Elternabenden und for- dern in einer Vielzahl von Gesprächen und Briefen von der Schulbehörde die Ein- stellung fehlender Lehrer, Verkleinerung der Klassen, Renovation, Ausbau und Vergrößerung der Schulen, Einrichtung neuer Klassen, regelmäßige Lehrersprech- stunden usw.

Nur dadurch, daß diese Diskussionen brei- tet in die Elternschaft getragen wurde, daß alle Eltern nicht nur die Lage an den Schulen kennenlernten, sondern auch Forderungen aufstellten, war es möglich, eine aktive, kämpferische Politik im El- ternrat durchzusetzen.

Es wurden Verbindungen zu anderen Schulen aufgenommen und die Basis für den Schulkampf verbreitert.

Mit Beginn des neuen Schuljahres im Herbst 1972 hat sich die Lage an den Schulen merklich verschlechtert. Die von der Schulbehörde in Aussicht gestellte Ein- stellung von fehlenden Lehrern ist nicht erfolgt. Insgesamt sieht es sogar so aus, daß der Lehrerbefehl größer gewor-

den ist. Dabei ist es noch gar nicht so lange her, daß die Schulbehörde gezielt Ge- rüchte über eine angeblich bevorstehen- de „Lehrerschwerkrise“ in Umlauf gesetzt hatte. Dieses Gerücht diente der Behörde dazu

1. die Einführung des **Mythen Clau- gins** an den Hochschulen zu rechtfertigen (d.h. die Einschränkung der Zahl der Lehrerstunden)

2. die **Reinigung** durchzusetzen. Die Behauptung, es bestehe ein Überfluß an Lehrkräften, war das sicherste Mittel, politischen Druck auf die Lehrerschaft

auszuüben. Angst um den Arbeitsplatz zu verbreiten und die kritischen, demo- kratischen und kommunistischen Lehrer zu isolieren.

Auch heute besteht wieder Unsicher- heit darüber, ob zum 1. Februar 73 alle ausgebildeten Lehrer in den Schuldienst **eingesetzt werden**.

Diese Vorgehen der Schulbehörde legt ihre Absichten und ihre Auftragge- ber bloß. Die herrschende Kapitalisten- klasse billigt der Arbeiterklasse nur soviel an Ausbildung zu, wie ein Lohnarbeiter in der Produktion braucht – und keinen Deut mehr. Darum berechnet die Schul- behörde den Lehrerbefehl so knapp, daß der Schulbetrieb gerade noch auf- rechterhalten werden kann, nicht aber so, wie es für **den Unterricht** der Kinder nötig wäre.

Die Eltern waren nun aber nicht länger bereit, sich von der Schulbehörde durch Beschränkung des „guten Willens“ hinhaken zu lassen.

Der Aufbruch Kampfmaßnahmen wie Demonstration und Schulkampf wurde besonders unter den proletarischen El- tern immer lauter. So wurden auch kleinbürgerliche, opportunistische El- ternräte, die vor vorgehenden Maß- nahmen eher zurückschreckten, durch die **Streik** gezwungen, sich auf Be- stimmungen mitzugeben. Die Eltern- schaft stellte sich dort geschlossen hinter ihren Elternrat, so daß sich konse- quent für die Interessen der Kinder und Eltern eingesetzt habe.

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Schulbehörde einem Streikbeschluss nach auf der Elternversammlung zuvor indem sie durch ihre Schwäche die Ein- stellung weiterer Lehrer zugesagt hätte. Aufgeschreckt durch den Kampfschrei der Altonaer Eltern weist die Schulbe- hörde auch weiteren Schulen in Altona gerade soviel Lehrkräfte zu, daß die Wogen gelähmt werden.

Die Eltern bleiben jedoch wehrsam. Sie haben durch ihre Erfahrungen ge- lernt, daß ein der Schulbehörde nicht trauen können. Sie werden sich aufmerk- sam darüber wachen müssen, daß diese im Kampf durchgesetzten Verbesserun- gen nicht im nächsten Frühjahr wieder abgebaut werden, und daß schwächende **Elemente** der **Einrichtung** der Schulen nicht **entfernt** werden.

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

SPD und FDP: „Erpressung!“

Die Reaktion der Schulbehörde so- wie der Hamburger SPD und FDP auf die Kampfmaßnahmen der Altonaer Eltern war offensichtlich. Hauptziel war es, die Eltern und vor allem gegen die Schulstreik. Man wurde sich durch den „Druck der Straße“ nicht „erpressen“ lassen. Schon in früheren Stellungnah- men hatte die Schulbehörde die Eltern als „unvernünftig“ bezeichnet. Auf öffentlichen

Veranstaltungen der **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Die **Schulbehörde** hat sich nicht nur 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern be- schlossen einstimmig den Schulkampf, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbe- hörde zu, daß

Fortz. nächste Seite

gegen die Schulmiserie. Sie bringen die Misstände an die Öffentlichkeit, zwingen die bürgerlichen Politiker Farbe zu bekennen und tragen dazu bei, die Schulpolitik des Staates zu entlarven. Sie schaffen Solidarität in der Elternschaft, vermitteln ihr Kampferfahrungen und sind Vorbild für andere Schulen. Sie ermöglichen es den Eltern, herauszufinden, welches ihre Freunde sind und welches ihre Feinde, und wo die schwenkenden Kräfte in den eigenen Reihen sitzen.

Die Schulbehörde wird mit allen Mitteln verurteilt, die kampfbewußten Elternräte von den Eltern zu isolieren, den Elternrat zu spalten, die Einheit der Eltern zu zerstören. Dabei stützt sie sich im wesentlichen auf Schulleistungen und rechte sozialdemokratische Kräfte unter Lehrern und Eltern.

Aus besonders übel ist der Versuch der CDU/CSU zu verstehen, sich hier und da bei der Elternschaft anzubiedern. Das muß vor dem Hintergrund von 20 Jahren CDU-Bildungspolitik gesehen werden, in denen der Grundstein für die heutige Bildungsmiserie gesetzt worden ist. Die soziale Demagogie, die von dieser Seite betrieben wird, ist ohne Zweifel die widerlichste.

Die GEW – „Vorkämpfer für die Bildungsreform“?

Die Schulkämpfe in Altona verliefen völlig unabhängig von der Lehrgewerkschaft GEW. Denn die GEW hatte weder unter den Lehrern noch unter den Eltern irgendeine politische Arbeit geleistet. Ja noch nicht einmal eine aktive gewerkschaftliche Arbeit an der eigenen Basis zuwege gebracht. Als aber die Stimmung und die Kampfbereitschaft der Eltern nicht mehr zu übersehen war, versuchte sie rasch an die Spitze der Bewegung zu springen. Sie gab sich zwar verbeiradikal, „vertrieb“ aber vor „isolierten“ Schulpirells und empfahl den Elternräten statt dessen ihre „langfristige“ Reformpolitik. „Höhepunkt der Elternaktivitäten sollte die Teilnahme an einer von der GEW veranstalteten Podiumsdiskussion mit Vertretern der bürgerlichen Parteien sein. Die GEW versuchte, die Bewegung doch noch unter Kontrolle zu bringen. Es liegt auf der Hand, daß solche Manöver nur der Schulbehörde nutzen können. Die Eltern haben sowieso Grund genug, der GEW von vornherein zu mißtrauen. Faktisch ist die GEW-Führung Sprungbrett für höhere Posten in der sozialdemokratischen Schulbehörde (z.B. in Hamburg Landeschulrat Neckel).

Bei den Elternräten konnte die GEW mit solchen Praktiken nicht landen. Die GEW-Führung wird aber auch unter den eigenen Mitgliedern mit Widerstand gegen diese Politik rechnen müssen.



Frankfurt: Mehr als 5.000 Schüler, Lehrer und Eltern demonstrierten am 16.5.72 während der Schulzeit gegen die Bildungsmiserie. Das Kultusministerium kündigte den teilnehmenden Lehrern Gehaltsentzug für die ausgefallenen Unterrichtsstunden an und drohte mit „weiteren Konsequenzen“.

„Macht die DKP stark“?

Die DKP hatte schon sehr früh versucht, aus den Bewegungen in der Altonaer Elternschaft Kapital für ihre Partei zu schlagen – und war damit auf den Bauch gefallen. Solche aktivistischen Bestrebungen („Macht die DKP stark“) stehen durchaus im Gegensatz zur Sache, um die es geht. So hatte das DKP – besonders in der Zeit ihres Düsseldorf-Perestroika – vor mit Veranstaltungen und Aktionen schnell kurzfristige, spektakuläre Erfolge zu erzielen, während es noch darum ging, eine möglichst breite Kampffront aufzubauen, um „Nägel mit Köpfen“ zu machen, im Interesse der Sache liegt es, eine Konsequenz, beharrliche Arbeit an der Basis durchzuführen, nicht aber mit spektakulären Aktionen zu provozieren, die sich

langfristig als Niederlagen erweisen, wenn sie isoliert und zu früh organisiert werden.

Den Klassenkampf allseitig führen!

Die Schulkämpfe sind heute noch auf die Beherrschung des Lehrermangels und der „schlechten Unterrichtsqualität“ reduziert. Die Motive, die die Eltern zum Eingreifen veranlassen, bestehen häufig aus kleinbürgerlichen Illusionen für die Kinder einen gesellschaftlichen Aufstieg zu erreichen. „Mein Kind soll mal was besseres werden...“ Einer solchen Bewegung sind aber Grenzen gesetzt. Die Eltern haben eigentlich nur einen klaren Teilaspekt, die Spitze eines ganzen Eisbergs zum Inhalt ihrer Kämpfe ge-

Es kommt darauf an, den Schulkampf auszuweiten auf die reaktionären Bildungsinhalte und -methoden, auf das ganze System der Benachteiligung und Unterdrückung der Arbeiterkinder und den Kern der Sache in den Mittelpunkt zu rücken. Den Klassenkampf der bürgerlichen Schule.

Der Klassenkampf findet – unabhängig vom Willen des Proletariats – in allen

bei Behörde und Lehrer für das Interesse ihrer Kinder eintritt. Ihre Kraft liegt im gemeinsamen Handeln in geschlossenen Auftritten der Klasse. Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es, den Kampf an allen Fronten aufzunehmen und alle diese Kampfmomente zu vereinen zu einem einzigen mächtigen Strom gegen die kapitalistische Unterdrückung.



Nürnberg: Realschüler demonstrieren für eine Turnhalle



Kinder haßten große Klassen! Demonstrationen gegen die Schulmiserie in Nürnberg

gesellschaftlichen Bereichen statt. Solange die Arbeiterbewegung irgendeinen Bereich vernachlässigt, bedeutet das letztlich Spiel für den Klassenkampf „von oben“ von der Bourgeoisie. Daß der Klassenkampf „von oben“ auch an der Schule zunehmend heftiger wird, findet seinen schärfsten Ausdruck in den Bestrebungen der Bourgeoisie zur Fachisierung der Ausbildung.

Stärkung der Arbeiterkinder wäre es jedoch, den Schulkampf allseitig zu führen. Die proletarischen Eltern können sich nicht darauf beschränken, gegen

Die ARBEITERKAMPF wird auch in Zukunft bemüht sein, über Fragen der Schule und der Ausbildung allgemein zu berichten. In einer der nächsten Ausgaben werden wir über die neuesten sozialistische Forderungen an die Schule berichten, d.h. über das veränderte Wirken und die neuen reaktionären Kräfte unter Lehrern Eltern und Schülern in Verbindung mit der CDU/CSU und der Springer-Pressen z.B. ständige Lehrerorganisation „Bund „Freiheit der Wissenschaft“, Jürgen Thoen u.a.

Forts. nächste Seite

Unser Weg

Von Pinelli zu Feltrinelli

Eine Untersuchung der Zusammenhänge und Hintergründe um die Bombenanschläge des 12. Dezember 1968 in Italien. Anfangs wurde versucht, die Anschläge des „Anarchisten“ zu erklären. Inzwischen ist klar, daß sie auf das Konto der Faschisten gehen. Diese Verbrechen spielen im Rahmen des Vorhabens der italienischen Bourgeoisie, den „heißen Herbst“ 1969 zu beenden und die Arbeiterklasse wieder in die Defensive zu drängen, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Wachstumsrate der Arbeiterklasse hatte zur Folge, daß dies nur „unzureichend“ gelang und die Hintergründe andert werden konnten. Nun versucht die bürgerliche Presse Italiens massenweise, eine Verbindung der Organisation der bürgerlichen Arbeiter mit den Faschisten zu unterstellen.

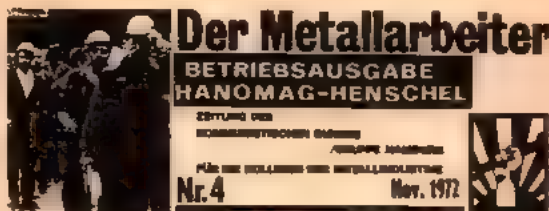
1,50

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

Im Abonnement DM 4,20 16 Ausgaben inkl. Porto! zu beziehen über: VERLAG ARBEITERKAMPF J. Reents, 2000 Hamburg 13, Rutschbahn 35 – Zahlung bitte im voraus auf das Postcheckkonto Hamburg 240 595 R. Reents

Refa-Mann rausgestreikt!

Bericht der Betriebszelle Hanomag-Henschel, Hamburg



sondern um eine Sache, die uns alle angeht, sagten sie sofort ja. Einige der ausländischen Kollegen konnten aufgrund von Sprachschwierigkeiten zwar nicht sofort verstehen, worum es genau ging, aber wie einer von ihnen sagte: „Wenn die Deutschen schon mal streiken, dann ist es meistens Last schon zu spüren. Wir machen natürlich mit.“

Um 9 Uhr war es dann soweit. Wir stellten alle Maschinen ab und versammelten uns bei der Stempeluhr. BR-Vorsitzender Paulsen stellte sich auf einen Tisch und erzählte, was der BR bisher in der Meister-Geschichte erreicht hatte.

Kellner hatte erklärt, das ganze sei ein Missverständnis. Meier habe gar nicht gestoppt, was eindeutig verboten ist, sondern nur die Laufzeit der Maschine kontrolliert. Ob er das dürfte, sei aus den Gummiparagrafen des Lohnmahnungsvertrags nicht klar zu sehen. (Hier wird uns klar, wenn solche Verträge und Gesetze dienen: nicht uns, sondern den Kapitalisten.) Darum habe die IGM die Schiedsstelle angeregt, die das klären soll. Bis dahin, so hätten BR und Geschäftsleitung abgemacht, dürfe Meier weiter in der Halle „arbeiten“, allerdings ohne Uhr. Und jetzt sollten wir nun wieder an die Arbeit gehen.

Das hätte doch aber heißen, daß wir kapituliert und die Sache den Juristen und Richtern der Kapitalisten überlassen.

Darum forderten wir, daß Kellner selbst bei uns erscheinen sollte. Der kam dann auch nach wenigen Minuten mit hingender Zunge angepöbel. Als er in die

Halle kam, lief er erst mal an uns vorbei auf die Meisterbude zu. Doch wir riefen ihn gleich zurück. „Auf den Tisch!“ verlangten wir. Er stäubte sich mächtig und als er dann doch aufgestiegen war, kam er schnell wieder runter, weil er nicht „schwindelfrei“ sei.

Zunächst versuchte er, uns auf die väterliche Tour zu kommen. „Ich habe gehört, Sie haben da noch ein paar Fragen?“ „Das nun nicht gerade“, meinte ein Kollege, „wir wollten Ihnen an sich nur sagen, daß wir nicht wieder anfangen, bevor der Herr Meier hier für immer verschwindet.“ Als wir auch auf solche Sprüche wie „Ihr könnt doch dem Herrn Meier nicht die Klammer runternehmen“ und „wenn ich den rauslasse, kann ich auch meinen Hut nehmen“ nicht anfechten mußte er sich auf eine andere Taktik vesorgen.

„Der Meier stört doch den Betriebsfrieden. Wenn wir das machen, ist das ein Grund zur Kündigung. Das steht im BetrVG.“ Richtig, da steht das. Die Sache hat bloß einen Haken. Dieses Gesetz ist nicht gegen die Kapitalisten, sondern gegen die Arbeiter gerichtet. Herr Meier ist lebender Angstspender und kann den „Betriebsfrieden“ stören, solange es den Kapitalisten paßt. Für ihn gilt das BetrVG nämlich nicht!

Hier muß mal klar gesagt werden. Der Meier ist keiner von uns! Wir haben als Arbeiter prinzipiell keine anderen Interessen als die Angestellten, etwa im Lohnbüro. Aber Meier und die anderen

Herren im Auszug sind lebende Angestellte. Sie sind bewußt eingesetzt, um uns zu unterdrücken. Und wenn sie diesen Job annehmen, dann müssen sie auch wissen, daß wir keine Rücksicht auf ihre Karriere nehmen können, wenn sie die

Dann schlug Kellner vor, wir sollten an kleinen Kreisen, so 6-8 Mann, die Sache mit ihm ausdiskutieren, während die anderen schon wieder zu arbeiten anfangen. Doch wir machten ihm klar, daß keiner anfängt, bevor der Fall erledigt ist. Nun erkannte Kellner wohl, daß wir uns doch nicht überlegen lassen würden. Einen längeren Produktionsstopp konnte er auch nicht riskieren. Also mußte er unsere Forderung voll akzeptieren. Meier darf die Halle nicht mehr betreten, wenn er das trotzdem macht, sofortige Arbeitsniederlegung.

Unsere Maßnahmen planen

Eins ist klar. Die Geschäftsleitung ist von dieser Aktion völlig überrascht worden. Gerade in der Dreherei, wo die Kollegen baut zusammengezwängt sind, wo überwiegend Ausländer arbeiten, hatten sie eine so organisierte Aktion sicher nicht erwartet.

Uns hat dieser Streik mehr gebracht als hundert Diskussionen. Wir wissen jetzt, daß wir das Kämpfen nicht auf unsere Vertreter abschreiben können. Allerdings müssen da Kollegen sein, die etwas organisieren können. Wir haben gesehen, daß es die in unserer Abteilung durchaus gibt. Das sollten wir uns für die nächsten Vertrauensleute-Mitwahlen merken. Was wir auch merken sollte: Die Sache betrifft nicht nur die Dreherei.

Darum haben Kollegen von uns die Vertrauensleute aus anderen Abtei-

lungen verständigt. Einige, die meinten, das gehe sie nichts an, knietten von ihrem Kollegen Dampf: „Dann geh mal gleich zum Betriebsrat und gib deinen Posten ab.“ So standen 15 Vertrauensleute mit uns bei der Stempeluhr. Die Geschäftsleitung mußte befürchten, daß, wenn es hart auf hart geht, die Dreherei nicht alleine steht, sondern die Kollegen in den anderen Abteilungen auch die Sachen hinschmeißen. Her tag allerdings auch der Mangel der Aktion, das Erscheinen der Vertrauensleute war nicht vom VK organisiert, sondern mehr zufällig. Und außerdem wurde die Aktion hinterher viel zu wenig bekannt. Wie wäre es, wenn der VK mal ein Flugblatt bringen würde? Denn auch die Geschäftsleitung hat aus dieser Aktion gelernt. Wir werden in nächster Zeit einiges zu erwarten.

Und Kellner hat ja schon den Anfang gemacht.

Denn was sollte das wohl, als er zwanzig vor sieben in der Dreherei hochkam und kontrollierte, wer schon vorzeitig Mittag machte? Und sich dann von den zwanzig Kartenspielerinnen drei rausgriff und notierte. Als aber am nächsten Tag die drei in die Meisterbude gerufen wurden, gingen die anderen alle mit. So lief die Standpaule, die Herr Kellner mit Unterstützung des Personalchefs Stöbel halten wollte, einigermaßen glimpflich ab. Die Besprechung in der Meisterbude am Montag liegt auf der gleichen Linie. Unsere Vorarbeiter sollen Dunst kriegen und gegen uns ausgespielt werden. „Die sind doch sicher wegen der Sache mit Meier“ und „Die wollen was bloß einschmichern.“ Das sehen wohl alle. Aber „wenn die uns so kommen, dann boykottieren wir ganz einfach mal die ständigen Überstunden am Sonnabend“.

Meier ist jetzt bei Mindemann. Als er bei Sterzenbach mit der Hand in der Tasche stehen blieb, hörten die Kollegen am Karussell auf zu arbeiten und riefen im Chor: „Hand raus!“ bis er sich verdrückte.

'Schlüsselrolle der Lehrer'?

Fortsetzung von Seite 16 zum Artikel „Die Lage an den Schulen (Schulkampf in Altona)“

Das behauptet jedenfalls die GEW: „Der Lehrer kommt ... eine Schlüsselrolle zu. Sie müssen die Eltern aus ihrer Apathie und Resignation reißen.“

Der DGB scheint sich dieser Auffassung entschließen. Denn die Industrievergewerkschaften weitgehend politische Enthaltsamkeit über (ausgenommen die Frage der Berufsschulen), fällt der GEW innerhalb der DGB faktisch das „Monopol“ auf diesem Gebiet zu. Die GEW ist aber eine Lehrer-gewerkschaft, Schulkampf also eine Sache der Lehrer?

Solche „Theorien“ — daß die „politisch bewußten Intellektuellen“ der „trüben Arbeiter wehrlosen oder gar daß sie mit einer „revolutionären“ bzw. „antikapitalistischen Berufspraxis“ der Arbeiterbewegung auf die Sprünge helfen müßten — kennt man auch aus einer anderen Ecke: als typisch studentische, „super-„linke“ Überlegungen.

In Altona jedenfalls war es genau umgekehrt. Hier waren die Eltern bemerkt, den „apathischen“ Lehrern Dampf unter dem Hintern zu machen. Unter dem Druck kämpferischer, geschlossener auftretender Eltern, war die Reaktion der Lehrer im allgemeinen: „Ich kann zwar nicht mitmachen ... mein Beamtentatus ... aber meine Sympathie ... sie wissen schon.“

Damit hielten sich die Lehrer aus der Sache raus. Eine solche Haltung läßt nämlich alles offen. Wer garantiert den Eltern, daß die Lehrer nicht hinter ihren Rücken gegenüber der Schulbehörde die gleiche Heftigkeit an den Tag legen? „Aber Herr Schultze, Sie kennen doch meine Loyalität! — Sie wissen schon.“

Die Arbeiterbewegung weiß schon, was sie mit den Eltern und

bizarren Erfahrungen, wie leicht diese Kleinbürger umkippen und wie wenig ihnen zu trauen ist! Von einer „Führungsrolle“ dieser Herren kann gar keine Rede sein.

Das wird von ihnen auch nicht erwartet. Das mindeste aber, was die Eltern von den Lehrern verlangen können, ist, daß sie genaue und detaillierte Informationen über die Lage an der Schule geben und sich nicht von der Schulbehörde für Intrigen einspannen lassen.

Grundsätzlich ist der Lehrer in der kapitalistischen Gesellschaft ein Angestellter der Bourgeoisie. Dafür wird er mit sozialen und materiellen Privilegien gekauft, dafür lockt ihn die Bourgeoisie mit der Möglichkeit einer individuellen Karriere. Und wenn er sich dieser Rolle nicht fügt, droht sie ihm mit Repressalien bis zum Verbot, seinen Beruf auszuüben. Die Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren, sind für die Lehrer nur gering.

Aber es macht doch einen Unterschied, ob ein autoritärer Lehrer die Kinder zur Duckmühserei erzieht, oder ob der Lehrer versucht, eigene Initiativen unter ihnen zu fördern. Ob er sie durch Schläge einschüchtert oder ob er sich bemüht, ihnen das Gefühl zu geben, daß man sich auch um sie kümmert. Ob er die zurückbleibenden Kinder als „Dummköpfe“ beschimpft („Dass Vater ist Arbeiter? Kein Wunder!“), oder ob er sie wie die anderen schert. Ob er die Kinder zu feindschaftlichen Verhaltensweisen erzieht — Ideologie des „Stärkeren“, Verhöhnung des „Schwächeren“ (Sport) — oder ob er Solidarität unter ihnen fördert. Ob er gegen den „Rassenschmerz“ und die „gelbe Gefahr“ hetzt, oder die Möglichkeit zur eigenen, kritischen Meinungsbildung gibt. Und es macht einen Unterschied, ob

ein Lehrer die Eltern in die Schule begleitet, sie stundenlang wartet läßt, um sie dann in arroganter Weise abzuankeln, oder ob er zu einer guten Zusammenarbeit bereit ist.

Auch im Alltag steht für den Lehrer die Frage, auf wessen Seite er sich stellt. Wenn er sich für die Sache der Arbeiterkinder entscheidet, sich für die benachteiligten Arbeiterkinder einsetzt und im Kampf gegen die Schulmeierei die ihn ja ebenso betrifft — solidarisch zu den Eltern hält, wird er sich zwar eine Menge Unannehmlichkeiten und Feinde schaffen. Die Schulbehörde wird versuchen, ihn auszuschalten, den Zugang zu den „höheren“ gesellschaftlichen Kreisen wird ihm verweigert. Aber er wird einen Unterricht mit den Kindern und nicht gegen die Kinder machen können. Seine Schüler werden hinter ihm stehen, und die Elternschaft wird ihn vor Repressalien schützen.

Und für die Lehrer selbst ist das der einzige Weg, gegen ihre eigene Unterdrückung — nach oben drücken, nach unten treten zu müssen — anzugehen.

LESERBRIEF

An die Redaktion des „Arbeiterkampf“

Unter anonymem Abender „Lehrung“ erhielten wir folgenden Leserbrief von der Bute, ihn in der

Zeitung zu veröffentlichen „um anderen Lehrlingen klarmachen, was auch ihnen passieren kann („Namen können wir leider nicht nennen, da die betreffenden Lehrlinge sonst mit Schwierigkeiten rechnen können“). — Aus dem Leserbrief

AEG versuchte Lehrling auslernen zu hindern

Nach § 40 Berufsbildungsgesetz und § 37 HwO haben die Auszubildenden im Metallhandwerk die Möglichkeit ihre Ausbildungszeit zu verkürzen (Facharbeiterbrief zu erlangen). Doch die Firma AEG-Telefunken beschneidet dieses Recht in mindestens einem Fall. Der rechtsmäßige bürokratische Ablauf geht folgendermaßen

I. Die Einverständniserklärung der Eltern an die AEG zum früheren Auslernen

II. bestimmte das Ausbildungswesen (AW) einen Tag, an dem die Lehrlinge ihre Anmeldeformulare zur Facharbeiterprüfung bekommen sollten. Für diesen Tag war vom Betriebsrat ein Jugendunterricht angesetzt worden. Dieses war dem AW durch ein Rundschreiben vorher bekannt. Die Jugendvertretung erreichte, daß am neuen Termin für die Formularübergabe bestimmt werden sollte. Eine Woche später bekamen die Lehrlinge diese Formulare nebst einem Brief zugeschockt. Denn wurde ihnen vorgeworfen, den von der AEG bestimm-

ten Termin nicht eingehalten zu haben. Mangel Information standen die Lehrlinge nun vor dem Problem, die Anmeldeformulare auszufüllen, was zur Folge hatte, daß einige Formulare falsch ausgefüllt wurden.

III. Eines dieser Formulare wurde von der AEG nicht an die Industrie- und Handelskammer (IHK) weitergeleitet. Stattdessen bekamen die Eltern des Lehrlings einen Brief. Das AW teilte darin mit, daß ihr Sohn wegen zu vieler Fehltag von der AEG „lediger“ nicht angemeldet werden kann. Diese Fehltag wurde durch einen Krankheitsantrag und Nachuntersuchungen verursacht. Wie viele andere waren auch diese Eltern der Rechtslage nicht bewußt. Der Lehrling, in dieser verzweifelter Lage, ging daraufhin zu seinem Berufsschullehrer und fragte diesen, ob das rechtlich möglich ist. Der Lehrer, über diesen Vorstoß verwundert, gab dem Lehrling den Rat, sich an die IHK zu wenden. Die IHK setzte sich daraufhin mit dem AW von der AEG-Telefunken in Verbindung.

IV. Durch Rücksprache mit dem AW stellte sich heraus, daß alles ein Irrtum sei. Nachdem der Firma in diesem Fall rechtlich nicht haltbares Verhalten vorgeworfen wurde. Der Antrag soll jetzt der IHK zugestellt werden.

V. Für die Firma war es „nur ein Irrtum“, für den Lehrling wäre es 1/2 Jahr Ausbildung mehr. Das heißt ca. 6.000 DM Verlust für den Lehrling.



Arbeiterkampf

Ab 1.12.72: Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Eigenständige Klassenpolitik entwickeln!

Vitalkarifunde 72/73



Proletariat aller Länder vereinigt Euch! Weg mit den KPD-Verrot! KPD

WAHRHEIT

Tarifikampf vorbereiten!

Rote Fahne

Proletariat aller Länder vereinigt Euch! 1972

MIT DEM KABD GEGEN DIE MONOPOLPARTEIEN!

Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLAND (KPD)

Gegen Strauß 2.3 STRECKE 2.6 Kgypten 2.6 Korea 2.7

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

ORGANISIERT IN DIE TARIFRÜNDE

Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

KEINE TEILNAHME

an Europäischer Un-Sicherheitskonferenz.

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD in der DDR

Wie sich das Z... eigenen Schopf au...

Eine Reihe örtlicher kommunistischer Zirkel bereitet gegenwärtig die Gründung einer gemeinsamen Organisation vor.

Es handelt sich dabei im engeren Sinn um den KB Bremen und den NRF Heidelberg/Mannheim, daneben Gruppen aus Göttingen, Freiburg, Wolfsburg und Osnabrück. Eine kleine Gruppe in Westberlin wird sich ebenfalls zu der neuen Organisation bekennen, ohne bisher schon zum engeren Kreis zu gehören. Die Kölner KG scheint mit der Gruppierung um KB und NRF zu sympathisieren. In Hamburg gebildet sich die „Sozialistische Studentengruppe“ als örtliche Filiale der geplanten neuen Organisation.

Daneben tendieren eine Reihe anderer studentischer Gruppen zur Richtung KBB/NRF, so a.a. in Frankfurt, Westberlin und Braunschweig. Nachdem diese studentischen Genossen die Perspektivlosigkeit ihrer bisherigen Uni-Arbeit und ihrer zaghaften Ansätze vom „Betriebskampf“ erkannt haben, fühlen sie sich angezogen vom der glänzenden Aussicht auf den „Aufschwung der Arbeiterbewegung“ und die „Einheit der kommunistischen Bewegung“, die ihnen von KBB/NRF vorgezeichnet wird.

Schließlich hat die sich formierende Organisation auch gute Ansichten und unternimmt beträchtliche Anstrengungen, vom immer offensichtlicheren rapiden Ruin der „KPD/ML“ („Rote Fahne“) einen Teil der Konkursmasse zu sich herbeizuziehen. Ebenso hat sie Ansichten bei den Zerfallprodukten der „KPD/ML“ („Roter Morgen“) in Nordrhein-Westfalen.

Sogar mit den Münchner „Arbeiterkampfgruppen“ hebbagha KBB/NRF Beide Seiten sind offensichtlich bemüht, sich trotz aller Meinungsverschiedenheiten in ihrer Presse gegenseitig zu schmeicheln und die Polemik ganzsinnig gegen den Kommunistischen Bund zu richten.

Aus dem Geagten geht hervor, daß die Richtung KBB/NRF heute schon einen beträchtlichen Teil der kommunistischen Zirkel und in der Zukunft zweifellos noch anwachsen wird.

Die Genossen sehen in der Schaffung dieser einheitlichen Organisation einen „wesentlichen Schritt“ zur Kommunistischen Partei (Gemeinsames Kommuniqué vom 28. Mai 1972). Dieser Schritt besteht zum einen in der Sammlung und Konzentration von bisher zerplitterten Kräften in einer einheitlichen Organisation. Die Genossen sehen aber darüber hinaus ihren „wesentlichen Schritt“ auch gegenüber den anderen Teilen der kommunistischen Bewegung, die Genossen werden einen Programm-Entwurf vorlegen, den sie unmittelbar als Vorschlag betrachten, die kommunistische Bewegung möge sich auf Grundlage der angegebenen Prinzipien als Kommunistische Partei zusammenschließen (NRF, Oktober 1972).

Im folgenden Artikel wollen wir zeigen, in welchem Verhältnis zum Parteaufbau die Genossen die Erarbeitung eines Programms sehen; zugleich werden wir untersuchen, wie weit ihre tatsächliche Vorgehensweise mit ihren Worten übereinstimmt. In einer späteren Nummer des ARBEITERKAMPF wollen wir auf die programmatischen und sonstigen politisch-theoretischen Vorstellungen der Genossen eingehen.

Die zu gründende Organisation soll noch nicht die Kommunistische Partei sein, „weil sie noch nicht alle wesentlichen Kräfte der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland und Westberlin umfaßt“ (Kommuniqué vom 28.5.72). Sie soll aber andererseits eine Organisation sein, die „die Grenzen des Zirkelwesens überschreitet“ („Wahrheit“ des KB Bremen Juni, Juli 72).

Die neue Organisation soll also nach dem Willen ihrer Gründer gewissermaßen eine Zwischenstellung einnehmen: zwar noch nicht ganz die Partei (weil sie noch einige für „wesentlich“ gebaltene Kräfte der kommunistischen Bewegung fehlen), aber doch schon ein Schritt über das Zirkelwesen hinaus.

Wodurch aber wird sich die neue Organisation vom herkömmlichen Zirkelwesen unterscheiden? Worin besteht der Schritt, mit dem sie die Grenzen des Zirkelwesens überschreitet? Wieso wird die neue Organisation nach dem Vorschlag ihrer Gründer – mehr sein als der Zusammenschluß einer Reihe örtlicher Zirkel zu einem neuen, größeren Zirkel?

Aus den verschiedenen Ausführungen der Genossen geht hervor, daß sie den entscheidenden Unterschied dann sehen: „Trotz der Tatsache, daß die Zirkelwesen nur ein erster Schritt auf dem Weg zur Partei sind, werden sie nicht als Partei betrachtet.“

Die Bremer Genossen haben auch gesagt, was in einem solchen Programm zum mindesten enthalten sein muß:

„Es muß eindeutig die Erringung der proletarischen Diktatur als nächstes strategisches Ziel der westdeutschen Arbeiterklasse problematisieren, weil die objektiven Bedingungen des Sozialismus schon längst herangereift sind und in Westdeutschland keine andere Klasse als die Bourgeoisie die politische Diktatur ausübt. In dieser Festlegung der Diktatur des Proletariats als nächstes Etappenziel der Arbeiterklasse herrscht unter den westdeutschen Kommunisten Einigkeit. Die

Anerkennung der proletarischen Diktatur ist jedoch als Basis gemeinsamen Handelns keineswegs ausreichend. Das Programm muß viel mehr diejenigen Widersprüche in der Entwicklung des westdeutschen Imperialismus und des Weltimperialismus aufzeigen, welche die Bekämpfung der proletarischen Diktatur für die westdeutsche Arbeiterklasse notwendig machen. Dabei ist nicht gemutet, „moralisch notwendig machen“ oder „kraft höherer Einsicht notwendig machen“, sondern praktisch für die Arbeiterklasse notwendig machen auf Grund der Entwicklung der Gesellschaft und der sich aus ihr ergebenden Folgen. Daran muß das Programm weiterhin, welche Folgen sich aufgrund dieser Entwicklung für die werktätigen Klassen außerhalb der Arbeiterklasse ergeben und welche Beziehungen zwischen den verschiedenen Klassen sich durchsetzen werden, um daraus zu bestimmen, welche von ihnen für die proletarische Diktatur gewonnen werden können.

In Antwort auf die Folgen, welche die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus für die Arbeiterklasse haben wird, „muß das Programm Forderungen aufstellen, die diesen Folgen begegnen und an den Kampf um den Sozialismus heranzuführen.“ („Wahrheit“, Juni/Juli 72).

Worin aber wird sich das Programm der neuen Organisation von den heute schon existierenden Programmen unterscheiden? „In der Forderung nach der Erringung der proletarischen Diktatur.“

Die Bremer Genossen haben auch gesagt, was in einem solchen Programm zum mindesten enthalten sein muß:

Ihre Kritik läßt sich dahin zusammenfassen, die „KPD“ (und ähnliche Gruppierungen) seien „nicht in der Lage, in ihren programmatischen Erklärungen die Entwicklungsperspektive des west-

deutschen Imperialismus darzustellen.“ „Die Zirkelwesen sind nicht in der Lage, die Entwicklungsperspektive des westdeutschen Imperialismus darzustellen.“ („Wahrheit“, a.o.)

Gewinn. Und die Bremer Genossen hätten der Eingeklärt halber hinzufügen können, daß die Programmatische Erklärung ihrer Partei vom Heidelberger „Neuen Roten Forum“ (vgl. NRF 3/71) auch nicht viel besser ist. Da finden wir zum „Entwicklungsperspektive des BRD-Imperialismus“ auch nur mit dürren Worten gesagt, daß sich die Widersprüche allseitig respektlos, daß der BRD-Imperialismus den Kapital-Export verstärkt, daß er zugleich Vandal und Konkurrent des US-Imperialismus ist, daß sich vor allem in der westdeutschen Chemie- und Automobilindustrie ein Zentralisationsprozeß vollzieht, daß sich das Monopolkapital gegen die Arbeiterklasse verstärkt der staatsbürgerlichen Einverleibungspolitik bedient und die Kräfte und den Rücken der Arbeiterklasse anstrengt vorwärts zu treiben. Für eine Programmatische Erklärung gewiß nicht gerade sensationelle Mitteilungen. Über die Perspektiven der BRD-Imperialismus unter der Herrschaft der Monopolbourgeoisie ist mit dem Wortes gesagt:

Aber wir zweifeln nicht, daß die Genossen mit diesem Programm zustande bringen werden, das ausführlicher und exakter ist als die bisher vorliegenden Programme und Plattformen. Das ist ein Fortschritt – nicht nur für sie selbst sondern für die ganze kommunistische Bewegung. Die Genossen haben bisher indessen nicht deutlich gemacht, wie ein solcher Fortschritt schon ein Schritt über die Grenzen des Zirkelwesens hinaus war. „Wird es sich bei einer neuen Organisation nicht eher um einen allseitig reichlich überlegen über den Zirkelwesen hinaus gehenden Programmen und Plattformen anderer Gruppen?“

rkelwesen am s dem Sumpf zieht

Die Genossen jedoch scheinen sich von ihrem in der Erarbeitung befindlichen Programm den entscheidenden Schritt zum Parteaufbau zu versprechen. Man kann geradezu sagen, daß sich für sie der Parteaufbau in zwei Schritten vollzieht: zuerst einem qualitativen und dann einem quantitativen. Den qualitativen Schritt meinen sie dem relativ zu verzeichnen, indem sie ein Programm fertigstellen. Danach geht es dann nur noch um eine quantitative Ausdehnung, um die gesamte Arbeiterklasse (genauer: auf dem Boden des Programms).

„Wir meinen, daß die Gründung dieser Organisation auf Grundlage eines Programms erfolgen muß, das gleichzeitig als Vorschlag an die kommunistische Bewegung und die fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse gerichtet ist, sich nach ausführlicher ideologischer Auseinandersetzung auf seinen Prinzipien als KPD neu zu konstituieren.“ (NRF, Oktober 72 – Hervorhebungen von uns).

Die von den Genossen geplante neue Organisation stellt die Zirkel zwar noch als einen Faktor in Rechnung, der sie daran hindert, sich unmittelbar schon zur Partei zu ernennen. Sie wendet sich auch formal an die Zirkel mit der Aufforderung, an der Erarbeitung des Programms der kommunistischen Partei teilzunehmen.

Die neue Organisation tut dies aber schon aus einer eingebildeten Sonderstellung heraus, da ja sie und nur sie allein nach der bescheidenen Meinung ihrer Gründer schon die Grenzen des Zirkelwesens überschritten hat. Die Bremer „Wahrheit“ schreibt:

„Wir gehen davon aus, daß auch nach der Schaffung dieser Organisation der größere Teil der westdeutschen kommunistischen Bewegung noch in lokalen Zirkeln, regionalen und nationalen Organisationen arbeiten wird.“ („Wahrheit“, Juni/Juli 72).

Der „größere Teil“, mit Ausnahme der neuen Organisation? Offenbar müßte man doch sagen, daß nicht nur der „größere Teil“, sondern die gesamte kommunistische Bewegung der BRD auf den nächsten Zukunft noch auf dieser organisatorischen Stufe stehen bleiben wird. Wir glauben nicht, daß hier die Bremer Genossen wider Willen falsch formuliert haben. Sie verstehen es wohl tatsächlich so, daß sie mit der neuen Organisation dem „größeren Teil“ (d.h. dem gesamten Rest) der kommunistischen Bewegung auf einem höheren politischen und organisatorischen Niveau gegenüberstehen werden.

Partei auf der Tagesordnung

Eine beliebte Redensart bei KBB/NRF lautet in letzter Zeit, der Parteaufbau stünde „auf der Tagesordnung“ (so u.a. „Wahrheit“ vom November und NRF vom Oktober).

Im NRF ist wenigstens der Versuch gemacht worden, diesen gummiartigen Begriff ein wenig zu erläutern. Da finden wir den bemerkenswerten Satz (in der Auseinandersetzung mit der KG Köln):

„Wir meinen, daß die objektiven (1) Bedingungen für die Partei-

gründung herangereift sind: eine relativ breit verteilte lokale und regionale kommunistische Bewegung und die zunehmende Verbindung mit der Arbeiterbewegung.“

Die Existenz kommunistischer Zirkel als objektive Bedingungen für die Parteigründung – das ist eine wahrlich sensationelle Erkenntnis. – Aber war die „kommunistische Bewegung“ nicht auch schon vor einem Jahr, vor zwei Jahren „relativ breit entfaltet“? Sie ist heute breiter und stärker als vor einem Jahr, gewiß. Und vor einem Jahr war sie immerhin schon breiter und stärker als vor zwei Jahren etc. Diese Logik läuft darauf hinaus, das schlichte Anwachsen der „kommunistischen Bewegung“ (tatsächlich diesen Begriff exakt zu definieren) zu objektive Bedingungen für die Parteigründung anzusehen. Demnach hätte man auch schon früher, irgendwann in den letzten Jahren, die Parteigründung in Worten „auf die Tagesordnung“ setzen können. Schließlich hat noch niemand einen Maßstab entwickelt, wie man nun feststellen, die „kommunistische Bewegung“ entfaltet sein muß, damit die „objektiven“ (1) Bedingungen für die Parteigründung gegeben seien. Die Genossen reden ja nicht zufällig von „relativ breit“. Relativ, im Verhältnis wozu? Breiter als in den Jahren des totalen KPD-Verbots und der Wiederanfänge einer revolutionären Bewegung. Aber weniger breit z.B. als in vielen anderen Ländern Westeuropas (Italien, Frankreich), wo es heute auch noch keine einheitliche kommunistische Partei der Arbeiterklasse gibt, sondern die Kräfte ebenfalls im Zirkelwesen zersplittert sind.

Als Aufgabe stellt sich der Parteaufbau seit es keine kommunistische Partei mehr gibt, mit der Entwicklung des modernen Revisionismus zu einem von innen nicht mehr zu korrigierenden System, seit Anfang der 60er Jahre. Seither könnte man auch davon reden, daß der Parteaufbau „auf der Tagesordnung“ steht. (In Belgien wurde schon vor zehn Jahren die erste „marxistisch-leninistische Partei“ gegründet, in Italien vor sechs Jahren, in Frankreich vor fünf Jahren, in der BRD immerhin vor vier Jahren.)

Das Problem der kommunistischen Arbeiterbewegung, der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder überhaupt, besteht fast überall gerade im Zurückbleiben der Elemente der Bewusstheit hinter den objektiven Erfordernissen der Klassenkämpfe. Heute im Falle einer parteimäßig organisierten proletarischen Vorhut.

Wenn man die objektiven Erfordernisse zugrunde legt, so kam schon die Gründung der „KPD/ML“ Ende 1968 nicht etwa zu früh, sondern im Gegenteil bereits sehr spät. So haben ja damals und seither alle Parteigründer argumentiert: „Ihr sagt, wir hätten zu früh gegründet. Was wollt ihr denn? Braucht nun die Arbeiterklasse eine Partei oder nicht?“

Geht man aus von der Entwicklung des Revisionismus, von den Klassenkämpfen, von der Entwicklung marxistisch-leninistischer Gruppen – so ergibt sich die Schlussfolgerung, daß der Parteaufbau in den kapitalistischen Ländern

schon seit Anfang der 60er Jahre „auf der Tagesordnung“ steht. Nichts spricht dagegen, daß er auch noch ein paar weitere Jahre „auf der Tagesordnung“ bleiben wird. Wenn die Genossen damit übereinstimmen, dann sollten sie sich eingestehen, daß ihr Begriff „auf der Tagesordnung“ in Wahrheit völlig nichtssagend ist; „reden, um nichts zu sagen“, wie es Lenin nannte. Angesichts der Entwicklung von mehr als einem Jahrzehnt verliert der Begriff der „Tagesordnung“ seinen Sinn.

Es scheint jedoch, als würden die Genossen mit dem Begriff der „Tagesordnung“ (den sie ja nicht zufällig erst in letzter Zeit entdeckt haben) die Hoffnung auf einen relativ kurzen Weg des Parteaufbaus verbinden. Es ist wohl nicht so, daß die Genossen laut sagen „auf der Tagesordnung“ und dabei insgeheim denken „in drei oder vier Jahren vielleicht.“ So oder so steht jedenfalls fest, daß die Genossen mit der Propagierung des Begriffs „Tagesordnung“ bei ihren Anhängern unbedingt die Vorstellung einer kurzfristigen Perspektive wecken und nähren, „1973 ist es soweit“. Gewollt oder ungewollt wird Gründungs-Fieber produziert. Eine andere Funktion hat der Begriff der „Tagesordnung“ auch nicht.

Wie die Genossen in ihren Zeitungen mitteilen, sehen sie in der Erarbeitung eines einheitlichen Programms der westdeutschen kommunistischen Bewegung den „Knotenpunkt aller Probleme unserer Bewegung.“ („Wahrheit“, Juni/Juli 1972), den „Springpunkt in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Wiederaufbau der kommunistischen Partei.“ (NRF, Mai '72). Wie wird diese Aussage begründet und welche praktischen Schlussfolgerungen werden gezogen?

Die Bremer Genossen schreiben über die politischen Grenzen des Zirkelwesens:

„Ohne umfassende revolutionäre Erfahrung und damit ohne gründliche Kenntnis der wissenschaftlichen Sozialismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung unterliegen diese lokalen und regionalen Organisationen ständigen Schwankungen, machen immer erneut schwerwiegende Fehler und haben große Schwierigkeiten, eine klare Linie herauszubilden.“ („Wahrheit“, Juni/Juli 72)

Nach der zutreffenden Beschreibung der allgemeinen Mängel des Zirkelwesens gehen die Genossen zur speziellen Frage der kommunistischen Propaganda über. Die Kommunisten seien zu einer „offensiven und umfassenden Propagierung genau festgelegter Ziele“ nicht in der Lage, sondern müßten sich „auf die Kommentierung bürgerlicher Politik beschränken, die sie vom Standpunkt der proletarischen Diktatur aus ablehnen.“ Und weiter:

„Dieser Mangel rührt daher, daß die westdeutsche kommunistische Bewegung ein einheitliches Programm, auf dessen Basis eine auf den Sozialismus hinführende Politik positiv dargestellt und propagiert werden könnte, bisher noch nicht erarbeitet hat.“ (s.o.)

Hieraus ziehen nun die Genossen die Schlussfolgerung, schleunigst



Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Eigenständige Klassenpolitik entwickeln!

Mitteltarifrunde 72/73



Proletariat aller Länder vereinigt Euch! Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!

WAHRHEIT

Tarifikampf vorbereiten!

Proletariat aller Länder vereinigt Euch

Rote Fahne

Wochenzeitung des Proletariats aller Länder und unterdrückten Völker

MIT DEM KABD GEGEN DIE MONOPOLPARTEIEN!

Proletariat aller Länder und unterdrückten Völker vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

WOCHENZEITUNG

Gegen Streik? S.3 STREIKS S.5 Ägypten S.6 Korea S.7

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

ORGANISIERT IN DIE TARIFRUNDE

Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

KEINE TEILNAHME an Europäischer Un-Sicherheitskonferenz.

Regierung der VR-Albanien

Prozess eröffnet!

ROTER MORGEN

Wochenzeitung des Proletariats aller Länder und unterdrückten Völker

eine „Program-Kommission“ einzusetzen, um den Mangel zu beheben.

Die Genossen stellen so das Verhältnis zwischen Sein und Bewußtsein auf den Kopf, verwechseln Ursache und Wirkung. Denn in Wahrheit ist das Fehlen eines Programms die Folge der Mängel des Zirkelwesens, und nicht etwa ihre Ursache. Natürlich wird nicht die Ursache durch Einwirken auf ihre Folgen aufgehoben werden können. Oder anders ausgedrückt: wenn das Fehlen eines Programms Folge und Ausdruck der allgemeinen Mängel und Grenzen des Zirkelwesens ist, so ist es eine Illusion zu glauben, die Grenzen des Zirkelwesens vollständig durch die Etablierung eines Programms überschreiten zu können.

Nun gibt es freilich zweigleisige Arten von Programmen. Es gibt ja auch die „Programme“ solcher Gruppen wie der „KPD“ oder der diversen „KPD/ML's“. Ein solches Programm stellt man sich so vor, man schreibt die gerade im Kopf befindlichen Vorstellungen zu Papier bringt; sie sind also Ausdruck eines bestimmten Ständes der politisch-theoretischen Erkenntnisse, den sich die jeweilige Organisation erarbeitet hat. Das sind unvollständige Erkenntnisse des Zirkelwesens. Die Bremer Genossen haben dazu richtig geschrieben, „daß wir das Zirkelwesen nicht auf dem politischen Niveau des Zirkelwesens überwinden können“ („Wahrheit“, Juni/Juli 72); sie richten diese Kritik gegen die „KPD“, aber kennzeichnen sie nicht auch ihre eigenen Vorstellungen?

Die Bremer Genossen haben geschrieben, daß die Zirkel „große Schwierigkeiten (haben) eine klare Linie herauszubilden.“ Sie haben auch den Grund dafür genannt: der Mangel an revolutionärer Erfahrung und an Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus. Wo sollte da

wohl ein Programm herkommen, das die von den Genossen angegebenen Voraussetzungen (s.o.) erfüllt?

Wenn das Programm einen Fortschritt bedeuten soll, so muß es niedergeschriebener Ausdruck der Tatsache sein, daß die kommunistische Bewegung eine neue Stufe revolutionärer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis erreicht hat. Der „Knotenpunkt“ besteht also in Wahrheit darin, diese neue Stufe praktischer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis zu erreichen, die sich dann im Programm niederschlagen kann.

Es wird von den Genossen aus Bremen und Heidelberg mit dem

schaftlichen Tätigkeit des Proletariats stehen: der Irrtum, diese oder jene wissenschaftliche Arbeit eines Zirkels sei überhaupt das Kriterium für das Niveau des Zirkels.

Das deutsche Beispiel bietet der KB/ML Westberlin. Als die Genossen 1970 ihre „Plattform“ vorlegten, war diese Arbeit aus Abstand die beste ihrer Art in der damaligen kommunistischen Bewegung. Zur Entwicklung des Bewußtseins in der Bewegung hat die Plattform des KB/ML Westberlin einen großen Beitrag geleistet. Das alle verhinderte nicht, daß dieser große Zirkel sich inzwischen langsam und klanglos aufgelöst hat, ohne

Schaftlichen Sozialismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung noch überwinden werden.

Es liegt auf der Hand, daß der Mangel an revolutionärer Erfahrung seine Ursache hat im Zustand der aktuellen Arbeiterbewegung und in der geringen Verbindung der Kommunisten zur Arbeiterbewegung.

Die Grenzen des Zirkelwesens widerspiegeln eben den Zustand der Arbeiterbewegung und das Verhältnis Arbeiterbewegung-Kommunisten. Über diese Grenzen können sich die Kommunisten nicht hinwegkutschieren, wenn sie kein noch so sorgfältig erarbeitetes Programm vom Schreibtisch her hinwegkutschieren.

ausbildenden proletarischen Avantgarde – den Führern der spontanen Kämpfe des Proletariats – zu haben.

Wenn sie in einem „wichtigen“ Betrieb zwei Kollegen haben, die ihnen ab und zu Informationen geben, so schließen manche Zirkel von schon überflüssig und geben eine „Betriebszeitung“ heraus.

Was ist das Zirkelwesen anderes als der organisatorische Ausdruck dieser Verhältnisse?

„Kommunistische Partei der Arbeiterklasse“ – das ist doch ein leeres Wort, hinter dem sich dann Studentenfürer mit etwas proletarischem Anhang verstecken und Theater spielen können. Es meint eine Organisation, die von Arbeitern getragen wird, die aus der Arbeiterklasse bezieht, die in der Arbeiterklasse wurzelt. Die kommunistische Partei ist nicht etwas, das in erster Linie oder gar allein durch intellektuelle Kräfte („Programme“, „Klassenanalyse“ etc.) hergezaubert werden könnte.

Stalin hat im 8. Kapitel von „Über die Grundlagen des Leninismus“ eine zusammenfassende Definition der Kommunistischen Partei gegeben. Stalin sagt u.a.:

„Die kommunistische Partei muß der Vorkämpfer der Arbeiterklasse sein. Sie muß die besten Elemente der Arbeiterklasse in sich anordnen. Sie muß mit einer revolutionären Theorie gewappnet sein. Sie muß ein Teil der Arbeiterklasse sein, der durch seine ganze Seite mit der Arbeit verbunden ist.“

Nun wäre es ein Fehler, wenn man sagen würde: „Also müssen erst all diese Bedingungen erfüllt sein, bevor eine Partei gegründet werden kann.“ Stalin zeigt aber in welcher Richtung wir gehen müssen, um das Zirkelwesen zu überwinden und die kommunistische Partei der Arbeiterklasse zu schaffen.



„Programm“ ähnlich irrational gearbeitet, wie das früher oft mit der „Klassenanalyse“ gemacht worden ist. Damals wurde behauptet, die „KPD/ML“ könne ja noch gar nicht die kommunistische Partei der Arbeiterklasse sein, weil sie noch keine „Klassenanalyse“ hätte. Die müßte erst erarbeitet werden, und dann... Dabei wußte kaum jemand so recht, was unter „Klassenanalyse“ zu verstehen wäre, aber jedenfalls schien sie etwas sehr wichtiges und überhaupt das Allheilmittel für alle Probleme zu sein. Nach der „Klassenanalyse“ kräht heute kein Hahn mehr.

Es ist ein Irrtum, dem vor allem die Genossen aus der Intelligenz anhängen, die angeblich bei geist-

mehr zu hinterlassen als einige im Stich gelassen und rasche Entscheidungen treffen.

Es ist falsch, zu sagen: „Wir machen jetzt mal das Programm (die Klassenanalyse o.ä.), und das ist dann der Beweis, daß unsere Organisation das Niveau des Zirkelwesens überwinden hat.“

Es geht darum, die praktischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die kommunistische Bewegung sich höherer politischer Niveau erreicht, daß eine vereinheitlichende Plattform erarbeitet wird. Diese praktischen Voraussetzungen haben die Bremer Genossen selbst genannt: der Mangel an umfassender revolutionärer Erfahrung und gründlicher Kenntnis des wissen-

Schließlich ist das Zirkelwesen auch eng verknüpft mit dem immer noch überwiegend studentischen Charakter der kommunistischen Bewegung. So ein Zirkel hat einige Lehrlinge, einige sehr junge Arbeiter und vielleicht noch ganz lose Kontakte zu einem halben Dutzend älterer Arbeiter, mit denen man mal ein Bier trinkt. Die Arbeiter stellen in den meisten Zirkeln nicht nur die Minderheit, sondern sind auch fast ohne Einfluß auf die Politik der Gruppe, die „naturwüchsig“ von den belebteren Studenten und Intellektuellen gemacht wird. Die meisten kommunistischen Zirkel sind noch zu klein, um eine Arbeiterorganisation zu sein oder gar das Verfechten der auch her-

Polit-Schwindel des NRF

Am 8.10. demonstrierten in Dortmund über 10.000 Menschen gegen die politische Unterdrückung von Ausländern in der Bundesrepublik. Träger dieser Demonstration waren u.a. die Organisationen um KB Bremen/NRF Heidelberg, zwei „KPD/ML's“, die „KPD“ und eine große Anzahl ausländischer Organisationen.

Der Kommunistische Bund hatte zu dieser Demonstration nicht aufgerufen. Hier sieht das Heidelberger „Neue Rote Forum“ wieder mal eine feine Gelegenheit, dem Kommunistischen Bund eins auszuwichen. Das NRF schreibt in der Oktober-Nummer:

„Der KB Nord hat seine Ablehnung nur mündlich gegenüber SSG-Genossen begründet. Er meinte, die Bevölkerung sei zu verhetzt durch die Olympia-Ereignisse, um überhaupt demonstrieren zu können. Kommunisten müßten auch mal schweigen können. Außerdem sei die Bevölkerung nicht beteiligt, weil die DKP nicht an der AE (Aktionseinheit) teilnehme. Zu diesen Argumenten erübrigt sich jeder Kommentar.“

Man merkt gleich, daß da irgendwas nicht stimmen kann. Hat denn der Kommunistische Bund nicht wenige Tage vor der Dortmunder Demonstration, am 27. September, in Hamburg zusammen mit u.a. der SSG gegen die reaktionären Ausländergesetze etc. demonstriert? Und wann hätte der Kommunistische Bund je so dämlich argumentiert, Demonstrationen von der Beteiligung (!) der Bevölkerung (!) abhängig zu machen?

Wo hat also das NRF seine story her? Teils erfunden, teils anderen politischen Schwindlern abgekauft.

Der Hintergrund für die story des NRF ist ein Artikel der „Roten Presse“ der Hamburger SSG (= Sozialistische Studentengruppe). Dort hieß es (3.10.72):

„Der KB Nord lehnte eine Teilnahme an der Dortmunder Demonstration ab, allerdings ohne eine öffentliche politische Stellungnahme. Lediglich der mit dem KB sympathisierende SSB (= Sozialistischer Studentebund) gab in der Verhandlung eine kurze Erklärung ab...“

Es folgt dann die angebliche Erklärung des SSB. Das NRF hat daraus nun flogs eine „Erklärung des KB Nord“ gemacht, um die Sache im Sinne seiner üblichen Demagogie gegen den Kommunistischen Bund noch ein wenig „zuzuspitzen.“

Was hat es nun mit der angeblichen Stellungnahme des SSB auf sich? Ein Genosse des SSB hatte nach dem Wirklichkeits-Wort der Resolution zur Dortmunder Demonstration gefragt, wo es heißt: „Diesen Angriffen (der Bourgeoisie) muß eine breite Kampfeinheit aller fortschrittlichen Menschen und Organisationen entgegenstellt werden.“ In diesem Zusammenhang brachte der Genosse dann die Stimmung der Bevölkerung und die DKP in die Diskussion.

Wenn der Kommunistische Bund wirklich die schwachsinnigen Maßstäbe anlegen würde, die ihm das NRF andichtet, so hätten wir in Hamburg kaum eine einzige De-

monstration durchführen können. Man muß schon fragen, auf was für Leser das NRF spekuliert, wenn es ihnen so ausgekauft dummes und nicht einmal geschickt ausgedachtes Zeug vorsetzt.

Warum aber hat der Kommunistische Bund nicht zur Dortmunder Demonstration aufgerufen? Hierfür waren u.a. folgende Erwägungen ausschlaggebend:

1. Obwohl die SSG nachträglich verbreitete, der Kommunistische Bund wäre sowohl vom NRF wie von der „KPD/ML“ („Rote Fahne“) zur Vorbereitung der Dortmunder Demonstration eingeladen worden, ist uns keine Einladung zugegangen. Wir halten das nicht für zufällig.

In dieser Lage hätten wir uns an die Dortmunder Demonstration nur noch anhängen können, ohne ihre politische Ausrichtung im mindesten zu beeinflussen. Wie das aussieht, hat die SSG anlässlich der Hamburger Demonstration vom 27. September gezeigt, als sie dem Kommunistischen Bund zwar erlaubte, mehr als die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer zu mobilisieren, aber ihm eine eigene Rede verbieten wollte. (Die SSG stützte sich dabei auf ihre formale Stimmenmehrheit mit Hilfe der in der „Aktionseinheit“ zahlreich vertretenen super-„linken“ Kleinst-Gruppen).

2. Wir waren nicht bereit, uns politisch den Hasardentzen der „KPD/ML“ anzuliefern, die mit ihrem sektiererischen Auftreten und ihrem unkontrollierbaren Drang zu Provokationen den Zielen

der Aktion entgegengewirkt waren. Die Dortmunder Demonstration hat dann auch gezeigt, daß die von den Organisationen eingesetzten Ordner nicht einmal in der Lage waren, die Flaggruppierung der „KPD/ML“ („Rote Fahne“) vom Überfall auf ein Häuflein Profiteure abzu-

ten, das auf dem Boden der Aktionseinheit an der Demonstration teilnehmen wollte. Daß die „KPD/ML“ sich auf diese vergleichsweise harmlose Provokation beschränkte, ist jedenfalls nicht das Verdienst der anderen Organisationen der Aktionseinheit.

Iwan Popow Als die Nacht verging

Der Roman handelt von einem jungen Zeitgenossen gegen Ende der „Stalinischen Revolution“, einer schmerzhaften und schwierigen Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1917 folgte. Wie immer in Zeiten, in denen die Arbeiterklasse den härtesten Schlägen der Reaktion ausgesetzt ist, machen sich auch in ihren Reihen Tendenzen der Reaktion und der Schwächung geltend. In der Bewegung der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elemente, die sich in Zeiten des Aufschwungs auf die Seite der Arbeiterklasse stellen, haben der Kampf gegen die Liquidatoren und Menschewiki, der Widerstand des arbeitenden zerschlagenen Proletariats unter den schrecklichsten Bedingungen der Illegalität, des Widergewinns der revolutionären Arbeiter durch die Bolschewiki, all das – und daher auch der Titel: „Als die Nacht verging“ – wird in diesem Roman eindringlich dargestellt. Wir geben diesem Roman sowohl wegen seines hohen politischen Niveaus, als auch um der Lesarten willen, die aus ihm für die zukünftige Arbeit gezogen werden können.

Teil 1 und Teil 2 je 6,-

Bitte Prospekt anfordern! ★

arbeiterbuch

Breiterhagen Hamburg - Hamburg 13
Burg 198 Norderstr. 10 Grundhof 45

Waffenlager der Faschisten ausgehoben

Springers Zeitungen decken faschistischen Terror

Ende Oktober hob die Polizei in München ein Waffenlager der rechtsextremen Terrororganisation „Kampfgruppe Großdeutschland“ aus. Obwohl die zuständigen Behörden erklärten, daß es sich um eine „vermutlich rechtsradikale Organisation“ handele, meldeten die Springer-Blätter in großen Überschriften: „Kommunisten kamen mit drei Koffern voll Maschinenpistolen“ und „Rote Terrorbande gefaßt“. In den Artikeln mutmaßte man, daß diese „rote Bande“ mit der „kommunistischen Terrororganisation „Nationale Front“ Kontakt hielte“. Der Chef der Bande sollte der „linksradikale Armin K. J.“ sein.

Was hier in Wahrheit aber gespielt wurde, darüber schwieg sich die bürgerliche Presse, bis auf einige Ausnahmen aus: „Armin K. J.“ steht für Karl Jochheim-Armin. Dieser Mann ist ein Faschist reinen Wassers: 1909 geboren wurde er bereits 1924 – mit 15 Jahren also – Mitglied des „Jung-Stahlhelms“ (eine militante Faschistenorganisation für Jugendliche). 1927 trat Jochheim-Armin der NSDAP bei. Von 1944-45 war er Untersturmführer bei der Waffen-SS. Nach 45 setzte er seine antidemokratische Wühlarbeit fort. Er gründete zahlreiche rechtsradikale Jugendorganisationen, u.a. die „Nationale Jugend Deutschlands“, den „Ring nationaler Jugend“, den „Kameradschafterring nationaler Jugendverbände (KNJ)“ usw.

1968 – während der Hochphase der sozialistischen Studentenbewegung, in der die Verbreitung linker und sozialistischer Gedanken einen neuen Aufschwung nahm, gründete Jochheim-Armin die „Sozial (!) Revolutionäre (!) Nationale Kampf-gemeinschaft Deutschlands“. Hierin wird besonders deutlich, daß sich die Faschisten vor keiner Lüge scheuen (z.B. der Lüge, revolutionär zu sein!), um für ihre verbrecherischen Ziele Anhänger zu gewinnen!

1969 gründete Jochheim-Armin die „Nationale Front“ – die nach Springer eine „kommunistische



Tarnorganisation sein soll! Die „Nationale Front“ hat sich die Aufgabe gestellt, die verschiedenen faschistischen Gruppen und Vereine zusammenzufassen und auszurichten.

Und hinter einer weiteren Organisation brauner Färbung steckt Faschist Jochheim-Armin: In diesem Jahr gründete er die „Bürgerinitiative Neue Ordnung überall“. Diese Gruppe scheint sich vor allem – die Namensgebung spricht dafür – die Zusammenarbeit mit Faschisten

aus anderen europäischen Ländern zum Ziel gesetzt zu haben: In Italien gibt es eine faschistische Gruppe namens „Ordine nuovo“ und in Frankreich nennen sie sich „Ordre nouveau“. Beides heißt „Neue Ordnung“.

Bezeichnend ist die Berichterstattung über das Münchner Waffenlager in der Springer-Presse, nachdem es nicht mehr möglich war, an der Klüberpistole von der „Kommunistenbande“ festzuhalten:

In der „Welt“ ist ein 18-Zeilen-Artikel zu finden, der überschrieben ist: „Polizei hebt kleine (!) Gruppe (statt „Bande“) Rechtsradikaler aus“.

Die Kürze des Artikels macht schon deutlich, daß man sehr bemüht ist, die Sache runterzuspielen.

Im Artikel selbst wird von „mehreren Waffen“ gesprochen – gegenüber den „drei Koffern voller Maschinenpistolen“! Betont wird

weiter im „Welt“-Artikel, Oberstaatsanwalt Heidenreich hätte erklärt: „die „Kampfgruppe“ bestehe aus höchstens 10 Personen aus mehreren Gebieten der BRD“.

Gegen die Kommunisten betzen und über sie Lügen verbreiten – die verbrecherischen Umtriebe der Faschisten aber verharmlosen oder sogar totschweigen – das ist das Rezept aus der Gfückche der bürgerlichen Presse.

Braunschweig

Faschisten überfallen linke Buchhandlung

Erneut starteten Faschisten eine Provokation gegen eine linke Buchhandlung. Der „kleine rote Buchladen“ in Braunschweig war diesmal das Ziel. Die speziellen Anschläge gegen linke Buchhandlungen wurden schon vor einiger Zeit von der reaktionären Presse in der BRD, besonders Springers „WELT“-Zerung und durch Fernseh-Sendungen des ZDF-Oberdemagogen Löwenthal propagandistisch vorbereitet. Solche Anschläge – wie jetzt in Braunschweig – gehören damit zu den genau einkalkulierten Schritten der Herrschenden in diesem Land. Sie sollen die Kräfte der außerparlamentarischen sozialistischen Opposition einschüchtern.

Die Genossen des „Buchladen-Kollektivs“ verbreiteten in dieser Sache eine Erklärung, aus der wir

hier einige Passagen zitieren (für einen Gesamt-Abdruck reicht der Platz nicht):

Erneut war die politische Buchhandlung KLEINER ROTER BUCHLADEN in Braunschweig in der Nacht vom 21./22.10.72 das Ziel eines hinterhältigen Anschlags. Aus einem Versteck heraus wurde gegen 23.00 Uhr mit einem Trommelrevolver (9mm) auf die Scheibe des Ladens geschossen. Dabei wurden neben der Sachbeschädigung vor allem auch die im Laden mit Aufräumarbeiten beschäftigten Mitglieder des Ladenkollektivs aufs höchste gefährdet.

Durch das mutige und schnelle Handeln der Ladengenossen gelang es, kurz nach dem Anschlag die

Täter aufzuspüren und aufzuhalten. Bei der anschließenden Festnahme durch die Polizei wurden Trommelrevolver, Munition und weitere Gewaltwerkzeuge sichergestellt.

Einer der Täter ist als Wortführer der faschistischen „Aktion Widerstand“ und als Mitglied der NPD bekannt.

Die Anschläge auf den KLEINEN ROTEN BUCHLADEN und auf andere demokratische Einrichtungen in Braunschweig (vor allem auf den ASTA der Technischen Universität) beschränkten sich bisher auf das blindwütige Anrichten von Sachschäden (allein durch eingeworfene Scheiben wurde bisher ein Schaden von weit über 10 000 DM angerichtet).

Schon dies rief die berechtigte Empörung und die Bereitschaft vie-

ler Menschen hervor, gegen das ungestörte Treiben faschistischer Banden in Braunschweig aktiv aufzutreten.

Nachdem bei dem jüngsten Anschlag jetzt auch Menschenleben gefährdet worden sind, kann es für keinen entschiedenen Demokraten noch einen Grund geben, diese Anschläge nicht auf das Schärfste zu verurteilen und alles in seiner Macht stehende zu tun, um das blindwütige Treiben der Reaktion wirksam zu stoppen.

Vor diesem Hintergrund staatlich geförderter und betriebener Unterdrückungsmaßnahmen (gemeint sind die im wesentlichen von CDU und SPD gemeinsam verabreichten Terrorgesetze der letzten Zeit, die gesteigerte Ausländerhetze etc. etc. – die Red.) sind die Gewaltakte braunschweiger Banden nicht als wahrwütige Tat einiger weniger Unverbesserlicher einzuschätzen. Sie sind konsequenter Ausdruck eines Weges, den sich die Monopolbourgeoisie zur rücksichtslosen Durchsetzung ihrer Interessen für den Fall offenhält, daß sie infol-

ge der Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz und des Erstarkens vor allem der Arbeiterbewegung gezwungen ist, die Maske der Sozialstaatlichkeit vollständig fallen zu lassen.

„Die faschistischen Anschläge sind für uns Anlaß, die Arbeit des KLEINEN ROTEN BUCHLADEN weiter zu verstärken und alle demokratisch gesonnenen Menschen zu deren Unterstützung aufzurufen.“

– Durch entschlossenes Auftreten gegen alle faschistischen Aktionen, um dem Treiben der Reaktion überall entgegenzutreten.

– Durch aktive Teilnahme am antifaschistischen und antirassistischen Kampf kommunistischer und demokratischer Organisationen.

– Durch Verbreitung und Verteidigung des wissenschaftlichen Sozialismus.

– Durch Propagierung der Arbeit der fortgeschrittenen kommunistischen Organisationen.

– Durch Verteidigung der fortschrittlichen Funktionen der politischen Buchhandlungen.“

KLEINER
ROTER
BUCHLADEN



Weg zum Wohlstand

Vor dem Bamberger Schöffengericht ist ein Ehepaar angeklagt, weil es am Abend des 12. Januar 1972 seine beiden Kleinkinder in einem eiskalten und menschenleeren Vorraum der Bamberger St.-Ganglof-Kirche ausgesetzt hat. Darauf stehen Strafen bis zu fünf Jahre Freiheitsentzug. Über die Gründe dieser Straftat schrieb die „Hamburger Morgenpost“ am 29. November:

der Bahnhofsmision im Ludwigstadt und faßten den folgenschweren Entschluß: Sie wollten ihre Kinder Gudrun und Michael aussetzen und sich dann unter falschem Namen Arbeit suchen, um den Schuldenberg abzutragen.

Jeder Mensch wird die Aussetzung der beiden Kinder als eine grausame Tat ansehen. Und das ist sie auch. Eine Tat, für die eigentlich keine Strafe hart genug sein sollte.

sie zu dieser Straftat bewogen? Der Sachverständige, der die Eltern auf ihren Geisteszustand hin untersuchte, schrieb in seinem Gutachten:

„Die Weidmanns empfanden ihre Kinder als Hindernis auf dem Weg zum Wohlstand.“

Hinter dieser Straftat steht also obendrein noch das abscheulichste Motiv, das es in unserer Gesellschaft gibt: Geldgier! Zwar hat die Vertei-

Tat genannt, nämlich, daß sie ihren „Schuldenberg abtragen“ wollten, weil ihre Situation unermesslich war.

Als Hintergrund dieser Straftat bleibt damit die Geldgier. Aber, Moment! Streben nach Wohlstand, Schuldenberg abtragen – das sind doch zwei ganz verschiedene Dinge? Die Situation der Weidmanns war aussichtslos, sie hatten 16 000 Mark Schulden. Wer ist dafür verantwortlich?

Nach einer Ermittlung des Statistischen Bundesamtes gibt es in unserem Land 600 000 Bewohner von Armenanstalten. 1,1 Millionen Menschen in ländlichen Gebieten müssen ihre sozialen Bedürfnisse soweit reduzieren, daß sie mit 100 bis 400 DM pro Monat auskommen. 5 Millionen Erwerbstätige und Familien haben ein monatliches Einkommen unter 600 DM. Und fast 5,4 Millionen Rentner müssen mit einer monatlichen Rente bis zu 350 DM auskommen. Wer ist dafür verantwortlich?

In den vergangenen zehn Jahren stiegen die Mieten um 73 Prozent. „Sozial“-Neubauten mit 75 qm Wohnfläche kosten heute durchweg 300 DM. Nach einer offiziellen Schätzung fehlen heute rund 1 Million Wohnungen. Allein in Hamburg sind bei den Bezirksämtern rund 10 000 Dringlichkeitsfälle registriert. Mehr als eine halbe Million Menschen „leben“ in unserem Land in Baracken und Nissenhütten.

In Bremen bekommen 11 000 Menschen Feuerungshilfe, weil sie zu wenig Geld haben, um sich die Kohlen selber zu kaufen. In Frankfurt wird monatlich ungefähr 800 Familien der Strom abgestellt, weil sie die Rechnung nicht bezahlen können. Und dabei wird keine Rücksicht genommen, ob Kleinkinder in der dazugehörigen Wohnung sind oder ob Winter ist. Wer ist dafür verantwortlich?

Weidmanns hätten sich natürlich auch das Leben nehmen können, wie viele andere es täglich tun, denen die Not und das Elend bis zum Hals reichen. Dann stünden sie heute wenigstens nicht vor Gericht.

Sie haben sich in einen Schuldenberg von 16 000 Mark „hineinmanövriert“ – schreibt die „Morgenpost“. Wer hat sie in den Schuldenberg hineinmanövriert? Wer ist dafür verantwortlich, daß Millionen von Arbeiterfamilien so wenig Geld zum Leben haben, daß sie Schulden in diesen riesigen

Die „Morgenpost“ klagt, daß die DDR-Behörden die mittellose Familie „einfach wieder“ in die Bundesrepublik abschieben. Das ist unmenschlich. Aber welcher Zynismus der bürgerlichen Presse in unserem Land, die die DDR anklagt, weil sie nicht für die Folgen der kapitalistischen Verhältnisse in der Bundesrepublik entstehen will (und auch nicht kann). Das ist der Zynismus desjenigen, der ein Verbrechen begeht und dann andere beschuldigt, daß sie sein Verbrechen nicht „wiedergutmachen“.

Den Gipfel aber hat dieser Zynismus im Gutachten des Nervenarztes gefunden: „Die Weidmanns empfanden ihre Kinder als Hindernis auf dem Weg zum Wohlstand.“ Dieser Herr wird freilich keine Sorgen mit seinem „Weg zum Wohlstand“ haben, denn dieses Gutachten bringt ihm sicher nicht aus einigen Hundert-Mark-Scheine zusätzlich zu seinen sonstigen Hindernissen ein. Er hat sich damit wohl auch ein Lob der Kapitalisten und der Justiz verdient, die ihn sicher bald mit neuen „Gutachten“ beauftragen werden.

Für die Weidmanns hingegen geht es nicht um den „Weg zum Wohlstand“, sondern darum, überhaupt leben zu können. Die aus dieser Situation geborene Verzweiflung, die sie zur Aussetzung ihrer Kinder veranlaßte, bringt ihnen jetzt bestenfalls den Ehrentitel „zumindest während der Tatzeit verminderte Zurechnungsfähigkeit“ ein.

Keine Strafe ist hart genug für diejenigen, die für diese schreckliche Tat verantwortlich sind. Verantwortlich aber sind die Kapitalisten. Verantwortlich ist die ganze staatlich organisierte kapitalistische Ausbeuterherrschaft, die unzählige Menschen immer mehr in Not und Elend treibt, die sie in ihrer Verzweiflung zu Taten veranlaßt, deren sie ohne die kapitalistischen Verhältnisse, in denen wir leben, nicht fähig wäre – und die sie dann auch nicht nötig hätten, um leben zu können.

Der Prozeß gegen die Weidmanns ist ein alltäglicher Teil des Klassenkampfes von oben. Bestraft werden nicht die Urheber, sondern die Opfer des Verbrechens.



Ghettos der Industrieland BRD



Start zum Wohlstand – aus solchen Löchern?

„Die Familie Weidmann hatte sich in einen Schuldenberg von 16 000 Mark hineinmanövriert und glaubte sich verloren. Auch eine „Flucht“ in die DDR, bei der sie alles aufgab, rettete sie nicht. Denn die DDR-Behörden schoben die mittellose Familie einfach wieder in die Bundesrepublik ab.“

Hier verbrachten die Weidmanns die letzte gemeinsame Nacht auf

Wären die Kinder nicht noch rechtzeitig von anderen Leuten gefunden worden, so wären sie verhungert oder erfroren. Das mußten die Verantwortlichen wissen.

Wer sind die Verantwortlichen für diese schreckliche Tat? Die Sachlage scheint klar: Die Eltern. Sie haben die Kinder ausgesetzt und dafür stehen sie jetzt ja auch vor Gericht. Und ihre Motive? Was hat

die Angeklagten eine erneute psychiatrische Untersuchung in einer Nervenklinik beantragt, weil es doch immerhin sein könnte, daß die Eltern „zumindest während der Tatzeit vermindert zurechnungsfähig“ waren. Der Prozeß mußte deswegen auch unterbrochen werden und wird wohl erst 1973 weitergehen. Aber die Eltern haben ja schon selbst das Motiv für ihre

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag Arbeiterkampf,
2 Hamburg 13, Ratschbahn 35,
verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers,
Verlagsadresse, presserechtlich ver-
antwortl.: Kai Ehlers, Verlagsadresse
Auflage: 17 000, Erscheinungsweise:
monatlich, Verkaufspreis: 90 Pfg.
Verlegerkonten: Dresdner Bank, Kto.
Nr. 461 8378 J. Reents, Postcheck-
konto Hamburg Nr. 240 596 J. Reents

Kontaktadressen des KfA

BREMERHAVEN: Arbeiter-
buch, Pol. Buchhandlung, 285
Bremerhaven, Bürger 198, tgl.
12.30 – 18.30 Uhr,
Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eut-
tin-Großemsdorf

FLENSBURG: Peter Petersen,
238 Flensburg, Postgärtnerstr.
12/13

FRANKFURT: D. Müller,
6232 Bad Soden, Postfach
1371, Tel. 0611/30 61 71, Mo.
18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr

HAMBURG: Arbeiterbuch,
Pol. Buchhandlung, 2 Hamburg
13, Grindelhof 45, Tel.
45 38 01, tgl. 9.00 – 18.30
Uhr

OLDENBURG:

Di. Seibert
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Ver-
triebsgruppen des Arbeiterkampf

GÖTTINGEN: KAG im Buch-
laden „Rote Straße“, 34 Göt-
tingen, Rote Straße 10, Di. 17 –
19 Uhr

LÜBECK: W. Blankenschein, 24
Lübeck, Postgärtnerstr. 082332 A

WESTBERLIN: Florian Geyer ab.
Sozialistisches Zentrum, 1 Ber-
lin 21, Stephanstr. 60